

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Den Weg in die Katastrophe verlassen!

Am 16. Juni stimmten 83 von 100 Staaten und Organisationen, die am „Friedensgipfel“ zum Ukraine-Krieg in der Schweiz teilgenommen hatten, der Abschlusserklärung des Treffens zu. Zwei Kernsätze lauten: „Wir sind überzeugt, daß für die Erreichung des Friedens die Einbeziehung und der Dialog aller Parteien erforderlich sind. Wir haben daher beschlossen, in Zukunft in den oben genannten Bereichen unter verstärkter Einbindung der Vertreter aller Parteien konkrete Schritte zu unternehmen.“

Sollte die Formulierung „Einbeziehung und Dialog aller Parteien“, also auch Rußlands, ernst gemeint sein, kann die Welt etwas durchatmen. Denn die Führung in Kiew brüstete sich bis zuletzt damit, eine Teilnahme Moskaus an dem Treffen verhindert zu haben. Das verärgerte nicht nur die Schweizer Gastgeber, es hätte die Konferenz fast zum Scheitern gebracht. Die Absicht, die der kollektive Westen und Kiew mit ihr verbanden, war, den „globalen Süden“ gegen Rußland in Stellung zu bringen. Das ist nicht gelungen. Im Gegenteil: Der Kurs auf eine Teilnahme Rußlands an künftigen Friedenskonferenzen ist ein Bruch mit der Linie von NATO, EU und Kiew, die noch am 14. Juni bekräftigt worden war. An diesem Tag hatte Wladimir Putin erneut sofortige Verhandlungen angeboten. Die einhellige Ablehnung des Westens kam sofort und ohne Prüfung der Vorschläge. US-Vizepräsidentin Kamala Harris erklärte auf der Konferenz bei Luzern mit Blick auf Putin: „Er ruft nicht zu Verhandlungen auf, er ruft zur Kapitulation auf.“ Kiew pflichtete ihr bei, Bundeskanzler Olaf Scholz sprach von einem „Diktatfrieden“, den Putin wolle. Faktisch im gleichen Atemzug erklärte er aber am Eröffnungstag der Konferenz: „Es ist wahr, daß der Frieden in der Ukraine nicht erreicht werden kann, ohne Rußland mit einzubeziehen.“

Offenbar war der „Friedensgipfel“ nur auf diese Weise zu retten. Die Abschlusserklärung enthält keine Verurteilung Rußlands und keine Forderung nach einem Abzug russischer Truppen. Dennoch verweigerten zahlreiche Länder die Unterschrift: Von den G20-Staaten

waren das Brasilien, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, Indien und Indonesien. Außerdem scherten Armenien, Bahrain, Thailand, Libyen, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kolumbien und der Vatikan aus. China hatte nicht teilgenommen. Eine Isolation Rußlands sieht anders aus. Es gelingt dem Westen nur noch mühsam, wenigstens einen Minimalkonsens zum Ukraine-Krieg international

nicht ihren Kurs. Einen Tag vor Beginn des „Friedensgipfels“ erklärte zum Beispiel NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Brüssel: „Wir haben heute 500 000 Soldaten in hoher Bereitschaft über alle Domänen (der Kriegsführung), deutlich mehr als das Ziel, das beim Gipfeltreffen in Madrid 2022 gesetzt wurde“. Dort waren 300 000 Soldaten beschlossen worden, zuvor waren es 40 000 Soldaten.

Im Ukraine-Krieg eskaliert allein die westliche Seite von Woche zu Woche. Der Hauptgrund: Die militärische Lage für Kiew verschlechtert sich. Die Konferenz in der Schweiz zeigte, daß die Mehrheit der Staaten diesem Kriegskurs nicht folgt. Sie zeigt aber auch: Es ist nötiger denn je, im Innern der westlichen Länder solchen Druck aufzubauen, daß endlich der Weg in die Katastrophe verlassen wird.

Arnold Schölzel



Verdi Hannover zum 1. September 2023

herzustellen. Die Gründe für den Schwund der Führungsfähigkeit des Westens liegen auf der Hand: Kriegseskalation geht allein von ihm aus. Den größten Tabubruch beging dabei Scholz. Er gestattete am 7. Juni Kiew, mit deutschen Waffen russisches Territorium zu beschießen – daran hatte 79 Jahre lang kein deutscher Politiker zu denken gewagt. Die Begleitmusik dazu kam vom früheren SPD-Parteivorsitzenden und Außenminister Sigmar Gabriel. Er verstieg sich in der ZDF-Sendung Maybrit Illner am 30. Mai zu der Aussage: „Im Grunde müssen wir die Russen so niederkämpfen, wie das mal mit der Sowjetunion gelungen ist.“ Hintergrund für beides – die Entscheidung für „Feuer frei!“ auf russisches Territorium und Gabriels Hetze – waren Angriffe Kiews auf zwei Frühwarnsysteme der russischen strategischen Atomraketenabwehr am 23. und 26. Mai. Was bedeutet: Die in Kiew Regierenden und ihre US-Unterstützer sind zu jedem Risiko, auch dem eines Atomkrieges, bereit.

Moskau reagierte auf die Angriffe gegen sein strategisches Militärpotential gelassen, aber ernst. USA und NATO änderten dennoch

Aus dem Inhalt



Kriegsziele des deutschen Imperialismus im 2. WK	2
1944 – das entscheidende Jahr	4
Dimitroff und der Faschismus gestern und heute	6
Delegitimierung der DDR	8
„Europa bedeutet Frieden, Freiheit und Demokratie!“	10
Neue Etappe der Repression	11
Kriegsvorbereitungen in Europa	12
Dekolonisation in Osteuropa	14
Es ist Krieg	16
Rußland zum Beschuß freigegeben	18
Putin im O-Ton	20
Besuch bei Freunden	24
Dominanz des Westens im Finanzsystem gebrochen	27
Anerkennung des Palästinenserstaates nur eine Geste?	28
45 Jahre Sandinistische Volksfront Nicaragua	29
NGOs und Kuba	31
Wahlen in Indien	32
Leserbriefe	37

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Kriegsziele des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

12. April 1979

18. Mai 1940, 14 Uhr, in einer Düsseldorfer Wohnung: Alfried Krupp, der jüngere der beiden Herrscher des bekannten Rüstungskonzerns, sitzt mit anderen Top-Managern der deutschen Industrie zusammen, um sich nach dem Lunch die neuesten Rundfunknachrichten anzuhören. In jenen Tagen, etwa eine Woche nach dem Einfall der Naziwehrmacht in Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich, waren sie vollgepfropft mit Sondermeldungen über erfolgreich verlaufende militärische Blitzaktionen. Auf diese Weise animiert, wie einer der Gesprächsteilnehmer nach dem Kriege erzählte¹, begaben sich die Herren zu einer Landkarte und kennzeichneten jene holländischen Unternehmen, die sie für sich bzw. ihren Konzern beanspruchten. Wie Aasgeier – so der Augenzeuge weiter – teilten sie Bevölkerung und Reichtümer eines fremden Landes unter sich auf. Freilich – ein Protokoll dieses Gesprächs existiert nicht, und so bestritt nach Ende des zweiten Weltkrieges – mit der nötigen Portion Entrüstung – das Haus Krupp den Wahrheitsgehalt dieser Darstellung.

Die historische Wahrheit allerdings vermochte man damit nicht zu amputieren. In den Jahren 1940, 1941, auch 1942 fanden Hunderte solcher und ähnlicher Besprechungen in den Direktionen der deutschen Großbanken und Konzerne, in den Ministerien des faschistischen Staatsapparates, den Dienststellen der Naziführung und der Wehrmacht statt. Und obgleich gerade solches Material angesichts des bevorstehenden militärischen Zusammenbruchs in den ersten Monaten des Jahres 1945 besonders systematisch vernichtet wurde, ist eine ausreichende Anzahl dokumentarischer Belege erhalten geblieben, die unwiderlegbar die Ziele bloßlegen, mit denen das deutsche Monopolkapital den zweiten Weltkrieg entfesselte. Viele Dokumente geben zugleich Aufschluß über die Art und Weise, wie man diese Ziele zu realisieren trachtete. Nehmen wir beispielsweise eine andere, in diesem Fall exakt protokollierte Beratung, die am 7. November 1941 bei der Reichsgruppe Industrie in Berlin stattfand, und an der unter Vorsitz des Krupp-Direktors Löser die Direktoren Kiehl von der Deutschen, Götz von der Dresdner Bank, Generalkonsul Mann von den IG Farben u. a. teilnahmen. Wenige

Wochen zuvor, das sei zum Hintergrund der Beratung angemerkt, war der „Völkische Beobachter“, die maßgebende Nazi-Zeitung, mit der Kopfzeile erschienen „Stalins Armeen sind vom Erdboden verschwunden“, und am 13. Oktober 1941 hatte der Nazi-Starpropagandist Hans Fritzsche offiziell erklärt: „Die militärische Entscheidung dieses Krieges ist gefallen.“ Keiner der Beratungsteilnehmer ahnte natürlich etwas von der bevorstehenden Schlacht vor Moskau, die der faschistischen Wehrmacht bekanntlich die erste folgenreiche Niederlage brachte.

Was bewegte die Herren von Kohle und Stahl, die Meister der Finanzmanipulation in Hitlerdeutschland, am Nachmittag jenes 7. November 1941? Es war vor allem die Frage, wie man am profitabelsten die Rohstoffressourcen und Industrieunternehmen der Sowjetunion ausbeuten könne und wie das erforderliche Kapital dafür aufzutreiben sei. Krupp-Direktor Löser äußerte den Gedanken, man solle Aktienscheine herausbringen, die jedermann im Reich – gegen entsprechendes Entgelt natürlich – erwerben könne. Er schlug dafür die Bezeichnung „Russische Genußscheine“ vor. Gegenstand auch dieser Beratung waren – wie ohne weiteren Kommentar erkennbar – Kriegsziele der deutschen Monopolbourgeoisie, zu deren Realisierung der Zeitpunkt nunmehr gekommen schien.

Sicher – in solchen Beratungen wurden meist nur einige Aspekte der Kriegsziele sichtbar, zu deren Realisierung Millionen deutscher Soldaten, Tausende von Panzern, Flugzeugen usw. in Bewegung gesetzt worden waren. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Kriegszielprogramm des deutschen Imperialismus um ein äußerst komplexes Phänomen – komplex deshalb, weil es sowohl machtpolitische als auch ökonomische, militärstrategische und ideologische, kontinentaleuropäische wie auch globale Elemente umfaßte. Die relative Vielfalt der überlieferten Dokumente gestattet es, eine Art Gesamtschau dieses Programms zu vermitteln, wengleich das im Rahmen eines solchen Beitrags nur eine notgedrungen vergrößerte Skizze sein kann. Wesenbestimmendes Motiv der Kriegsziele des deutschen Imperialismus, in den Grundlinien bereits lange vor dem Krieg entwickelt

und in den Jahren 1940 bis 1942 besonders prägnant ausformuliert, war die Absicht, den in Gestalt der Sowjetunion real existierenden Sozialismus zu vernichten, eine gewaltsame Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses herbeizuführen und eine Neuverteilung der Kapitalien, Absatzmärkte, Rohstoffressourcen und Arbeitskräfte durchzusetzen. Im Sommer 1942 formulierte Reichspropagandaminister Goebbels: „Das ist kein Krieg für Thron und Altar, es ist ein Krieg für Getreide und Brot ..., ein Krieg um die Rohstoffe, um Gummi, um Eisen und Erze ... Man kann nicht ewig für Ideale kämpfen ... Wir jedenfalls sind dieser Rolle überdrüssig. Wir wollen nun endlich einmal einkassieren ...“ Als wichtigste Kriegsziele des deutschen Imperialismus im einzelnen müssen bezeichnet werden:

1. Die Vernichtung der UdSSR. Die Sowjetunion war natürlich nicht nur dem deutschen Imperialismus ein Dorn im Auge, und so fungierte die Naziwehrmacht bei ihrem Einfall in die Sowjetunion zugleich als ein Instrument der reaktionären imperialistischen Kräfte der ganzen Welt. Noch im Februar 1945 erklärte Hitler rückblickend die Vernichtung der Kommunisten und Sowjetrußlands als „den Daseinszweck des Nationalsozialismus“². Dieser primär im Klassenantagonismus wurzelnde bestimmende Aspekt des Überfalls auf die Sowjetunion fand übrigens seinen Niederschlag in den besonders barbarischen Methoden der Okkupationspolitik, die in den zeitweilig besetzten sowjetischen Gebieten praktiziert wurden, sowie vor allem in der besonderen Zielstellung des Krieges gegen die Sowjetunion. Ihre staatliche Existenz sollte – wie es der speziell dazu ausgearbeitete „Generalplan Ost“ vorsah – völlig liquidiert, ein großer Teil ihres Territoriums, so das Leningrader Gebiet, die baltischen Sowjetrepubliken, Belorußland, die Ukraine und die Krim, „total eingedeutscht“, Dutzende Millionen von Sowjetbürgern deportiert, der Rest als Arbeitssklaven vor Ort verwendet werden. Die militärstrategischen Hoffnungen der Nazis, ihre kriegswirtschaftlichen und allgemeinökonomischen Erwartungen und schließlich auch rassen-ideologische Gesichtspunkte (wenige Wochen nach Beginn

des antisowjetischen Feldzuges wurde mit den Vorbereitungen zur „Endlösung der Judenfrage“ (begonnen) weisen dem Feldzug gegen die Sowjetunion im Kriegszielprogramm des deutschen Imperialismus eine Schlüsselrolle zu.

2. Ein weiteres Kriegsziel war die „Neuordnung Europas“, d. h. die Errichtung der uneingeschränkten Vorherrschaft des deutschen Imperialismus auf dem europäischen Kontinent. Gerade zu diesem Element des Kriegszielprogramms liegen Dutzende von Denkschriften, Vorschlägen, Eingaben vor, konzipiert in den Büros solcher Monopole und Konzerne wie IG Farben, Rheinisch-Westfälisches Kohlsyndikat, Zeiss Jena bzw. ausgearbeitet von ihren staatsmonopolistischen Instrumentarien, so vor allem von der Reichsgruppe Industrie und den verschiedenen Wirtschaftsgruppen, oder auch, meist abhängig von ihrer Funktion im System der faschistischen Diktatur, in Ministerien, wissenschaftlichen Institutionen, NSDAP-Dienststellen und Wehrmachtstäben. Diese geplante „Neuordnung Europas“ setzte voraus, daß neben Hitlerdeutschland keine andere militärische Großmacht auf dem Kontinent existierte – übrigens ein weiterer Grund, weshalb nach der Ausschaltung Frankreichs der Vernichtung der Sowjetunion im Kriegszielkonzept des deutschen Imperialismus eine so überragende Bedeutung zukam – und schloß, um nur einige wesentliche Elemente zu nennen, u. a. ein

- die völlige Unterordnung der Wirtschaft der europäischen Staaten unter die Interessen des deutschen Monopolkapitals,
- die kontinentale Eskalation des in Deutschland entfaltenen Terrors gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, insbesondere gegen die Kommunisten, darüber hinaus aber gegen alle demokratischen und humanistischen Kräfte,
- die Beseitigung einer Reihe von europäischen Staaten und ihre – in unterschiedlicher Form geplante – Ein- bzw. Angliederung an Deutschland. Das galt, neben den bereits vor dem Krieg annektierten Gebieten Österreichs und großer Teile der Tschechoslowakei für Polen, die bereits genannten Gebiete der Sowjetunion, für Jugoslawien, Griechenland, Belgien, Elsaß-Lothringen sowie andere Teile Ost- und Nordfrankreichs,
- die weitgehende Amputation der Souveränität anderer europäischer Staaten wie der Slowakei, Dänemarks, Norwegens bzw. den Ausbau eines Satelliten-Status wie im Falle Ungarns, Finnlands, Rumäniens, Bulgariens, der Niederlande,
- die barbarische Verwirklichung der faschistischen Rassedoktrinen, insbesondere die Vernichtung aller in Europa lebenden Juden, aber auch die Deportation bzw. Versklavung von Millionen Angehörigen der slawischen Völker Europas. Um nur ein Beispiel zu nennen: Am 19. Juni 1942 erläuterte der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, dem Führerkorps der SS-Division „Das Reich“ das nach dem Sieg in der Sowjetunion einzurichtende „Bildungswesen“ so: „Es genügt 1. wenn die Kinder in der Schule die Verkehrszeichen lernen, damit sie uns

nicht in die Autos laufen, 2. wenn sie das kleine Einmaleins bis 25 lernen, damit sie so weit zählen können und 3. wenn sie noch ihren Namen schreiben können; mehr ist nicht nötig... Die Sprache der Herren haben sie so weit zu lernen, daß sie ‚rechts um‘ und ‚links um‘ verstehen.“

3. Diesem vom deutschen Imperialismus beherrschten „europäischen Großwirtschaftsraum“ sollte ein riesiges Kolonialimperium in Mittelfrika angegliedert werden, das u. a. – die Vorstellungen verschiedener Gruppierungen des deutschen Monopolkapitals differierten hierbei etwas – die früheren Kolonien des preußischdeutschen Kaiserreichs in Südwest-, Ost- und Mittelfrika, dazu z. B. Angola, Mozambique, den Kongo umfassen sollte. Außerdem sollten die Gebiete jenseits des Urals als offene Grenze gehalten oder wie z. B. Turkestan in „Ergänzungsräume“ verwandelt werden.

Trotz des in diesem Rahmen notwendigerweise nur skizzenhaft möglichen Versuchs, die wichtigsten Kriegsziele des deutschen Imperialismus zu charakterisieren, muß ein weiterer wesentlicher Bestandteil noch genannt werden – das ist die, vor allem in solchen Konzeptionen, die zwischen dem Sommer 1940 und dem Herbst 1942 entstanden sind, deutlich erkennbare Absicht, nach der Errichtung der uneingeschränkten Vorherrschaft über Europa die Expansion global auszuweiten, d. h. den Kampf um die Weltherrschaft anzuknüpfen. Im Oberkommando der Wehrmacht beispielsweise wurde bereits im Frühsommer 1941 die Weisung Nr. 32 ausgearbeitet, die bezeichnenderweise eine nach dem Ausschalten der Sowjetunion weltweit anzustrebende strategische Orientierung fixierte. Sie sah großangelegte Zangenoperationen einerseits über Libyen durch Ägypten, andererseits über den Kaukasus durch den Iran zum Persischen Golf vor und hatte auch die Okkupation Indiens im Blick. Andere Pläne, wie sie im Wehrmachtsführungsstab, vor allem aber im Oberkommando der Marine, entworfen wurden, orientierten auf die Schaffung einer Basis für die kommende Auseinandersetzung mit Großbritannien und den USA an der westeuropäischen und westafrikanischen Küste, insbesondere durch Aufbau eines Systems von Flottenstützpunkten. Das waren die realen Hintergründe für die in der „Zeitschrift für Politik“ im Januar 1942 getroffene Feststellung, es könne nun „gar nicht mehr umstritten sein: hier wird wirklich um die Neuordnung der Welt gerungen“.³ Die Mehrzahl der zu dieser Frage überlieferten Quellen offenbart das strategische Kalkül im Kampf um die Weltvorherrschaft: Der nach der Zerschlagung der Sowjetunion vom deutschen Imperialismus dominierte riesige euro-asiatische Kontinentalblock sollte, angesichts seiner gewaltigen Rüstungskapazitäten und Rohstoffressourcen, seiner mächtigen Militärmaschinerie und seines Bündnisses mit dem japanischen Imperialismus die USA von einem militärischen Vorgehen gegen Hitlerdeutschland zunächst abhalten. Die dadurch entstehende Atempause sollte z. B. durch Umrüstungen dazu genutzt werden, den deutschen Imperialismus in eine Position zu bringen, von der aus er die USA bei der

geplanten Weltaufteilung unter Druck setzen oder aber militärisch niederringen konnte. Bekanntlich hat der weitere Verlauf der Kampfhandlungen alle diese Pläne zunichte gemacht: Binnen einer historisch außerordentlich kurzen Frist führte die Sowjetarmee eine grundlegende Wende im Verlauf des zweiten Weltkrieges herbei. Es hat für den Historiker etwas Faszinierendes an sich, Dokumente der Jahre 1943, 1944 und 1945 danach zu befragen, wie sich die wichtigen Schläge der Roten Armee und die dadurch herbeigeführte radikale Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der faschistischen Aggressoren in den Köpfen der Exponenten von Politik und Wirtschaft Hitlerdeutschlands reflektierten, d. h., ob und wie führende deutsche Politiker, Militärs, Industrielle konzeptionell-strategisch auf diese Veränderungen reagierten, welche „Aushilfen“ sie in Betracht zogen, welche Abstriche an den Kriegszielen sie u. U. vorzunehmen bereit waren. In diesem Rahmen sei abschließend zumindest darauf hingewiesen, daß der unabweisbare Zwang des Faktischen, d. h. vor allem die wachsende Macht der Antihitlerkoalition, der sich verstärkende antifaschistische Widerstand der Völker in den okkupierten europäischen Staaten und die sich damit rapide zuspitzende objektive Widersprüchlichkeit in der Lage Hitlerdeutschlands das Kriegszielprogramm des deutschen Imperialismus erheblich schrumpfen ließen. Gewisse Grundlinien der expansiven Außenpolitik des deutschen Monopolkapitals bildeten jedoch bis hin zur bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 den sozusagen konstanten Kern des strategischen Kalküls: die Erhaltung des imperialistischen Herrschaftssystems in Deutschland über die militärische Niederlage hinaus, die Wiedererringung des Status eines politischen Machtfaktors und einer wirksamen antisowjetischen Kraft des Weltimperialismus in Europa. Führende Industriekreise spekulierten sehr bald nach ihrer Niederlage darauf, die latent vorhandenen antisozialistischen Klasseninteressen des Monopolkapitals der Westmächte zugunsten des wieder erstehenden Imperialismus wirksam zu machen und eine neue antisowjetische Kräftekonstellation zu schaffen. Wie unschwer zu erkennen ist, sind wesentliche Grundzüge dieser modifizierten strategischen Konzeption nach dem zweiten Weltkrieg zu elementaren Bestandteilen der Außenpolitik reaktionärer Kräfte der Monopoulbourgeoisie in der BRD geworden.

Anmerkungen:

- 1) Gordon Young: The Fall and Rise of Alfred Krupp, London 1960, S. 90
- 2) zit. nach Hugh Redwald Trevor-Roper: Hitlers Kriegsziele, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1960, 8. Jahrg., S. 121
- 3) Zeitschrift für Politik, Jahrg. 1942, Heft 1, S. 49

Literaturtip:

Konzept für die „Neuordnung“ der Welt. Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1977

Die großen Schlachten des Jahres 1944 im Großen Vaterländischen Krieg vor 80 Jahren (Teil 1)

Das Jahr 1944 – das entscheidende Jahr bei der Zerschlagung der faschistischen Wehrmacht

Am Ende des Jahres 1943 hatte sich die Lage an der Ostfront total zu Gunsten der Roten Armee verändert. Die Wehrmacht hatte nach der Kursker Schlacht 1943 an allen Frontabschnitten die strategische Initiative verloren und wurde in die strategische Defensive gedrängt. Mit allen Mitteln versuchte die Wehrmacht den Vormarsch der Roten Armee zu stoppen und die Initiative auf dem Schlachtfeld zurückzugewinnen. Noch immer gierte das faschistische Deutschland nach der Kohle und dem Stahl im Donezbecken. Dafür brauchte sie Zeit für die Umgruppierung der Truppen, um diese mit neuen Kräften und materiellen Mitteln aufzufüllen. Diese Zeit gab ihr die Rote Armee nicht mehr. Sie war sehr kampferprobt geworden, die Offiziere, Kommandeure, Befehlshaber (BH) und Heerführer in der Truppenführung gefestigt. Das Oberkommando der Roten Armee beherrschte immer besser die komplizierten Planungen und die Organisation großer strategischer und operativer Angriffsoperationen. Sie bestimmten nun den Verlauf der Handlungen an der Ostfront. Das Kräfteverhältnis hatte sich in den wichtigsten Parametern zu Gunsten der Roten Armee verändert.

Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion vermochte es, im Gegensatz zu der Hitlerdeutschlands, auch wenn diese ihre Produktion wesentlich steigern konnte, der Roten Armee alle notwendigen Kräfte und Mittel bereitzustellen. So konnte die Panzerproduktion fast vervielfacht, die der Artilleriewaffen verdreifacht, der Kampfflugzeuge auf 175 %, die Herstellung von Granaten auf 160 % und der Handfeuerwaffen auf über 180 % gesteigert werden.

Das Sowjetische Oberkommando war damit in der Lage, die entscheidenden strategischen Angriffsoperationen zur vollständigen Vertreibung der Wehrmacht vom sowjetischen Territorium zu planen. Es handelte sich um zehn große Operationen, bekannt als die „zehn Stalinschen Schläge“, in denen jede einzelne mehrere Front- und Armeoperationen beinhaltete. Mit insgesamt 52 strategischen, operativen und Einzeloperationen der Fronten und Armeen, die sich zeitlich überschneiden, gaben sie den faschistischen Truppen keine Möglichkeit, zur befohlenen strategischen Verteidigung überzugehen. Für das Ziel dieser Operationen, das sowjetische Territorium von der norwegisch-finnischen Grenze bis zum Schwarzen Meer vollständig von den faschistischen Truppen zu befreien, standen der Roten Armee 55 Armeen mit 464 Divisionen und 169 Brigaden mit einer

Gesamtstärke von über 6.268.000 Mann, über 101.400 Geschützen und Granatwerfer, 2.167 Raketenwerfern, 5.800 Panzern und 13.400 Flugzeugen zur Verfügung. In der Reserve hatte das Oberkommando noch drei allgemeine und zwei Panzerarmeen.

Die faschistische Wehrmacht verfügte an der Ostfront zu dieser Zeit über 12 deutsche, 15 finnische, 9 ungarische, 12 rumänische und 2 slowakische Armeen mit insgesamt 3.480.000 Mann, 54.570 Geschützen und Granatwerfern, 5.400 Panzern und 3.073 Flugzeugen. Damit hatte die Rote Armee, außer bei Panzern, eine klare Überlegenheit im Kräfteverhältnis.

Ihre Aufgabe bestand darin, in strategischen



Am 17. Juli 1944 werden 57.600 deutsche Kriegsgefangene durch Moskau geführt

Frontoperationen die Blockade Leningrads zu beenden, Belorußland und die Ukraine von den faschistischen Truppen vollständig zu befreien, Moldawien, Rumänien, Ungarn, Teile Tschechiens und die Baltischen Staaten aus dem Bündnis mit Deutschland herauszulösen sowie den Sieg des jugoslawischen Volkes über den Faschismus zu unterstützen.

Mit der nach langem Zögern eröffneten 2. Front durch die Alliierten am 6. Juni 1944 und der Landung in der Normandie trat eine Verschlechterung der militärischen Lage für die faschistische Wehrmacht ein. Trotzdem blieben die kampfstärksten Truppen der Wehrmacht an der sowjetisch-deutschen Front. Damit lag weiterhin die Hauptlast der Zerschlagung der faschistischen Wehrmacht bei der Roten Armee.

Eine der größten und entscheidendsten strategischen Operationen im Verlaufe der Schlachten des Jahres 1944 war die Operation „Bagration“ zur Befreiung Belorußlands, welche für die Rote Armee den kürzesten Weg zur polnischen Grenze öffnen sollte.

Belorußland spielte für beide Seiten eine große Rolle. Hier stand die noch stärkste deutsche Gruppierung der Wehrmacht mit den Heeresgruppen Mitte, Nord und Nordukraine. Und sie war besonders durch das gut ausgebaute Netz von vielen Flugplätzen auch eine Gefahr für Moskau durch feindliche Luftschläge.

So entschloß man sich im Generalstab der Roten Armee, mit zwei fast gleichzeitigen strategischen Operationen mit 11 aufeinanderfolgenden oder parallelen Einzeloperationen diese Heeresgruppen zu zerschlagen und den Hauptschlag in Belorußland durch die Operation „Bagration“ zu führen. Der Plan „Bagration“ wurde am 30. Mai 1944 durch Stalin bestätigt und bereits am 31. Mai den Fronten die entsprechenden Direktiven übermittelt. Durch Desinformationen und Scheinhandlungen gelang es, die gegnerische Seite zu täuschen, so daß Hitler und die Wehrmachtsführung den Hauptschlag im Bereich der Heeresgruppe (HGr.) Nordukraine erwarteten. Folglich wurde auch hier durch sie die stärkste Panzergruppierung konzentriert.

Die Idee der Operation „Bagration“ bestand darin, mit Stößen von vier Fronten die tief gestaffelte gegnerische Verteidigung der HGr. Mitte an sechs Abschnitten aufzuspalten, die Hauptkräfte der HGr. Mitte zu zerschlagen, Belorußland zu befreien und die vor Smolensk, 80 km vor Moskau, noch stehende Armee des Gegners zurückzudrängen, um die Gefahr von Luftschlägen auf Moskau zu beseitigen. Im weiteren ging es darum, durch einen Vorstoß zur Ostsee und zu den Grenzen Ostpreußens die Verbindung der HGr. Nord und Mitte zu durchtrennen, damit wichtige Voraussetzungen

für die weiteren Operationen zu schaffen und dann durch Einführung neuer Kräfte die Angriffe bis an die Grenzen Polens und Ostpreußens zu entwickeln.

Dazu wurden auf einer Frontbreite von 1.100 Kilometern die 1. Baltische Front unter dem Oberbefehlshaber (OBH) Generaloberst Bagramjan, die 3. Belorussische Front, OBH Generaloberst Tschernjachowski, (der jüngste OBH der Roten Armee), die 2. Belorussische Front, OBH Generaloberst Sacharow, und die 1. Belorussische Front, OBH Armeegeneral Rokossowski, mit der 1. Polnischen Armee, BH Generalleutnant Berling und der Dnepflottilie mit einer Gesamtstärke von über 2 Millionen Mann, mit 31.000 Geschützen und Granatwerfern, 5.200 Panzern und SFL und über 6.000 Flugzeugen eingesetzt. Zur Koordinierung der Handlungen der Fronten durch das Oberkommando wurden für die 1. Baltische und 3. Belorussische Front der Marschall der Sowjetunion Wassilewski und für die 2. und 1. Belorussische Front der Marschall der Sowjetunion Schukow von Stalin beauftragt. Durch Umgruppierungen und Heranführen von weiteren Kräften und Mitteln wurde das entscheidende Übergewicht im Kräfteverhältnis, besonders in den Hauptrichtungen, geschaffen.

Die faschistische Wehrmacht mit der Heeresgruppe Mitte mit vier Armeen und Teilen der Heeresgruppen Nord und Nordukraine

verfügte über 1.200.000 Mann, 9.500 Geschütze und Granatwerfer, 900 Panzer/SFL und ca. 1.350 Kampfflugzeuge.

In Vorbereitung der Operation fand eine sehr umfangreiche politische und militärische Ausbildung statt. In den Stäben wurden Teile der geplanten Handlungen als Kommandostabspiele und Trainings durchgespielt, wobei besonderes Augenmerk auf das Zusammenwirken mit der Artillerie und den Fliegerkräften gelegt wurde. Durch Ausbildungsmaßnahmen wurden die Truppen auf die bevorstehenden Kampfhandlungen vorbereitet, in denen das Zusammenwirken der Waffengattungen im Mittelpunkt stand. Eine gewaltige Arbeit mußte zur materiell-technischen Sicherstellung der Operation geleistet werden. Neben der Zuführung von neuen Kräften von 5 Armeen, 2 Panzerarmeen, der Polnischen Armee, einer Luftarmee und weiteren Korps, selbständiger Brigaden und Regimenter aller Waffengattungen mußten innerhalb kürzester Zeit mehr als 400.000 Tonnen Munition, 300.000 Tonnen Treib- und Schmierstoffe und 500.000 Tonnen Verpflegung und Futter den Fronten bereitgestellt werden. Dies war unter Berücksichtigung der zerstörten Transportwege der Bahn und der Straßen eine gewaltige Leistung. All diese Aufgaben mußten unter größter Geheimhaltung und durch entsprechende Tarn- und Täuschungsmaßnahmen durchgeführt werden, was auch zum größten Teil als gelungen anzusehen ist.

Bedeutsam in dieser Operation waren die Handlungen der Partisanen im Hinterland des Gegners, deren Operationen durch den Generalstab genau geplant und auf die Handlungen der Truppen abgestimmt waren. In der Nacht vom 19. zum 20. Juni begannen die Partisanen mit tausenden von Sprengungen, die Eisenbahnlinien der Wehrmacht zu unterbrechen, womit der Nachschub für sie erheblich gefährdet wurde. Am 22. Juni, drei Jahre nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, wurden an wichtigen Frontabschnitten durch gewaltsame Gefechtsaufklärung eine Präzisierung der bisherigen Aufklärungsergebnisse über das Feuersystem und die Lage des Gegners in der Hauptkampflinie erreicht.

Am Morgen des 23. Juni 1944 begann, unerwartet für den Gegner, mit einer gewaltigen Artillerievorbereitung und Schlägen der Fern- und Frontfliegerkräfte, durch die Hauptkräfte der 1. Baltischen, der 3. und 2. Belorussischen Front und einen Tag später durch die 1. Belorussische Front die Offensive. Trotz erbitterter Gegenwehr brach nach zwei Tagen die gegnerische Verteidigung zusammen. Bis zum 27. Juni waren durch die 1. Baltische und die 3. Belorussische Front große Teile der 3. Panzerarmee (5 Divisionen) bei Witebsk und der 9. Armee (6 Divisionen) der HGr. Mitte bei Orscha und Bobruisk eingeschlossen und vernichtet. Durch die entstandenen Breschen konnten so Stoßgruppierungen der 2. und 3. Belorussischen Fronten zügig in Richtung Minsk vorstoßen. Auch das Auswechseln des OBH der Heeresgruppe Mitte, Feldmarschall Busch durch Feldmarschall Model, die Heranführung von Panzerverbänden von der HGr. Nordukraine

zur Verstärkung konnten die Katastrophe nicht mehr verhindern.

Am 3. Juli drangen erste Verbände der 3. Belorussischen Front in Minsk ein und konnten bis zum Abend die Hauptstadt Belorußlands von den faschistischen Truppen befreien. Die 4. Armee der HGr. Mitte mußte sich zurückziehen und wurde östlich von Minsk mit ihren Hauptkräften einkesselt. Auch der Versuch, mit den versprengten Truppen und Bildung der „Kampfgruppe Müller“ unter Führung von Generalleutnant Vincenz Müller auszubrechen, mißlang. Der Kessel mit mehr als 100.000 Soldaten war am 7. Juli liquidiert. Den Befehl General Müllers zum Einstellen der Kampfhandlungen befolgten nicht alle Truppenteile. Die Front der HGr. Mitte war somit Anfang Juli völlig zusammengebrochen. Die HGr. hatte von ihren vier Armeen drei verloren. Mehr als 28 Divisionen waren zerschlagen. Mehr als 350.000 Soldaten waren gefallen, verwundet oder in Gefangenschaft geraten, unter ihnen über 30 Generäle. Durch die schnellen Vorstöße der Truppen der 1. Baltischen Front in die Tiefe, wurde die HGr. Nord von der HGr. Mitte getrennt. Mit Teilen erreichte die Rote Armee die Rigauer Bucht und schnitt damit die HGr. Nord von ihren rückwärtigen Verbindungen ab. Die 3. Belorussische Front stieß ebenso entschlossen in Richtung Vilnius vor, kesselte die Garnison Vilnius mit über 15.000 Mann ein und befreite am 13. Juli die Stadt. Danach forcierten die Truppen den Fluß Njeman und nahmen am 1. August die Stadt Kaunas ein. An den Kämpfen am Njeman nahm auch das französische Fliegerregiment „Normandie“ teil, wofür es den Ehrennamen „Normandie-Njemen“ erhielt. Die 1. Belorussische Front konnte nach schweren Kämpfen am 28. Juli die Stadt Brest einnehmen. Stoßgruppierungen der Front durchbrachen die gegnerische Verteidigung westlich von Kowel, erreichten am 20. Juli den westlichen Bug und damit polnischen Boden. Am 25. Juli stießen Einheiten der 2. Panzerarmee und zwei Tage später die 1. polnische Armee und die 8. Gardarmee bis zur Weichsel im Raum Magnuszew-Pulawy und durch die 69. Armee im Raum Deplin vor, wo es ihnen gelang, zwei Brückenköpfe zu bilden. Die 2. Panzerarmee führte den Angriff dann weiter in Richtung Warschau und erreichte am 28. Juli die Warschauer Vorstadt Praha, wo sie auf massiven Widerstand der faschistischen Truppen stieß.

Mit dem Vordringen der sowjetischen Truppen zur Weichsel versuchte die bürgerliche polnische Exilregierung in England, diese Situation auszunutzen und löste ohne Absprachen mit der sowjetischen Seite durch den Befehlshaber der polnischen „Armija Krajowa“ unter Führung von General Bor-Komarowski am 1. August 1944 den Warschauer Aufstand aus. Die Rote Armee, insbesondere die 1. Belorussische Front, war nicht in der Lage, die Befestigungsanlagen aus der Bewegung heraus jetzt einzunehmen. Dazu waren die Truppen zu sehr geschwächt. Versuche, Kontakte mit den Aufständischen aufzunehmen, wurden abgelehnt. Trotzdem wurde durch Abwürfe von Waffen, Munition und Versorgungsgütern aus Flugzeugen versucht zu helfen. Zu spät

ersuchte dann die polnische Seite aus London bei der sowjetischen Seite um Hilfe. Die Versuche der 1. und 2. polnischen Armee (PA), in die Stadt einzudringen, wurden unter großen Verlusten für beide Armeen vereitelt. Der Warschauer Aufstand wurde danach durch die faschistische Wehrmacht unter großen Verlusten für die Polen nach 63 Tagen brutal niedergeschlagen. Dieser Aufstand war ein unüberlegtes Abenteuer, das zu vermeiden gewesen wäre, hätte man sich vorher mit der sowjetischen Seite abgesprochen.

Damit endete die Operation Bagration. Die Ziele waren erreicht. In Moskau wurde zu Ehren der Siege der vier Fronten 36 Mal Ehrensalut geschossen. Im Ergebnis der Operation „Bagration“ waren in zwei Monaten erbitterter Kämpfe die sowjetischen Truppen auf einer Frontbreite von 1.100 km 550 bis 600 Kilometern tief nach Westen vorgedrungen und schufen so günstige Bedingungen für die weiteren Operationen zur Vernichtung der faschistischen Unterdrücker.

Aber der Sieg war schwer erkämpft worden. Die Verluste auf sowjetischer Seite waren groß. Mit mehr als 178.000 Gefallenen und über 580.000 Verwundeten wurde ein hoher Blutzoll für die Befreiung Belorußlands bezahlt.

Die Wehrmacht erlebte eine weitere Katastrophe, die größer war als die von Stalingrad. Die Heeresgruppe Mitte der Wehrmacht war zerschlagen. Mehr als 400.000 Mann hatte sie verloren, 28 Divisionen und 3 Brigaden waren vernichtet und die anderen Divisionen mit weniger als 50 bis 60 % Kampfbestand kaum noch kampffähig. Um die Lage an der Ostfront zu stabilisieren, mußten von anderen Frontabschnitten 48 Divisionen und 4 Brigaden der Wehrmacht, darunter 18 Divisionen und 4 Brigaden von der Westfront, herangeführt werden, was auch den Alliierten Vorteile brachte.

Diese Niederlage hatte auch ihren Einfluß auf die Handlungen der Gegner Hitlers in der Wehrmacht und zwang sie zum Handeln, wie das Attentat Stauffenbergs am 20. Juli 1944, wenn auch erfolglos, zeigte.

Die Erfolge der sowjetischen Truppen an der Ostfront gaben dem Widerstand gegen das faschistische deutsche Regime in einer Reihe von europäischen Ländern und in Deutschland weiter Aufschwung, auch wenn in Folge des Attentates durch Stauffenberg vor allem in Deutschland die Widerstandsgruppen hohe Opfer zu beklagen hatten.

80 Jahre nach dieser blutigen Schlacht ist es durch deutsche Politiker mehr als verantwortungslos, wieder von einer „größeren Verantwortung Deutschlands“, von „Kriegstüchtigkeit“ des deutschen Volkes zu reden und mit immer größeren Waffenlieferungen an die Ukraine den Krieg weiter zu verlängern. Es ist unsere Pflicht, unsere Stimme zu erheben gegen dieses Kriegsgeschrei, gegen die große Gefahr, Deutschland wieder in einen Krieg gegen Rußland hineinzuziehen. Unterstützen wir alle Maßnahmen der Friedenskräfte gegen diese Gefahr, gegen Hetze, Verleumdungen und Lügen gegen das russische Volk und ihren Präsidenten. Wenn die Bomben fallen, ist es zu spät.

Generalmajor a.D. Sebald Daum
Mansfeld

Georgi Dimitroff und der Faschismus gestern und heute (Teil 1)

Zur Regierungsbetrachtung bei Marx

Mit dem „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ begann Marx eine neue Sicht auf Geschichte, nicht nur für Marxisten. Ein politisches Regime, sein Zustandekommen und seine Politiken wurden damit auf materielle Interessen durchleuchtbar. Konstellationen von Klassenkämpfen bilden die ökonomische Basis, die sich in (und von!) Regierungen spiegeln und bewegen. Und zwar sehr konkret, was die Betrachtung auch empirisch aufwändig macht.

Der ungetreue Hegelianer Marx sah zudem das Wesen eines Regimes dialektisch auf dessen Anhängerschaft angewiesen. Das spielte er am zweiten Bonaparte und dessen Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 durch, leitete daraus eine historische Ausnahmesituation ab: ein Klassenpatt, in welchem die Arbeiterbewegung einzeln noch zu schwach war, den Napoleon-Neffen aufzuhalten. Aber gleichzeitig auch die Bourgeoisie, gespalten in republikanisch und royalistisch, nicht der „Aufgabe gewachsen schien, mit dem Feuer zu spielen“, zu revoltieren.

„Und dennoch hing die Staatsmacht nicht in der Luft“, denn der Reaktionär Bonaparte exekutierte Politiken der Parzellenbauern, die sich, eigenbrötlerisch in den engen Grenzen ihrer Äcker, jedem Fortschritt von Verkehrslogistik, Kommunikation und Wissenschaft verweigerten – zusätzlich atomisiert durch schwere Krisenbelastungen in „Getreidepreisen, Steuerlast und Hypothekenschuld“. Bonaparte versprach ihnen darum schlicht „Ruhe und Ordnung“ – bis er dann Kanonen donnern ließ. Mit köstlichem Sarkasmus zeichnet Marx die sozialen „Plattheiten einer unreifen, demoralisierten Masse“ bis ins Detail: Die „fixen Ideen“ des Napoleon-Neffen trafen „auf die fixen Ideen der zahlreichsten Klasse der französischen Gesellschaft“.

Marx Methode im „Brumaire“, „alle bisherige Geschichte als Klassenkämpfe“ tief unterhalb des Politshowbetriebs zu erfassen, ist bis heute auch für Nochnichtmarxisten brauchbar. Vorausgesetzt, der Denkansatz steigt empirisch konkret auf und verkümmert nicht in rotem Phrasennebel, fließt er zunehmend ins Alltagsdenken. Mit dem Hollywood-Film „All the President's Men“ wurde die Aufforderung populär: „Follow the money“.

Da beim Staatsstreich des Glücksritters Louis Bonapartes Banditen und Schlägerbanden in dessen „Dezembergesellschaft“ zusammengewürfelt waren, ähnelte das ganze fatal an den Aufstieg der SA, sodaß August Thalheimer (Vorsitzender der Abspaltung „KPD-O“) später das „Klassenpatt“ von 1851 für seine

„Bonapartismus-Theorie“ (ähnlich wie Trotzki u.v.a) auf den Hitlerfaschismus transponierte, wo „alle Klassen gleich machtlos waren“. Thalheimer übersah dabei einen zentralen Umstand: nämlich daß es 1930 kein solches „Klassenpatt“ mehr geben konnte. Die deutsche Arbeiterklasse war zwar (wie vor 1851 die französische Bourgeoisie) ideologisch gespalten, aber gleichwohl – 70 Jahre nach Bonaparte – mittlerweile zur zahlen-



Briefmarkenblock der DDR mit der Collage von John Heartfield 1982: Georgi Dimitroff gegen Hermann Göring vor dem Reichsgericht

stärksten Klasse in Deutschland geworden. Und das Kapital besaß bereits ungebrochene polizei- und militärbewehrte Macht über nationale Finanzmärkte und Staatsressourcen. Keine Chance also mehr für Parzellenbauern und andere Zwischenschichten, eine eigenständige Klassenherrschaft zu errichten! Darum nannte der Historiker Reinhard Kühnel (von der „Marburger Schule“) den Faschismus eine „bürgerliche Herrschaftsform“ und Max Horkheimer (von der „Frankfurter Schule“) verbat sich ein Reden über Faschismus, solange dessen innerer Kapitalismus verschwiegen würde. Das blieb alles aber recht allgemein und erleichterte nicht eben die Unterscheidung gemäßigter und faschistischer Kapitalregimes.

Dabei hatte Lenin doch mit der neugefaßten Kategorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als „Imperialismus“ etwas Differenzierendes angeboten: in entwickelten kapitalistischen Staaten waren sehr konkrete Oligopole und Monopolgruppen gewachsen, die den Ton angaben. Als Dimitroff in seinem Begriff vom Faschismus die „offene terroristische Diktatur der imperialistischsten“ Monopole bezeichnete, differenzierte er also noch zusätzlich in mehr und weniger imperialistische. (Sonst wären ja auch die gravierenden Unterschiede zwischen kapitalistischen Regierungen – etwa unter dem Faschistenführer Adolf Hitler oder dem linken Sozialdemokraten Olof Palme – gar nicht zu erfassen.)

Georgi Dimitroff (als Held des Reichstagsprozesses von Leipzig, dann punktueller Kritiker der Stalinschen Faschismus-Deutung und später bulgarischer Ministerpräsident) hatte somit die Wesensmerkmale faschistischer Diktaturen bis heute am schärfsten zusammengefaßt. Das Regime imperialistischster Monopole wurde 1976 von Reinhard Opitz mit ungeheurem Intellekt auf 1018 Buchseiten empirisch durchgearbeitet („Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945“, Pahl Rugenstein 1994). Dort dokumentierte er (besonders auf den Seiten 689 bis 800) beispielsweise jene Wortbeiträge, die der Ausschwitz- und Zyklon-B-Finanzier Hermann-Josef Abs von der Deutschen Bank vor Reichswirtschaftsführern 1940/41 gehalten hatte, um diese für den kommenden Überfall auf die Sowjetunion einzunorden. Abs hatte dort „cool“ vorkalkuliert, wie mit den Renditen aus dem „Unternehmen Barbarossa“ durch sowjetische Gas-, Öl- und Arbeitssklaven-Renditen die Schulden von gleich zwei Weltkriegen zu begleichen gewesen wären.

Die Massenbasis wurde mit „völkisch“ abgepeist

Eine der schwierigsten Denkanstrengungen für Linke betreffen die historisch konkreten Beziehungen zwischen Basis und Überbau. In bezug auf den Faschismus gibt es darum viele Theoretiker, die sich entweder nur mit dessen Macht oder nur mit dessen subjektiver Rückkopplung befaßten. Unbearbeitet blieben dabei die Bindeglieder zwischen „unten und oben“. Ein wirkmächtiges Verbundelement war das Wort „völkisch“, das die Naziführer des letzten Jahrhunderts „nach unten“ propagierten. Denn dazu paßten „oben“ ein nationalistisch ökonomisches Regime, das auf russische Ressourcen spekulierte und „unten“ die Empfindung „Volk ohne Raum“.

Dimitroff beschrieb in seinem Referat exakt die konkrete Politik der einstigen Nazi-Oberen: „Politik des wirtschaftlichen Nationalismus (Autarkie!)“. Damit war der damalige Faschismus an der Macht UND an seiner Basis nationalistisch verfaßt. „Völkisch“ wurde sein Marketing-Slogan, während der coole Dr. Abs ganz und gar nicht „völkisch“ referierte, als er die gigantischen Monopolprofite aus Rußland in Aussicht stellte, die durchaus „heim ins Reich“ fließen sollten: zu Krupp, Thyssen, Rheinmetall, Siemens, IG Farben, Daimler & Co. und zur Deutschen Bank“ (damals, als diese noch „deutsch“ und nicht Blackrock war – und ihre Führung seit 1933 sogar vollkommen „arisiert“).

Bereits vor dem „Völkischen Beobachter“ zählte „völkisch“ – so wenig definierbar wie in andere Sprachen übersetzbar – zum Agitprop

der alten deutschen Rechten. Mit dem Hitler/Ludendorff-Putsch machten sich die Nazis mit ihrer Sprach-Attrappe „völkisch“ mit dem Volk deckungsgleich: „WIR sind das Volk!“. Selbst liberale und linke Geschichtsdeuter ließen und lassen sich von diesem Brustgetrommel bis heute einschüchtern: Schließlich empfanden linke Intellektuelle sogar einfachste volkstümliche Lieder „von Haus aus“ als rechts. Vor Folklore flüchteten sie oft in ästhetischen Avantgardismus. „Völkisches“ erschien ihnen als Monster einer drohenden Mehrheit, während sie selbst nur moralisch bei den Minderheiten zu stehen hatten.

Eine materialistische Psychologie, die Zusammenhänge von Psychologie und Geschichte durchforstet nach der Dialektik vom „Faschismus an der Macht“ und der „subjektiven Beschaffenheit seiner sozialen Bewegung“ kommt zu einem ganz anderen Ergebnis: Der Faschismus war objektiv der schlimmste Feind der Mehrheit und in Wahrheit auf eine immer kleiner werdende Minderheit von Monopolkapitalisten zugeschnitten. Darum mußten sich die Nazis „unten“ und subjektiv dazu paßförmige, immer neue mehrheits-taugliche Metaphern ergaunern. Mit solchen Vorgaukelungen wie „völkisch“, „national“, „sozialistisch“ und „Arbeiterpartei“ schleimten sich die braunen Kettenhunde deutscher Stahlbarone bei strauchelnden Schichten des werktätigen Volks ein.

Wenn aber heute Tagesschau-Sprecher den aufrichtigen Sozialisten „die Nationalsozialisten“ genüßlich unter die Nase reiben, übernehmen sie bruchlos eine Marketing-Lüge der Nazis – so, wie Ludendorfs Lieblingswort „völkisch“ und wie Goebbels' Kreation „nationale Sozialisten“. In Polemiken fand solcherlei auch schon mal gegen Sahara Wagenknecht statt als „völkische, nationale Sozialistin“; sogar, wenn aktuell das BSW bis zur Thüringen-Wahl am 1.9.24 als Höcke-Töterin medial und „dienstlich“ etwas geschont werden sollte. Die Friedensbewegung jedenfalls konnte durch solcherlei Vorbehalte, mediale Kontakt-Schuld und -Sperrungen zur Stagnation gebracht werden.

„Völkisch“ dient auch dazu, die AfD im Verfassungsschutzdeutsch des aktuellen Verbotsdiskurses als „gesichert rechtsextrem“ zu kategorisieren. Das Dream-Team Faeser, Haldenwang und die deutsche Bischofskonferenz fabulieren dazu noch von einem „geschlossenen rechten Weltbild“ (obwohl kein Weltbild je „geschlossen“ und statisch sein kann) und von einer „völkischen Gesinnung“ (was ähnlich sinnentleert ist, wie etwa eine „arische“ oder „nordische“ Gesinnung). Hingegen dort, wo sich die AfD mit allen Bundestagsfraktionen gemeinsam und gemein gemacht hatte (Steuerverkürzung für Superreiche, Renten- und Sozialhilfe-Kürzungen, NATO-Aufrüstung, Netanjahus Apartheid-Regime etc.), wird sie von Slomka & Co nicht angegriffen. Und natürlich nicht für den Antikommunismus, der die Triebkraft der meisten bürgerlichen Parteien darstellt. Dafür aber als „völkisch“.

Bloß, „völkisch“ ist eine rein subjektive, ideologische Halluzination. Wer einem anderen vorwirft, „völkisch gesinnt“ zu sein, muß erst einmal erklären, was er damit meint. Denn

„völkisch“ hat nichts von dem, was ein begreifender Begriff braucht. Wikipedia und sogar das Oxford Wörterbuch schwurbeln „völkisch“ zu „einer Ableitung von Volk“... als gemeinsame „Rasse“. Dabei verklärt „völkisch“ nur wahllos zusammengetragene Eigenschaften einer willkürlich zum „Volk“ erhobenen Menge. Sogar auf e i n e m Staatsgebiet gegen eine andere Bevölkerungsgruppe.

Für den israelischen Faschisten und Minister Smotrich wäre da zum Beispiel „der Erfindergeist des jüdischen Volks“ gegen „die Faulheit des palästinensischen“ eine „völkische“ Anrufung. Für Senator Joseph MacCarthy war 1953 die US-Präsidentenwitwe Roosevelt „unamerikanisch“. Und er versuchte sie neben die uramerikanischen Ami-Stars Humphrey Bogart, Arthur Miller, Orson Wells, Pete Seeger, Robert Oppenheimer und vor seinen „Ausschuß für unamerikanische Betätigung“ und in den Fleischwolf zu zerren.

Für die alten Nazis war der deutsche Knabe ein „völkisches Ideal“ – wie ein Windhund, flink, schlank, rank und blond – nicht eben Nachbauten von Göbbels, Göring und Hitler. „Völkisch“ ist so sinnentleert wie „fremdvölkisch“. Besonders heute, wo sich die neue Rechte von „völkisch“ löst, aber antideutsche Shit-Stormabteilungen „völkisch“ ohne Anführungszeichen anführen.

Überall und stets aber galt die Arbeiterbewegung den Rechten als „fremdvölkisch“ und fremdgesteuert, und zwar gerade hierzulande, wo die Arbeiterbewegung die zahlenmäßig stärkste Klassenkraft in der Bevölkerung war. Bei aller Halluziniererei war aber „völkisch“ immer konnotiert vom Antikommunismus, „der Grundtorheit der Epoche“ (Thomas Mann).

Wer „völkisch“ heutzutage verwendet – auf oder abwertend – bemißt willkürlich und von oben herab etwa bei anderen einen Grad an Heimatfixierung. Und meist übernimmt er dazu implizit eine Kernkategorie der früheren Nazi-Ideologen – als gäbe es in eines Volkes „Blut“ tatsächlich so etwas wie einen genomischen Transmitter für gemeinsame Ideen, für „arisch-rassische“ Kulturwerte oder ein nordisches „Herrenvolk“.

Die Faschisten riefen damit „ein Volk und ein Reich“ zu den Waffen (wobei Schwule, Frauen und Behinderte noch nicht ins Feld durften) und zum Frondienst unter die jeweilige Wirtschaftselite. Sowas garnierte der frühere „Sozialdemokrat“ Mussolini mit sozialer Demagogie: „Unser Staat ist kein kapitalistischer, sondern ein Korporativstaat.“

Die beiden italienischen Kommunistenführer Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti gingen diesem verbreitenden Kälbermarschgebrüll nicht auf den Leim. Sie verschärften gegen den Faschismus auch nicht einfach trotzig den Kampf „Klasse gegen Klasse“, sondern setzten auf eine neue antiimperialistische, Klassen überwindende Bevölkerungs-Allianz, einen „historischen Block“ (Gramsci/Togliatti) der werktätigen „neun Zehntel“ (Dimitrow). Gegen das „Völkisch“ stritten sie: für Volksfront. In Deutschland war zu spät und zu schwach – ausgehend von der Programmklärung der KPD 1930 („Nationale und soziale Befreiung“) – solch eine Linie entstanden, aus der 1943 das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ Wehrmachtssoldaten zum Desertieren aufrief.

Die SED-Zeitung wurde auch darum später „Neues Deutschland“ genannt.

Heute aber kriegt in Deutschland Mussolinis „Korporativstaat“ eine modisch-geimpfte, „trans“-nationale Regenbogentönung verpaßt, nebst einem pinken Fußball-Dress von Nike. Das „Volks-Ganze“ bekommt seinen woken Klang, wenn Frauen und sämtliche anderen Geschlechter nebst sexuellen Neigungen in großer Con- und Inclusion zu den Waffen gerufen und gemeinsam in Billigarbeit und Pleiten getrieben werden. Während nach aktuellsten Berechnungen die Superreichen immer reicher werden – und kriegerischer. Und dabei haufenweise Nationalstaaten zu Failed States zerschlagen.

Im Unterschied zu „völkisch“ sind „nationalistisch“ oder „etatistisch“ noch echte Begriffe. Die sich, zwar ideologisch übersteigert, auf real menschgemachte Einheiten beziehen: eben auf Nation oder Staat.

Der häufige, inflationierende Mißbrauch von „nationalistisch“ nährt sich einerseits aus der Raffinesse jener demagogischen Wilderer, die darauf lauern, jede vernünftige nationale Bestimmung als „nationalistisch“ zu dämonisieren. Andererseits allzumeist aus empirischer Unkenntnis. Den dialektischen Materialismus auf die Geschichte anzuwenden, bedarf nämlich des Wissens und des Riechers eines Kriminologen. Als 1999 Gegner des völkerrechtswidrigen deutschen Angriffskriegs auf Serbien „Jugoslavia“ skandierten, wurde ihnen von der frühwoken Medienelite „Nationalismus“ vorgeworfen.

Gerade Jugoslawien aber hatte nicht das geringste mit einem nationalistischen Konstrukt zu tun. Es war viel mehr multinational, multiethnisch; in ihm lebten 26 verschiedene Nationalitäten. Auch der Nachfolgestaat Serbien hatte in seinem Verfassungsartikel 1 die Selbstdefinition eines „demokratischen Staats für alle Bewohner, die ihn ihm leben“, also gerade kein „staatsbildendes Volk“. Nicht einmal die im Ausland lebenden Serben hatten somit Anspruch auf Staatsbürgerschaft. Im Gegensatz dazu war die vom Wertewesten gepamperte UCK mit ihren Kadern aus albanischer Drogenmafia nationalistisch, gestützt auf den Rassetheoretiker Ante Statcevic mit seinen Blutfantasien von „arischen“ Kroaten und slawisch-serbischen „Untermenschen“. Dessen rechtsradikalen Terror-Jüngern sprang im April der Terrorist Joseph Fischer bei, ausgerechnet unter dem Schlachtruf „gegen Nationalismus und ein zweites Auschwitz“. Und zwar am 24. März 1999 mit der deutschen Luftwaffe, die die Belgrader in dieselben Luftschutzkeller jagten, in denen diese bereits am 6. April 1941 unter den 611 Bombern Hermann Görings gekauert hatten. Und zwar, weil kurz zuvor die serbische Regierung unter Dusan Simovic dem Hitler-Unternehmen „Barbarossa“ keine Vassallentreue beim Überfall auf die Sowjetunion versprechen wollte. Die altimperialistische Parole „Serbien muß sterbien!“ in ein „antinationalistisches“ Gewand gehüllt zu haben, ist eine der frühen demagogischen Glanztaten der ersten woken Terroristengeneration um den grünen Kriegsverbrecher Joschka Fischer.

Dieter Dehm
Berlin

„Delegitimierung des Staates“ – ein Begriff, der das Programm der Annexion umschrieb

Es ist ein eigenartiger Begriff, dieser neue Vorwurf in den Verfassungsschutzberichten, die „Delegitimierung des Staates“. Schon allein, weil es gar nicht so einfach ist, einen Staat zu „delegitimieren“, der seiner Verantwortung seinen Bürgern gegenüber nachkommt. Was im Grunde jeder Staat in einem gewissen Maße tun muß, auch wenn er nur im Interesse einer bestimmten Klasse handelt, selbst wenn das Ergebnis nur „Brot und Spiele“ lauten sollte. (...)

Jüngst machte mich ein Freund darauf aufmerksam, daß dieser Begriff eine Vorgeschichte hat, und die ist ziemlich interessant. Sie taucht nämlich in einer wichtigen Rede des Jahres 1991 auf, die der damalige Justizminister Klaus Kinkel (FDP) auf dem Deutschen Richtertag gehalten hatte. Und man möge mir die Länge des Zitats nachsehen, sie ist nötig, um den Zusammenhang sichtbar zu machen: „Sie, meine Damen und Herren, haben als Richter und Staatsanwälte bei dem, was noch auf uns zukommt, eine ganz besondere Aufgabe. Es wird sehr darauf ankommen, wie die in allen Rechtsbereichen auf die Gerichte zukommenden Fragen behandelt werden, ob es vor allem auch gelingen wird, die für die Einheit so wichtige Akzeptanz der gerichtlichen Entscheidungen bei den Menschen zu erreichen. Davon hängt ab, ob der Rechtsstaat in den Augen der Bevölkerung in der Lage ist, mit dem fertig zu werden, was uns das vierzigjährige Unrechtsregime in der früheren DDR hinterlassen hat. ... Ich weiß sehr wohl, daß die Gerichte nicht allein leisten können, was aufzuarbeiten ist. Aber einen wesentlichen Teil müssen Sie leisten, alternativlos. Ich baue auf die deutsche Justiz. Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren. ... Politische Straftaten in der früheren DDR dürfen nicht verjähren. ... Der Gesetzgeber kann aus rechtsstaatlichen Gründen wegen des Problems der Rückwirkung nicht tätig werden.“

Es ist schon interessant, daß er überhaupt diese Frage aufwirft. Denn angeblich war das, was in der DDR stattgefunden hat, ja eine Revolution, und nach einem derartigen historischen Ereignis erübrigt es sich üblicherweise, die Staatsmacht, die davor bestand, überhaupt noch „delegitimieren“ zu müssen. Und natürlich sind diese Sätze auch unter dem Gesichtspunkt interessant, daß die Linie, die Kinkel vorgibt (und die dann tatsächlich praktiziert wurde), nichts, rein gar nichts mit einer „Wiedervereinigung“ zu tun hat. Schon deshalb, weil eine Vereinigung im Gegensatz zu einer Übernahme eine Gleichheit voraussetzt, die Kinkel durch seine sehr propagandistischen Formulierungen, wie „vierzigjähriges Unrechtsregime“, vollkommen negiert.

In dieser Aufforderung an die Richter und Staatsanwälte, bei der gerade die Letzteren ja ihm, dem Justizminister, unterstellt waren, geht es im Kern um Rechtsbeugung. Nachdem

1990 auf durchaus zweifelhafte Weise, siehe den Anschlag auf Oskar Lafontaine und die Morde an Alfred Herrhausen und Detlev Rohwedder, sichergestellt worden war, daß alles unterblieb, was tatsächlich eine Vereinigung kennzeichnet, insbesondere ein Verfassungsgebungsprozeß, lautete die nächste Aufgabe, alle Strukturen des anderen deutschen Staates zu kriminalisieren.

Was bei weitem nicht so einfach war, wie das manchen scheinen mag, die nur die Propagan-



Klaus Kinkel 1981, da war er BND-Präsident

da seit 1989 kennen. So war die Streichung des Paragraphen 175 StGB, der Homosexualität zur Straftat machte, ebenso ein Nebenprodukt der Tatsache, daß man nicht in allen Punkten hinter das Recht der DDR zurückfallen konnte, wie die Liberalisierung des Paragraphen 218. Das Strafgesetzbuch der DDR war dem bundesdeutschen weit voraus. Und auch wenn es die Bürger der BRD meist ignorierten, waren sich jene der DDR sehr wohl der Tatsache bewußt, daß sich die Voraussetzungen, unter denen die beiden deutschen Staaten sich entwickelt hatten, an vielen Punkten sehr unterschieden. Beispielsweise in den Möglichkeiten der Energieversorgung, die im Westen jahrzehntelang auf der Ruhrkohle beruhte, für die auf dem Gebiet der DDR aber nur die wesentlich energieärmere Braunkohle vorhanden war.

Wäre es zu einer Vereinigung gekommen, hätte man die DDR als historische Tatsache einfach stehen lassen können. Man hätte wahrnehmen können, daß die Frontstellung des Kalten Krieges die Entwicklung beider deutscher Staaten massiv beeinflußt und verzerrt hat. Die Bundesrepublik war beispielsweise der einzige westeuropäische Staat, der keine Diktatur war (wie Portugal und Griechenland bis 1974, Spanien bis 1976), und in

dem die kommunistische Partei trotzdem verboten war. Wenn man weiß, wie sehr die französische KP die Nachkriegsgeschichte prägte, oder die italienische (schon einmal „Don Camillo und Peppone“ gesehen?) – Nachbarländer, mit denen diese Bundesrepublik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ständig zu tun hatte – dann sieht man, daß die bundesdeutsche Geschichte ein Sonderfall ist. Nicht nur wegen der Hemmungslosigkeit, mit der die Nazielite in den Apparat integriert wurde, sondern auch wegen der Fortsetzung des für die faschistische Ideologie zentralen Antikommunismus.

Ende der 60er, als sich die Adenauer-Ära endlich auflöste, ging auch dieser Antikommunismus langsam zurück. Wer sich mit der Geschichte der politischen Verfolgung unter Adenauer beschäftigt, weiß, daß diese westliche Republik nur eingeschränkt demokratisch war. Das lockerte sich nun langsam, und erreichte seinen Höhepunkt in der Wahl von Willy Brandt zum Bundeskanzler – der aber ziemlich bald selbst mit Berufsverboten dafür sorgte, daß diese Demokratisierung nicht zu weit ging.

Wenn man es historisch betrachtet, hatte die Teilung in zwei deutsche Staaten die intellektuellen und politischen Traditionen tatsächlich räumlich voneinander getrennt, wie eine moderne Reinszenierung der konfessionellen Teilungen früherer Jahrhunderte. In dem Moment, in dem diese beiden Teile aufeinanderprallten, gab es zwei Möglichkeiten: eine wirkliche Vereinigung, die die mühsame Aufgabe gestellt hätte, den Bürgerkrieg von 1918 endlich zu beenden, die aber mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem neutralen Deutschland geführt hätte; oder aber eine feindliche Übernahme, bei der selbst die Erinnerung an den Übernommenen ausgelöscht werden mußte.

Ein Teil der Blindheit gegenüber den Prozessen in der Ukraine beruht auch darauf, daß es in Deutschland nach 1989 völlig normal war, die geschichtliche Erinnerung, die in der DDR gepflegt wurde, auszulöschen. Das Ziel lautete, die DDR mit dem Hitlerfaschismus gleichzusetzen; ein Unterfangen, das allein mit Blick auf die ungeheuren Verbrechen des letzteren sofort als Monstrosität durchschaubar hätte sein müssen. Dafür mußte man selbstverständlich auch die Erinnerung daran tilgen, daß nicht die Bonner, sondern die Berliner Republik von Menschen aufgebaut wurde, die dem Nazismus widerstanden, die ihn bekämpft hatten. Genau aus diesem Grund mußte man durch die welthistorische Situation bedingten Entscheidungen wie dem „Mauerbau“ Geschichten persönlicher Schuld konstruieren und eine Argumentation ständiger moralischer Verfehlung ins Spiel bringen. Und genau aus diesem Grund war es so wichtig, Aufbau und Betrieb dieses anderen deutschen Staates in jedem Aspekt wie ein Vergehen zu behandeln, bis zur völligen Absurdität.

Der einzige Grund, „das SED-System delegitimieren“ zu wollen, war, daß es legitim war und diese Legitimität auch durch die Anexion nicht einfach verschwand. Was Kinkels Aussage erkennen läßt, ist, daß eine gerichtliche Verfolgung der DDR-Eliten das klitzekleine Problem hatte, daß diese keineswegs willkürlich, sondern nach dem geltenden Recht der DDR gehandelt hatten. Im Endeffekt wurde dann eine Hilfskonstruktion versucht, um gewissermaßen den Geltungsbereich des BRD-Rechts in die DDR hinein auszuweiten – die Angeklagten hätten erkennen müssen, daß das Recht, nach dem sie handelten, Unrecht war.

Aber wir reden schließlich nicht von den Nürnberger Rassegesetzen, deren Urheber Hans Globke es in der BRD zum Chef des Bundeskanzleramts brachte. Wir reden auch nicht von dem Nazirichter Hans Filbinger, der wenige Tage vor Kriegsende noch einen Deserteur zum Tode verurteilte, und der später viele Jahre Ministerpräsident von Baden-Württemberg war. Nicht von einem Theodor Oberländer, der zusammen mit dem Bataillon Nachtigall am Pogrom von Lemberg beteiligt war und später Minister im Kabinett Adenauer wurde. Was auch immer der DDR vorgeworfen werden konnte, war Pillepalle im Vergleich zu diesen Großverbrechern, die die Bundesrepublik geprägt hatten.

Im Umgang mit den Naziverbrechern galt allerdings in der westlichen Republik lange ein Zitat eben jenes Hans Filbinger: „Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Kein Nazirichter wurde jemals wegen Rechtsbeugung verurteilt. Übrigens wurden auch all jene Richter, die in der BRD Nazitäter laufen ließen, niemals vor Gericht gestellt. Im Umgang mit der DDR machte man allerdings aus jenen Nazitätern, die es nicht in den Westen geschafft hatten und dort vor Gericht gestellt wurden, ganz schnell politisch Verfolgte. Schließlich wäre ihnen im Westen nichts passiert.

Eine ganze Reihe der Prozesse, die auf Kinkels Aufforderung folgten, scheiterten, weil doch

nicht alle Richter sich auf eine übergeordnete Geltung der westlichen Rechtsordnung einlassen wollten und feststellten, daß nach dem Recht der DDR schlicht keine Straftat vorlag. Schließlich ging es in diesen Fällen eben nicht um Verstöße gegen das Völkerrecht, ganz im Gegensatz zu den Naziverbrechen. Auch das gibt Kinkel in seiner Rede zu, daß es eben kein höheres Recht gibt, auf das man zurückgreifen könne. Und daß „der Gesetzgeber aus rechtsstaatlichen Gründen nicht tätig werden“ könne. Der „rechtsstaatliche Grund“ nennt sich Rückwirkungsverbot.

Die Prozesse gegen Mitarbeiter des staatlichen Apparats waren nur ein Teil dessen, wobei Kinkel die Unterstützung der Richter und Staatsanwälte benötigte. Auch Dinge wie die Strafrenten, also die pauschalen Rentenkürzungen bei allen Staatsbediensteten, waren durchaus heikel, unter anderem, weil selbst Angehörige der SS, die vor der Strafverfolgung geflüchtet waren, lebenslang von der Bundesrepublik eine völlig ungekürzte Rente erhalten hatten. Da war also ein Vorgehen nötig, das mit „kreativer Rechtsprechung“ noch sehr vorsichtig bezeichnet ist.

In Wirklichkeit wurde, im Interesse der reinen, unverfälschten Westbindung, deren Früchte das heutige Deutschland genießen darf, das Recht weit über die Schmerzgrenze hinaus gebeugt, als wäre eine zügellose Verfolgung der „zweiten deutschen Diktatur“ irgendetwas eine Kompensation dessen, daß man die Täter der „ersten deutschen Diktatur“ zumeist gar nicht erst vor Gericht gestellt hatte. Es erfolgte das Gegenteil. Beabsichtigt oder nicht, das Resultat war eine gewaltige Stärkung der noch vorhandenen Reste besagter „erster deutscher Diktatur“, und hier rede ich nicht von den Neonazigruppen, die von westdeutschen Behörden im Osten aufgebaut wurden. Ich rede vom Antikommunismus, der hätte überwunden werden können.

Diese Delegitimierung des „SED-Regimes“ beinhaltet nämlich ganz nebenbei auch die Auslöschung der Erinnerung an den

wirklichen antifaschistischen Widerstand in Deutschland, über den man nicht mehr reden kann, weil die Kommunisten ein bedeutender Teil davon waren. Man kann nicht mehr von den Verhaftungen nach dem Reichstagsbrand sprechen, nicht mehr sagen, wer die ersten Opfer der Nazis waren (nämlich die Kommunisten). Man kann nicht mehr von den Spanienkämpfern sprechen, und auch nicht mehr von den Bemühungen um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung nach 1945 – noch so ein Moment, an dem ohne gewisse westliche Mächtschaften eine ganz andere Entwicklung möglich gewesen wäre. Wenn man liest, wie heute beispielsweise in Berlin die Debatte um das Thälmann-Denkmal in Pankow geführt wird, merkt man, daß es noch immer nicht möglich ist, einen Deutschen zu ehren, der zwölf Jahre lang allen Versuchen der Nazis widerstand, ihn zu beugen, weil er als Kommunist notwendigerweise der Böse sein muß. Kein Wunder, daß das dann im nationalen Nihilismus endet.

Die hemmungslose rechtliche Manipulation, die Kinkel damals einforderte, steht heute Pate beim Umgang, den die aktuelle Bundesregierung mit den Bürgerrechten an den Tag legt. Kinkel und Faeser teilen das gleiche Rechtsverständnis, das hemmungslos auf den Erhalt der eigenen Macht zielt. Wenn nun der Begriff der „Delegitimierung des Staates“ auf Menschen angewandt wird, denen kein Apparat folgsamer Juristen zur Verfügung steht, die nicht die staatliche Macht kommandieren, wie einst Herr Kinkel, ist das dann die unbewußte Furcht, daß das alte Unrecht sie noch einholen könnte? Oder ist es die Langzeitfolge dessen, daß die Legitimität eines deutschen Staates seitdem nichts mehr mit Erfüllung der Verantwortung zu tun hat, die auf hundertfache Weise nicht erfüllt wird, sondern nur noch mit dem, was der Apparat aufzuzwingen imstande ist?

Dagmar Henn

Redaktionell gekürzt

*Quelle: Deutscher Freidenker-Verband,
29.4.2024*

Deutschland wieder Zentrum der Reaktion

Zu den Ergebnissen der Wahlen zum EU-Parlament am 9. Juni

Das Ergebnis der EU-Wahlen war eine schwere Niederlage für die Friedenskräfte. Die drei Parteizusammenschlüsse, die auch bisher die Mehrheit hatten – Christdemokraten (EVP), Sozialdemokraten und Liberale – errangen mehr als 400 der 720 Mandate. Die von CDU und CSU maßgeblich bestimmte EVP erhielt mit 186 Sitzen etwa zehn mehr und siegte in drei großen EU-Mitgliedsstaaten (BRD, Polen, Spanien) sowie in mindestens neun weiteren Staaten. Die Sozialdemokraten haben mit 134 Mandaten fünf weniger als bisher, die Liberalen kommen auf 79 Sitze (minus 23). Die rechte EKR, zu der die faschistischen Fratelli di Italia der Ministerpräsidentin Giorgia Meloni gehören, erlangte 73 Mandate – drei mehr. Die ebenfalls faschistische ID-Fraktion, die kurz vor dem 80. Jahrestag des SS-Massakers

im französischen Oradour-sur-Glane die AfD wegen Verharmlosung der SS ausschloß, hat jetzt 58 Sitze, neun mehr. Die AfD (15 Sitze, plus vier) will sich der ID wieder anschließen. Die linke Fraktion im EU-Parlament, zu der in der Vergangenheit stets Kommunisten gehörten, kommt auf 36 Mandate (minus eins). Mit diesem Resultat ist gesichert, daß die Kriegspolitik der EU sich weiterhin auf breite Zustimmung berufen kann. Angekündigt sind neue Schritte, um der EU-Kommission direkte Unterstützung von Rüstung und Waffenlieferungen, die ihr bislang offiziell untersagt sind, zu ermöglichen. Frankreich drängt darauf, die EU neben der NATO zur „zweiten Lebensversicherung“ (Außenminister Stéphane Séjourné) zu machen. Die Wähler verpaßten SPD, Grünen und FDP zwar eine Ohrfeige, stimmten aber nicht

für jene, die sich wie das BSW konsequent für Frieden einsetzten, sondern machten CDU/CSU und AfD mit zusammen rund 46 Prozent zu den stärksten Parteien. Mit den 30 Prozent der Stimmen für die „Ampel“ erhielt das Kartell der Kriegsparteien mehr als 75 Prozent. Denn die AfD zählt dazu: siehe 14. Juni im Bundestag – Antrag der AfD auf Bevorzugung der deutschen Rüstungskonzerne. In Nordrhein-Westfalen votierten mehr als in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen zusammen für die AfD. Sie stimmten bewußt auch für bekennende Faschisten. Deutschland ist nicht nur ökonomisch und wirtschaftlich Führungsmacht beim Krieg gegen Rußland, es ist erneut auch Zentrum der ideologischen Reaktion auf dem Kontinent.

Arnold Schölzel

„Europa bedeutet Frieden, Freiheit und Demokratie!“

Versuch der Sektion eines Wahlslogans (Teil 1)

Wir befinden uns in einem „Superwahljahr“, so schallt es unisono aus allen Medienrohren. Am 9. Juni fanden Wahlen zum EU-Parlament sowie eine Reihe von Kommunalwahlen statt. Im September kommen einige weitere hinzu. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg werden die Landtage neu gewählt.

Wahlen sind heilige Kühe im bürgerlichen Staat und müssen immer wieder dafür herhalten, den entwickelten Kapitalismus als die beste aller Welten zu propagieren. So dreht sich gegenwärtig alles um den Slogan „Europa bedeutet Frieden, Freiheit und Demokratie!“ Beginnen wir mit dem Begriff „Europa“. Dieses Wort wurde in den vergangenen Wahlkämpfen von Politikern aller Couleur nach dem Motto „Wie halten Sie es mit Europa?“ stark strapaziert, ohne danach zu fragen, was mit Europa eigentlich gemeint ist. Es gilt wohl als ausgemacht, die Europäische Union (EU) damit zu identifizieren, obwohl Europa doch wohl bis ans Uralgebirge reicht.

Was aber ist die EU?

Ausgangspunkt des heutigen Staatengebildes „EU“ waren zwei gegensätzliche Bestrebungen der westlichen Siegermächte die Zukunft Deutschlands, also eigentlich der westlichen Besatzungszone, betreffend. Während Frankreich Deutschland staatlich und wirtschaftlich schwächen wollte, um sicherzustellen, daß es nie wieder Krieg gegen Frankreich führen kann, ging es Großbritannien, vor allem aber den USA, darum, die von ihnen unterstützte wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion einzusetzen. Als Kompromißvorschlag erarbeiteten französische Politiker und Ökonomen einen Plan, wenigstens die Stahl- und Kohleproduktion (beides in den 40er Jahren die wichtigsten Bereiche für die Rüstungsindustrie) der Kontrolle der Deutschen zu entziehen und eine westeuropäische Gesellschaft zu gründen, die diese Bereiche länderübergreifend kontrolliert und organisiert. So wurde 1951 die EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt) gegründet. Mitglieder waren Frankreich, Belgien, Luxemburg, die Niederlande, Italien und die mittlerweile im Mai 1949 konstituierte Bundesrepublik Deutschland. Bereits für die EGKS wurden die Organe geschaffen, wie sie noch heute in der EU existieren: eine Steuerungsbehörde mit Kompetenzen in allen beteiligten Ländern, ein Ministerrat, der quasi wie eine Regierung Beschlüsse erläßt, sowie eine lediglich beratende Versammlung. Als sich nach einigem Hin und Her die Arbeit dieser Superbehörde für die zwei Industriezweige einzuspielen begann, kam man auf die Idee, solche Institutionen auch für andere Bereiche und mit weiteren westeuropäischen Partnern zu bilden. Zunächst gründeten die sechs beteiligten Länder die

EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) zur Etablierung eines gemeinsamen Marktes, in dem Waren und Dienstleistungen ohne Grenz- und Zollschranken ausgetauscht werden sollten. Gleichzeitig scheiterte jedoch schon 1956 die Absicht, eine Art (westeuropäischer) Europaarmee zu schaffen (EVG – Europäische Verteidigungsgemeinschaft), am französischen Veto. Zeigte der Versuch zur Gründung eines (west)europäischen Wirtschaftsmarktes schon Bestrebungen, sich gegen andere kapitalistische Märkte zu wappnen, waren doch gleichzeitig die Widersprüche in den konkreten außenpolitischen Interessen so groß, daß keine Einigung erzielt werden konnte. Außerdem ließen die schon damals hegemonialen Ansprüche der USA neben der durch sie geführten NATO, der dann ja auch ab Mai 1955 die BRD angehörte, keine andere westlich-europäische Militärallianz zu. Das ging so weit, daß Frankreich schließlich 1966 seine militärische Zusammenarbeit in der NATO aufkündigte und das Hauptquartier von Paris nach Brüssel verlegt wurde. Fürderhin gab es so eine Art Arbeitsteilung zwischen der EWG und der NATO. War die EWG als Instrument zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes für Westeuropa wichtig, um halbwegs gemeinsam gegen die US-Wirtschaftsübermacht und den kommenden südostasiatischen Markt (Japan und die sogenannten Tigerländer Südkorea, Singapur, Hongkong sowie Taiwan) bestehen zu können und gleichzeitig den Wirtschaftskrieg gegen die sozialistischen Staaten zu führen, stellte die US-geführte NATO die militärische Komponente im Kalten Krieg. Mit der Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa verschoben sich die Kräfteverhältnisse aufs Neue. Die Restauration kapitalistischer Verhältnisse in diesen Ländern schaffte mit meist dubiosen Mitteln eine völlige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu Gunsten der ausländischen Großindustrie und Einheimischer, die mit großer krimineller Energie in einem ziemlich rechtsfreien Raum kleine Vermögen anhäuferten. Und obwohl sich diese Prozesse auch in der damaligen Sowjetunion vollzogen hatten, versuchte man, Rußland komplett wirtschaftlich zu ruinieren, um es als wirtschaftliche und militärische Macht auszuschalten. Dafür wurden in großer Eile die früheren RGW-Länder in die EG (Europäische Gemeinschaft), ab 1999 EU (Europäische Union), aufgenommen, um Zugriff auf die Märkte, die Reichtümer und die Wirtschaftsstrukturen dieser Länder zu bekommen. Daß nach den gesellschaftlichen Umbrüchen Anfang der 90er Jahre die Unterwerfung unter das EU-Diktat zur starken Verarmung der Bevölkerung jener Länder führte, ist bekannt. Deindustrialisierung und extremer Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion waren die Folge. Auf die

Art ist z. B. Bulgarien zum Armenhaus Europas geworden. Hinzu kam, daß schon in den 90er Jahren zehntausende Polen, Rumänen, Bulgaren u.a. zum Arbeiten in die Länder Westeuropas strömten, was zumindest zu einem Teil auch die Arbeitenden in jenen Ländern unter Druck setzte und den Kapitalisten neue Möglichkeiten eröffnete, soziale Standards aufzuweichen. Wir kennen das in der BRD als „Agenda“-Politik, forciert durch einen sozialdemokratischen Kanzler, der erklärte, wir könnten „uns unser teures Sozialsystem nicht mehr leisten“. Großbritannien Tony Blair war begeistert und zog mit. In Rußland brachte der überraschende Wechsel von Jelzin zu Putin wieder Stabilität in die Wirtschaft und ins Staatsgefüge. Alle Bemühungen, Putin, wie vorher Jelzin, zu korrumpieren, schlugen jedoch fehl. Um Rußlands Macht dennoch zu beschneiden, stürzte man sich auf die ehemaligen Sowjetrepubliken, insbesondere das Baltikum und die Ukraine. Das taten die USA und die EU gleichermaßen, doch die USA waren meist etwas schneller und solventer als die Westeuropäer. In der Zwischenzeit hatte die NATO in trauter Einigkeit mit der EG/EU begonnen, ihre Expansionsgelüste durch die Anzettelung neuer Kriege zu befriedigen. Denken wir an Jugoslawien, diverse Nahost-Kriege, Afghanistan usw. Die EU war immer irgendwie dabei, mit Geld, Logistik oder, wie später im Ukrainekrieg, mit diplomatischen Finten zur Kriegsverlängerung. Und obwohl die Interessen der USA und Westeuropas oft sehr verschieden sind, gelingt es den USA immer wieder, die Westeuropäer in ihre Konflikte einzubinden, nicht zuletzt durch die Unterstützung partikularer Interessen innerhalb der EU-Staaten. So „helfen“ die USA z. B. Frankreich in seinen neokolonialen Bestrebungen in Afrika, oder den Polen wird eingeredet, sie müßten sich in der EU mehr Gehör verschaffen und dann praktisch als 5. Kolonne der USA auftreten. Einig sind sich die USA und die EU jedoch im Wirtschaftskrieg gegen alle, die weder die Hegemonie der USA noch ihre Vasallen in der EU anerkennen, gemeint sind Iran, China, Libyen, Syrien, Rußland u.a. Wie in Libyen und in Syrien zu beobachten, kann das auch schon mal blutig enden. So ist und bleibt die EU, bei allem kleinen Kollateralnutzen für deren Einwohner, ein Instrument zur Durchsetzung wirtschaftlicher, politischer und seit dem Ukrainekrieg auch militärischer Interessen bestimmter Fraktionen innerhalb des Großkapitals. Sie wird nicht als „Friedensprojekt“, sondern als Kriegspartei in die Geschichte eingehen. Das gilt heute, wenn die EU-Staaten zur Nachschuborganisation der NATO im Ukrainekrieg mutieren, mehr denn je.

„Eine neue Etappe der Repression“

Am 75. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes ist Deutschland auf dem Weg in eine autoritäre Formierung: Die Kriege in der Ukraine und in Gaza bringen in der Bundesrepublik zunehmend Ausgrenzung und Repression hervor.

Sendeverbote

Ein starker Schub in Richtung auf eine autoritäre Formierung der deutschen Öffentlichkeit war zu Beginn des Ukraine-Kriegs zu verzeichnen. War schon zuvor, ab 2014 und vermittelt nicht zuletzt über die Leitmedien, massiver Druck auf all diejenigen ausgeübt worden, die sich einem offen antirussischen Grundkonsens verweigerten („Putin-Versteher“), so ging die Bundesrepublik nun unter anderem zur Ausschaltung russischer Medien über – entweder, indem die deutschen Behörden ihnen Sendelizenzen verweigerten, oder durch ein Verbot auf EU-Ebene. Sender wie RT oder Sputnik sind seitdem in Deutschland nicht mehr erlaubt. Deutsch-russische Kooperationsprojekte auf den Feldern von Wissenschaft und Kultur, die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) oder der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) betrieben wurden, wurden nun umgehend auf Eis gelegt; die Frankfurter Buchmesse schloß Rußlands Nationalstand aus – und wies darauf hin, Repräsentanten russischer Verlage könnten aufgrund der Rußland-Sanktionen ohnehin kaum zu der Veranstaltung anreisen. Boykotte russischer Künstler, zuweilen gar der Werke längst verstorbener russischer Komponisten wie auch Forderungen, die Bücher russischer Autoren – sogar klassischer Schriftsteller – zu verbieten, spitzten die antirussische Formierung zu.

Geschichtsrevision

Diese dauert bis heute an, greift immer weiter aus und beeinträchtigt mittlerweile sogar die Erinnerung an die Befreiung Deutschlands und Europas von der NS-Herrschaft. So waren bei den Befreiungsfeierlichkeiten am 9. Mai am sowjetischen Ehrenmal in Berlin Treptow nicht nur russische Fahnen und Symbole verboten, sondern auch die Flagge der Sowjetunion, die die Hauptlast bei der Niederwerfung des NS-Reichs getragen hatte. Überaus schikanöse Einlaßkontrollen am Ehrenmal sorgten für recht lange Wartezeiten und schreckten von der Teilnahme an dem Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus ab. Verboten wurde sogar das Mitführen einer Tageszeitung, die auf ihrer Titelseite ein berühmtes historisches Foto von der Einnahme des Reichstags durch sowjetische Soldaten zeigte: Weil auf ihm eine sowjetische Flagge zu sehen ist, die die Soldaten gerade über dem Reichstag schwenken mußte, wer sich dem Gedenken anschließen wollte, die Zeitung im Müll entsorgen. Das Foto ist aus zahlreichen Geschichtsbüchern

bekannt. Ukrainische Flaggen hingegen waren erlaubt – und dies, obwohl die Organisationen der ukrainischen Faschisten, die 1941 einen ukrainischen Staat zu gründen versucht hatten, mit den Nazis kollaboriert sowie den Massenmord an den europäischen Juden aktiv unterstützt hatten. Auch zugelassen waren Werbemaßnahmen ultrarechter Aktivisten aus dem „Reichsbürger“-Milieu.

Ausgegrenzt

Ein weiterer massiver Schub in Richtung auf eine autoritäre Formierung erfolgt seit dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 und dem Beginn des Gaza-Kriegs; er richtet sich pauschal gegen palästinensische Organisationen, gegen ihre Unterstützer und gegen alle, die Sympathie mit ihren Anliegen zu erkennen geben. So wurde beispielsweise die Vergabe diverser Literaturpreise, deren ursprünglich vorgesehene Empfänger sich mit Kritik an der israelischen Politik hervorgetan hatten oder auch nur palästinensischer Herkunft waren, unbestimmt verschoben oder vollständig abgesagt, so etwa eine offizielle Auszeichnung, die auf der Frankfurter Buchmesse vergeben wird. Die Berliner Behörden strichen einem bekannten Kulturzentrum in der Hauptstadt, das für palästinensische Anliegen offen ist, alle Fördermittel und verlangten die Räumung seines Gebäudes. Die Exempel wirken: In ganz Deutschland berichten Organisationen, die palästinensische Anliegen unterstützen, sie seien kaum noch in der Lage, Räumlichkeiten für Treffen und Veranstaltungen zu finden. Der Repression durch deutsche Stellen ausgesetzt ist mit der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost auch eine jüdische Vereinigung; ihr sperrte die Berliner Sparkasse bereits im März das Bankkonto.

Ausgesperrt

Mittlerweile beginnt die Bundesregierung, Hochschuldozenten öffentlich zu disziplinieren, greift zu Reiseverboten und setzt sie EU-weit durch. Vor zwei Wochen hatten nach der Räumung eines Protestcamps an der Freien Universität Berlin durch die Polizei ungefähr 300 Lehrkräfte in einem Protestschreiben erklärt, sie verteidigten – unabhängig von ihrer Haltung zu den Forderungen des Protestcamps – das „Recht auf friedlichen Protest“. Daraufhin äußerte Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, die Stellungnahme mache sie „fassunglos“. Die öffentliche Verurteilung durch die Ministerin schädigt die Unterzeichner des Protestschreibens und schreckt andere davon ab, sich der Kritik anzuschließen. Zuvor hatten die deutschen Behörden zwei Referenten eines Palästina-Kongresses an der Teilnahme an der Veranstaltung gehindert. Gegen den ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis hatte Berlin ein politisches Betätigungsverbot verhängt. Den palästinensischen

Arzt und Rektor der University of Glasgow, Ghassan Abu-Sittah, hatte sie mit einem Einreiseverbot belegt, und zwar für den gesamten Schengen-Raum. Abu-Sittah konnte daher Anfang Mai auch an einer Veranstaltung des französischen Senats nicht teilnehmen. Das Verwaltungsgericht Potsdam hat das Einreiseverbot inzwischen für rechtswidrig erklärt.

„Gegen ethnische Minderheiten“

Aus dem westlichen Ausland sind zunehmend entsetzte Reaktionen zu vernehmen. Bereits im Dezember konstatierte die New York Times, Deutschland drohe seinen „Ruf als Zufluchtsort für künstlerische Freiheit“ zu verlieren, während die Washingtoner Onlinezeitung The Hill notierte: „Nahezu jede größere Einrichtung in Deutschland ist an einer Welle der Repression gegen ethnische Minderheiten beteiligt gewesen – gegen „Palästinenser, andere Nichtweiße und jüdische Antizionisten gleichermaßen“, und dies „in einem Ausmaß und einer Intensität, die in der deutschen Nachkriegsgeschichte beispiellos ist“. Im April zitierte der britische, gewöhnlich deutschlandfreundliche Guardian konsterniert die Aussage einer in Nordafrika geborenen und heute in Berlin lebenden Aktivistin, „Demokratie und Meinungsfreiheit“ seien in der Bundesrepublik offenbar nur noch „Fassade“. Im Mai äußerte die französische Senatorin Raymonde Poncet Monge (Europe Écologie – Les Verts), die Ghassan Abu-Sittah zu der Veranstaltung des Senats eingeladen hatte, zu der auf Berliner Betreiben verfügten Einreisesperre: „Das ist grauenhaft! Das ist eine neue Etappe der Repression.“

Der dritte Schub

Dabei hat längst ein dritter Schub in Richtung auf eine autoritäre Formierung begonnen, der sich gegen den stärksten Rivalen der Bundesrepublik richtet – gegen China. Schon vor Jahren ergab eine wissenschaftliche Untersuchung, die deutsche China-Berichterstattung sei „von teil noch aus kolonialen Zeiten herrührenden Klischees und Stereotypen geprägt“. Seither hat auch der staatliche Druck auf in Deutschland lebende Chinesen, ihre Unterstützer und ihre Kooperationspartner zugenommen. So dürfen Chinesen, die bestimmte staatliche Stipendien erhalten, an manchen deutschen Hochschulen nicht mehr studieren. Deutsche Hochschulen stellen zunehmend ihre bisherige Kooperation mit chinesischen Kulturinstituten (Konfuzius-Institute) ein. Mit der Verschärfung des Konflikts mit der Volksrepublik steht – ähnlich wie zuvor gegen Rußland und aktuell gegen Palästinenser – eine Verschärfung der inneren Frontbildung gegen China und gegen Chinesen bevor.

Kriegsvorbereitungen in Europa

1. Einig im Ziel

Am 6. Juni 1944 („D-Day“) stürmten 160 000 Soldaten der Westalliierten die Strände der Normandie. 80 Jahre später feierten Abgesandte aus allen NATO-Staaten am Omaha-Beach, unweit des Städtchens Saint-Laurent-sur-Mer, die „Befreiung Europas von der Nazi-Diktatur“. Russische Regierungsvertreter und Veteranendelegationen waren unerwünscht und wurden ausgeladen, dafür durfte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sich mit warmen Worten für die gerade zusammengebettelte Lieferung französischer Jagdflugzeuge vom Typ Mirage 2000-5 bedanken. Gebaut in den 90er Jahren, von der französischen Luftwaffe seit Jahren ausgemustert, aber immerhin flugbereit. Großbritannien stand nicht zurück, zum „D-Day“ schenkte es der Ukraine einige Sets Präzisionsbomben (Paveway IV), welche „die Ukraine in die Lage versetzen, die russischen Streitkräfte zurückzuschlagen“, wie der „Militärexperte“ David Hambling der „Newsweek“ euphorisch mitteilte. Dumm halt, daß die Ukraine über keine Jets verfügt, die diese Waffe tragen können, auch die Mirage taugt hierfür nicht. Aber immerhin kann der Wertewesten so seinen Schrott aus den Waffenarsenalen entsorgen. Ansonsten war die große Koalition der Kriegswilligen eifrig bemüht, bloß nicht die Idee aufkommen zu lassen, die Sowjetarmee hätte auch nur das geringste mit der Befreiung vom Faschismus zu tun, von Stalingrad war genauso wenig die Rede wie von den 27 Millionen getöteten Sowjetbürgern. Ihr Ziel ist es, die Geschichte umzuschreiben. Man erinnert sich: Am 3. Juli 1941, wenige Tage nach dem Überfall der Hitler-Wehrmacht auf die Sowjetunion, schlug der Botschafter der UdSSR in London, Iwan Maiski, dem britischen Außenminister Anthony Eden eine britisch-sowjetische Kooperation zur Zurückschlagung der Faschisten an. Es war der erste Vorschlag zur Bildung einer Anti-Hitler-Koalition und es sollte nicht der letzte bleiben. Das Konzept einer Landeoperation der Alliierten an der französischen Küste stieß mehr als zwei Jahre auf Ablehnung. Stalin beschwerte sich im August 1942 beim Besuch Churchills in Moskau: „Täglich verlieren wir 10 000 Soldaten, wollt Ihr, daß wir den ganzen Krieg alleine austragen?“. Ein Jahr zuvor hatte der spätere US-Präsident Harry S. Truman das Kalkül der USA offen beschrieben: „Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen; und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen“. Erst auf der Teheran-Konferenz im November 1943 konnten die sowjetischen Abgesandten – gegen den erklärten Willen Churchills – durchsetzen, daß die Invasion in der Normandie auf die Tagesordnung kam. Grund für die Meinungsänderung des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt war die Furcht vor einem Durchmarsch der Sowjetarmee bis zum Rhein und damit der drohende Verlust der amerikanischen Einflußsphäre im Nachkriegsdeutschland. Das diesjährige Andenken an den „D-Day“, nun choreografiert als NATO-Gründungsmythos,

geriet zu einer Feier auf dem Feldherrenhügel der Kriegsvorbereitung gegen den „Feind im Osten“. In der, wie üblich, vernuschelten Rede des US-Präsidenten Joe Biden („Als Oberbefehlshaber ist es mir die höchste Ehre, Euch hier in der Normandie noch einmal zu grüßen. Gott liebt Euch“), ging es um den Kampf gegen „die dunklen Kräfte“, den „endlosen Kampf zwischen Diktatur und Freiheit“. Für die kriegsenthusiastische Zuhörerschaft hatte Biden einen Tipp: „Wenn Sie den Preis der Freiheit wissen wollen, kommen Sie in die Normandie. Gehen Sie zu den anderen Friedhöfen in Europa, wo unsere gefallenen Helden ruhen.“ Der britische Premier Rishi Sunak ließ in seinem dreiminütigen Kurzbeitrag die geforderte antirussische Perspektive vermissen, sichtlich unter Zeitdruck verließ er die Feierlichkeiten vorzeitig wegen eines Wahlkampfauftritts anlässlich der im Juli in Großbritannien anstehenden Parlamentswahlen. Charles, sein König, rettete die Situation und bekannte sich statt seiner: „Die freien Nationen stehen zusammen, wenn es um den Kampf gegen die Tyrannei geht.“ Das wiederum gab dem französischen Präsident Emmanuel Macron die Chance, an ein Wort des Ehrengastes Selenskyj („Putin, das ist Anti-Europa, durch seine ständige Erpressung versucht er der ganzen Welt Angst zu machen“) anzuknüpfen und Rußland mit „Nazi-Deutschland“ zu vergleichen, die schließlich beide „das internationale Recht mit Füßen getreten haben“. Rußland sei 2022 zum „Verräter“ an der „Botschaft des ‚D-Day‘“ geworden, ein Grund mehr, die Ukraine durch französische Waffen und Soldaten zu unterstützen. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz entwarf in seiner Rede das Bild einer europäischen „Schicksalsgemeinschaft“, die auf die Anbindung an die USA verpflichtet ist, „ein wirtschaftlich, militärisch und gesellschaftlich starkes Europa, fest verankert im transatlantischen Bündnis und geeint in der Europäischen Union“. Die Nagelprobe für diese EU erweise sich im „heldenhaften Abwehrkampf“ der Ukraine gegen den „brutalen russischen Imperialismus“. Auf der Feier im englischen Portsmouth gab derweil der britische Armeechef General Patrick Sanders, bekannt für sein unverschnörkeltes Auftreten, einen Ausblick. Weder die EU noch Großbritannien seien momentan ausreichend gewappnet für die Schlachten der Zukunft: Die Briten wären „nicht bereit für den Dritten Weltkrieg und müssen besser auf einen Krieg vorbereitet werden, in dem Dutzende Millionen Menschen getötet werden können“, zitiert ihn die Nachrichtenplattform „GB-News“.

2. Großbritannien

Bereits am 22.3.2021 – also ein Jahr vor dem Aufflammen des Ukrainekriegs – legte das britische Kriegsministerium ein Strategiepapier mit dem Titel „Vision für die Streitkräfte 2030“ vor. Zentrales Motiv war die „Verteidigung im Wettbewerbszeitalter“, gemeint als Generalumbau der Armee zu einer „bedrohungsorientierten Streitmacht“. Das „Umdenken in den Bereichen Land, See, Luft, Weltraum und

Cyber“ steht auf der Agenda. Geplant bis 2025 sind über 85 Milliarden Pfund für die Aufrüstung. Kriegsminister Ben Wallace: „Wir werden mit den Partnern zusammenarbeiten, um künftigen globalen Sicherheitsbedrohungen zu begegnen und gleichzeitig unser Engagement in den (aktuellen) Kampfgebieten verbessern“ – mit letzterem meinte er den Jemen. Am 18.7.2023 veröffentlichte die britische Regierung das „Defence Command Paper“ (DCP23), das die „Lehren aus dem Krieg in der Ukraine“ aufgreift und den Plan „für die Bereitstellung einer glaubwürdigen Kampftruppe“, um „sowohl jetzt als auch in Zukunft als globales Schwergewicht zu agieren“, skizziert. Im Kern geht es den Verfassern der Studie um die Zielbestimmung des britischen Imperialismus für die kommende Dekade. Orientiert an den strategischen Herausforderungen gegen „Rußlands akute Bedrohung“ und die Volksrepublik China, „als dem langfristigen Gegner und feindlichen internationalen System“. Wiederum Ben Wallace: „Dieses Papier wird unseren strategischen Ansatz schärfen und sicherstellen, daß das Vereinigte Königreich eine führende Macht in der NATO bleibt.“ Wie den deutschen und französischen Militärs geht es auch den Briten um die Übernahme der Spitze innerhalb des europäischen NATO-Gefüges. 2023 hatte Großbritannien das jährliche Ziel von mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Militärausgaben bereits übererfüllt und setzte die Zielmarke auf 2,5 % des BIP. Ähnlich wie in Deutschland hat die britische Regierung mittlerweile (mit leichter Verspätung) im April 2024 ein 75 Milliarden Pfund (93 Milliarden US-Dollar)-Programm zur Aufrüstung für die nächsten sechs Jahre angekündigt. „Es ist Zeit für uns, wieder aufzurüsten“, sagte Premier Sunak auf einer BBC-Presskonferenz. Gemeinsam mit dem polnischen Premierminister Donald Tusk war er sich einig, daß Polen wie Briten in Zukunft mehr für die Rüstung ausgeben werden, als die übrigen europäischen NATO-Mitglieder. Geplant ist ein Aufwuchs der britischen Streitkräfte um 30 000 Soldaten, ohne Wehrpflicht, dafür für aber mit einer lückenlosen Tauglichkeitserschaffung der Jahrgänge und „Bonusprogrammen“ zur Einwerbung neuer Freiwilliger. Laut Schätzungen soll das hierzu aufgelegte „National Service“-Programm mindestens 2,5 Milliarden Pfund pro Jahr, finanziert aus Steuermitteln, kosten. Die Wehrpflicht war 1960 abgeschafft worden. In den letzten Jahren klagte die britische Armee kontinuierlich über Personalrückgang. Zum 1.1.24 waren 183 130 Soldaten registriert, wobei allerdings nur etwa die Hälfte davon unmittelbar einsatzfähig ist. Dies liegt darin begründet, daß die britische Armee seit Ende der 90er Jahre weniger die Territorialverteidigung im Auge hatte, sondern versucht hat, sich rund um den Globus mit kleineren schlagkräftigen Verbänden in laufende Konflikte einzuklinken. Aufrüstung und Militarisierung bestimmen auch in Großbritannien die gegenwärtige Situation. Ein Blick in die britischen Medien zeigt, daß beim Hype um Aufrüstung und Kriegsvorbereitung besonders gern auf die

Äußerungen des deutschen Experten in Sachen „Kriegstüchtigkeit“ Bezug genommen wird. Die (angeblich) breit aufgestellte Territorialverteilung Deutschlands dient als Vorbild, natürlich mit dem unter Konkurrenten üblichen militaristischen Zungenschlag, die britische Rüstungsindustrie könne alles schneller und besser, als diejenige Deutschlands und Frankreichs. Gerne mißt man sich in Großbritannien auch mit Deutschland, wenn es um „Platz 1“ in der Unterstützung der Ukraine geht. Außenminister Lord Cameron unterstrich bei einem Besuch in der Ukraine Anfang Mai dieses Jahres, daß die militärische Hilfe für Kiew der Schlüssel im Kampf gegen das „russische Despotentum“ sei, Rußland müsse in Schach gehalten werden, „sonst steht Europa vor einer sehr gefährlichen Zukunft“. Zur Vorbereitung auf das, was kommen wird, hat die britische Armee jüngst das Programm „Future Soldier“ auf den Weg gebracht. Dessen Leiter, General Patrick Sanders, beschreibt die nächsten Schritte: Das britische Volk sei momentan eine „Vorkriegsgeneration“, die sich dringend darauf vorbereiten müsse, „in einem Krieg gegen ein aggressives Rußland zu kämpfen“. Ein Mangel an „Begeisterung unter dem Volk“ hindere daran, die „Gesellschaft auf Kriegsgang“ umzustellen. Eingefordert wird eine „nationale Mobilisierung“ in jedem NATO-Mitgliedsland.

3. Frankreich

Seit seiner Wahl zum Präsidenten im Jahr 2017 war Emmanuel Macron stets beseelt, den Militärhaushalt bis 2025 auf 2 Prozent des nationalen BIP zu stabilisieren. Macron gefiel sich dabei gern in der Sonderrolle der einzigen Atommacht auf europäischem Festland, erst recht, nachdem Großbritannien sich aus der EU verabschiedet hatte. Seither ist Frankreich in der EU der atomare Platzhirsch, was in der Sichtweise der französischen Militärs zwingend zur Führungsrolle Frankreichs führen müsse. Diese Präpotenz Frankreichs erzeugt in der NATO und im britisch-französischen Verhältnis Risse. „Ich möchte, daß Frankreich seine Rolle als geeinte, strahlend-einflußreiche, treibende Kraft der europäischen Autonomie festigt“, so Macron. „Autonomie“ – ein begriffliches Vehikel, um den französischen Führungsanspruch innerhalb des militärischen Komplexes der EU zum Klingen zu bringen. Ebenso die Idee zum Aufbau einer europäischen

Armee, selbstverständlich eingebettet in „den nuklearen Schutzschirm“ Frankreichs. Dieses Projekt stieß indes sowohl bei der USA (und somit in der NATO) wie auch bei den europäischen NATO-Partnern auf Skepsis bis Widerwillen. Der Biden-Administration kann, ebenso wenig wie der NATO, eine eigenständige Binnenformation gelegen kommen. Deutschland hielt sich in dieser Konstellation weitgehend zurück, selbstredend voller Kalkül, wie es selbst seine Position im NATO-Gefüge zwischen braver Folgsamkeit in Richtung Washington und Musterknabenattitüde mit Führungsoption verbessern konnte. Inzwischen kocht auch die französische Regierung das Konzept der EU-Armee auf nur noch kleiner Flamme. Der französische Kriegsminister Sébastien Lecornu kündigte Ende April an, daß bis 2025 eine spezielle „europäische Eingreiftruppe“ von 5000 Mann geschaffen werden solle. Es dürfte sich dabei um einen Versuchsballon handeln, um die Bereitschaft anderer EU-Staaten zu testen, Frankreich bei „gewagten Operationen“ zu unterstützen. Etwas verschlüsselt sprach Lecornu von „Krisen, für die die NATO nicht zuständig ist und bei denen Frankreich oftmals allein Operationen durchführt“. Möglicherweise meinte er damit die Entsendung von EU-Bodentruppen in die Ukraine. Dafür spricht, daß Mitte Mai 2024 eine EU-Konferenz stattfand, über die die „Neue Zürcher Zeitung“ am 18. Mai berichtete: „Die europäischen Soldaten (sollen) vor Ort ukrainische Militärangehörige ausbilden. Sie könnten im Land Militärfahrzeuge und Ausrüstung reparieren, was ebenfalls zeitsparender wäre als die bisherige Wartung in Polen und der Slowakei. Sie könnten bei der Logistik unterstützen, Ausrüstung transportieren, Straßen reparieren. Europäische Soldaten könnten auch bei der Bedienung der Luftverteidigungssysteme helfen und auf diese Weise Kraftwerke und Industrieanlagen schützen. Minensuche und Cyberabwehr wären weitere Aufgaben“. Klingt wie die „wir bauen Brunnen und Schulen“-Rhetorik der Bundeswehrrangjahre in Afghanistan. Was gemeint ist, dürfte auf der Hand liegen. Das Thema ist folglich nicht abgeschlossen und noch von Interesse, was auch die Reaktion der baltischen Staaten und Polens zeigt. Das Schulterklopfen der osteuropäischen NATO-Verbündeten löst in Paris Genugtuung aus, insbesondere dann, wenn Bundeskanzler Scholz gleichzeitig als Zauderer

und Leisetreter von der französischen Presse disqualifiziert wird. Das napoleonische Gehabe Macrons provoziert die deutschen Regierungsverstärker, hier setzte man bisher lieber auf die Karte deutscher Verlässlichkeit und Beständigkeit, das hysterische Geschrei deutscher Bellizisten im Stile einer Strack-Zimmermann oder eines Kiesewetter findet in den Medien Frankreichs und Großbritanniens ohnehin keinen Widerhall. Im übrigen laufen die Bestrebungen zu Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen in Frankreich nahezu parallel mit jenen in Großbritannien und Deutschland. Für die Streitkräfte sieht ein im März 2024 aufgelegtes Programm für den Zeitraum 2024 bis 2030 ein historisches Rüstungsbudget von 413 Milliarden Euro vor, zur „Verteidigung unseres französischen Festlandes und unserer Überseegebiete“. Es basiert auf der Effektivierung nuklearer Abschreckung und dem zügigen Ausbau von „Interventionsfähigkeiten“. Ähnlich wie in Großbritannien betont das Papier die Fortsetzung traditionsreicher kolonialer Politik im Zeitalter des Imperialismus. Das „Militär-Planungs-Gesetz“ soll – gleich dem für Deutschland vom Territorialen Führungscommando der Bundeswehr ausgegebenen „Operationsplan DEU“ – eine Vernetzung ziviler und militärischer Strukturen forcieren. Die Sollstärke der französischen Streitkräfte liegt derzeit bei 200 000 Soldaten, die durch weitere ca. 150 000 Kräfte im paramilitärischen Bereich ergänzt werden. Die Wehrpflicht wurde in Frankreich 1996 abgeschafft. Im Januar 2024 begann der Ausbau des „Universellen Nationaldienstes (SNU)“, der 2021 ins Leben gerufen wurde und den jeder Bürger leisten muß (ein Monat, wahlweise auch beim Militär). Die Diskussion zu einer Einführung der Wehrpflicht läuft in den französischen Medien eher schleppend, im März 2024 bestätigte eine Umfrage, daß 65 % der Männer und 63 % der Frauen die Wehrpflicht wiederbelebt sehen möchten. Angesichts einer Einsatzreserve (zumeist Angehörige der Gendarmerie) von 65 000 ist allerdings nicht zu erwarten, daß in absehbarer Zeit die Wehrpflicht wieder eingeführt wird. Die Herrschenden in Deutschland, Frankreich und Großbritannien wollen Krieg. Es ist höchste Zeit, dem von ihnen forcierten Eskalationswahnsinn die entschlossene Kraft aller Friedenswilligen entgegenzusetzen.

Dr. Ralf Hohmann

„Friedensgipfel“ in der Schweiz

Die US-Vizepräsidentin rückt mit der Wahrheit raus

Mit politischem Getöse wurde der „Friedensgipfel“ durch die Ukraine und ihre westlichen Unterstützer vorbereitet. Wurde anfangs von 160 eingeladenen Staaten gesprochen, reduzierte sich die Zahl der teilnehmenden letztendlich auf 93. Interessant dabei die Verlautbarungen in den Medien über die Teilnahme Rußlands. Von Beginn an wurde klar kommuniziert: Rußland ist nicht erwünscht und wird nicht eingeladen. In den Nachrichtensendungen hörte es sich dann gelegentlich so an: „Rußland hat kein Interesse an der Konferenz und wurde demzufolge auch nicht eingeladen.“ Rußland hatte aber

sein Desinteresse erst dann bekundet, als aller Welt schon mitgeteilt wurde, daß es in der Schweiz nicht erwünscht ist. Soviel zur richtigen Reihenfolge! Zumal sowieso die Frage im Raum stand, was soll eine Friedenskonferenz, wenn eine der beteiligten Konfliktparteien nicht anwesend ist? Im Vorfeld wurden dann auch die Erwartungen bezüglich der Ergebnisse immer mehr nach unten korrigiert. Interessant aber der Beitrag der US-Vizepräsidentin Harris. Nachdem sie den Verhandlungsvorschlag des russischen Präsidenten rundweg als Aufruf zur Kapitulation verworfen hatte, rückte sie mit den eigentlichen

Motiven der USA für die Unterstützung der Ukraine heraus: „Amerika steht nicht aus Nächstenliebe an der Seite der Ukraine, sondern weil es in unserem strategischen Interesse ist.“ (Quelle: ntv vom 15.6.24) Nun sind die strategischen Interessen der USA Rußland betreffend hinlänglich bekannt, aber die Offenheit von Frau Harris sollte alle Friedensfreunde nochmals nachdenklich machen. Jetzt muß verhandelt werden, jeder weitere Kriegstag führt zu weiteren Opfern auf beiden Seiten. Das sind die „strategischen Interessen“ nicht wert!

Oberst a.D. Friedemann Munkelt, Leipzig

Osteuropawissenschaft im Deutschland der „Zeitenwende“

Mit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine wurde in Deutschlands herrschender Politik eine „Zeitenwende“ ausgerufen. Bundeskanzler Olaf Scholz beschuldigte den russischen Präsidenten, ein „Imperium in Europa“ aufbauen zu wollen und damit „die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts“. Deutschland müsse die Kraft aufbringen, dem „eine Grenze zu setzen“. Die Außenministerin der Annalena Baerbock sagte, man müsse Rußland „ruinieren“.

Ein wichtiges und zeitloses Instrument deutscher Außenpolitik für die Schwächung Rußlands war und ist die Strategie der Auflösung der Integrität des sowjetischen bzw. russischen Zentralstaates, bis hin zu Zerteilungsstrategien. Solche Strategien wurden in den deutschen Eliten bereits zu Zeiten des Ersten Weltkriegs in der sogenannten Liga der Fremdvölker Rußlands für den Kampf gegen das Russische Kaiserreich beraten.

Die Debatten um eine „Dekolonisation Rußlands“ heute

Eine wichtige Institution für die Beratung von „Dekolonisationsstrategien“ gegenüber Rußland ist das sogenannte Forum der freien Völker Rußlands. Laut eigener Angabe sind die Ziele des Forums ein „Wiederaufbau und die strukturelle Umgestaltung Rußlands, die wirtschaftliche und politische Entwicklung der historisch-kulturellen Regionen und Autonomien, die volle Verwirklichung der Bürgerrechte und -freiheiten sowie das soziale Wohlergehen der Menschen“. An den jüngsten Treffen dieses Forums nahmen neben Vertretern ethnischer Minderheiten der Russischen Föderation (RF) auch führende westliche Politiker teil. Dort wurde, im Gegensatz zu der relativ harmlos klingenden „strukturellen Umgestaltung Rußlands“ offen gesagt, daß mit „Dekolonisation Rußlands“ die Zerschlagung der RF als Staat gemeint ist. In einem Bericht über die Konferenz wird der ehemalige Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Kiew, Sergej Sumlenny, mit den Worten wiedergegeben, daß es bedauerlich sei, daß westeuropäische Experten sich gegen das Auseinanderbrechen Rußlands wenden werden. Mit „Dekolonisierung“ sei gemeint, den Völkern Rußlands ihr „Recht auf Selbstbestimmung“ zu geben. Als Vertreter der ethnischen Minderheit der Tschetschenen nahm übrigens Ahmad Sakajew, ein antirusischer Separatistenführer, teil, der in Rußland wegen Beteiligung an Selbstmordanschlägen auf zivile Ziele, Flugzeugabstürzen und Geiselnahmen gesucht wird.

Ein weiteres wichtiges Gremium, das mit dem „Forum der freien Völker Rußlands“ eng verbunden ist, ist die Commission on Security and Cooperation in Europe (CSC), auch als „U.S. Helsinki Commission“ bekannt, der Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses und US-Außenministeriums angehören. Dieses Gremium deklarierte im Juni 2022 die Dekolonisierung Rußlands als einen

„moralischen und strategischen Imperativ“. Begründet wurde dies damit, daß Rußlands „barbarische Kriege in der Ukraine, Syrien, Libyen, Georgien und Tschetschenien den böseartigen imperialen Charakter Rußlands für die ganze Welt“ zeige. Es unterdrücke die in der RF lebenden indigenen nicht-russischen Völker und stehe in der Tradition der kolonialen Agenda der Sowjetunion. Nur mit einem dekolonisierten Rußland könne es Sicherheit und Stabilität in Europa geben.

Diese Ideen werden seitdem in relevantem Maße in politischen Kreisen, die der grünen Partei nahestehen, diskutiert. So fand am 29.11.23 eine von der parteinahen Heinrich-Böll-Stiftung organisierte Konferenz statt, an der auch die in Rußland als „ausländischer Agent“ eingestufte Organisation „Memorial“ beteiligt war. Sie trug den Namen „11. Europäisches Geschichtsforum: Dekolonisiert euch!“ Ziel der Konferenz war es, sich mit „überkommenen Formen von Wissenschaft, die koloniale Herrschafts- und Wissensstrukturen nicht kritisch analysieren, sondern (...) sogar produzieren“, auseinanderzusetzen. Viele Wissenschaftler der „nun unabhängigen ehemaligen Republiken der Sowjetunion“ sähen eine „dekoloniale Geschichtsschreibung“ als „wichtiges Instrument, um sich gegen revanchistische Ansprüche Rußlands zu wappnen“. Denn oft rechtfertige Moskau seine „aggressive Politik gegenüber seinen Nachbarstaaten damit, daß das Freiheitsstreben und die Unabhängigkeit vormaliger Sowjetrepubliken keine historische Grundlage hätten“. Entsprechend solle der Rußland-Fokus, der seit Jahrzehnten die Kultur- und Sozialwissenschaften dominiere, als ein Ergebnis kolonialer Denkmuster gesehen werden, da sich hier eine tief verwurzelte Ignoranz gegenüber der politischen, kulturellen und historischen Vielfalt Osteuropas zeige. Der heutige russische Kolonialismus stehe, wenn auch mit Unterschieden, in der Kontinuität des Kolonialismus des Russischen Kaiserreiches und der Sowjetunion. Immer noch habe man in der deutschen Osteuropawissenschaft das Problem, das sowjetische und eurozentristische Narrativ zu übernehmen. Dies besage, daß die Kolonisation der indigenen Völker ein notwendiger Schritt in Richtung Moderne gewesen sei. Das Narrativ werde vor allem von politisch links orientierten Wissenschaftlern vertreten. Es zu überwinden, müsse das Ziel der Dekolonisierung der Osteuropawissenschaften in Deutschland sein.

Sehr nah an diesen größeren, institutionell etablierten politischen Kreisen wird das Thema darüber hinaus auch in der linksliberalen und linksradikalen bzw. anarchistischen Szene der Bundesrepublik diskutiert. So interviewte der oben genannte Grüne Sergej Sumlennyj des European Resilience Initiative Centers, ein weiterer antirusischer Thinktank, das anarchistofeministische Kollektiv „Unruhe“. Gleich zu Beginn des Interviews verlaubte die Interviewte, daß das „einzige funktionierende und

vielversprechende Szenario für Frieden und Demokratie ein Zusammenbruch von Rußland“ sei. Die Anarchistin kritisierte linke Kräfte dafür, daß diese jegliche Vorstellungen von Nationalismus ablehnen würden, obwohl es eben dieser Nationalismus sei, der den Ukrainern gerade ihre Kraft im Kampf gegen Rußland geben würde. Die „indigenen Völker Rußlands“ könnten in ähnlicher Weise nur auf den Nationalismus im Kampf gegen die Kolonisatoren verlassen. Auch wenn dieser Nationalismus „unappetliche Formen“ annehmen könne, führe kein Weg an ihm vorbei. Die Gruppe kämpfe für eine „gewaltfreie Gesellschaft, in der sich Menschen definieren und selbst verwalten können“. Deshalb sei aus ihrer Sicht eine dekoloniale Bewegung auch immer eine anarchistische Bewegung. Im Ukraine-Krieg hätten bereits Freiwilligeneinheiten aus Tschetschenien, Belarus und Georgien „äußerst effektiv“ gegen Rußland gekämpft, weil diese bereits auf der Seite der Ukraine Kampferfahrung mit Rußland gesammelt hätten. An dieser Stelle schließt sich der Personenkreis: In Rußland gesuchte tschetschenische Terroristen, die beim „Forum der freien Völker Rußlands“ auftreten, werden nun hier von anarchistischen Dekolonisierungs-Aktivisten als potentielle Kämpfer für ihre Ziele genannt.

Bei der alleinigen Betrachtung dieser beispielhaften Ausschnitte zeigt sich, daß den hier dargelegten Dekolonisationskonzepten bei allen Unterschieden vor allem ein liberal-individualistischer und antirusischer Freiheitsbegriff zugrunde liegt: Das Individuum ist frei, wenn es von Rußland befreit ist. Rußlands Kolonialismus sei, ob zaristisch, sowjetisch oder bürgerlich, immer totalitär und kollektivistisch und damit gegen die individuelle Freiheit gerichtet gewesen.

Diese kolonialistische Denkweise ist auch in der deutschen Osteuropawissenschaft verankert. Entsprechend müsse die akademische Antwort auf „Putins Projekt der Rekolonialisierung“ die „konsequente Dekolonisierung unseres Denkens“ sein, wie es der Osteuropawissenschaftler Martin Schulze-Wessel auf den Punkt bringt.

Die Dekolonisierung der Osteuropawissenschaften

Für die politisch bezweckte Einordnung jeglicher russischer und sowjetischer Minderheitenpolitik als „kolonialistisch“ braucht es zunächst einen Begriff davon, was unter Kolonialismus überhaupt verstanden werden soll. Die sogenannten postcolonial studies, die in deutschen Universitäten in den letzten Jahren vermehrt betrieben werden, haben vor allem die westliche bzw. spezielle deutsche Kolonialpolitik in Afrika und Asien zum Gegenstand. Ihre Forschungen über den Rassismus der Herrschenden, der sich bis heute in der Wissenschaft fortsetzt, haben sich auch immer mit der ökonomischen Ausbeutung der kolonial unterdrückten Völker befaßt

und diese als ein konstituierendes Element von Kolonialismus bezeichnet.

Von diesem Element haben sich die Theoretiker bei der Begriffsbildung des „russischen Kolonialismus“ getrennt. Getrennt vom historisch konkreten Phänomen des Kolonialismus wird sein Begriff jetzt vor allem auf das Verhältnis der Individuen zum Staat reduziert, nämlich ein „fremdes“.

Politisch folgt daraus, daß „Dekolonisation“ nicht weniger als „die historisch einmalige und voraussichtlich unumkehrbare Delegitimierung jeglicher Herrschaft, die als ein Untertanenverhältnis zu Fremden empfunden wird“, meint. Wer von wem und warum „entfremdet“ ist, bleibt bei dieser Definition bewußt offen, um in der Anwendung des Begriffs schließlich alle nichtrussischen Volksgruppen der RF bzw. Einwohner der ehemaligen Sowjetrepubliken als von allem Russischen Entfremdete und damit in einer gemeinsamen Staatlichkeit Unterdrückte zu bestimmen.

Mit dieser „neuen“ Begriffsdefinition lassen sich nun allerlei Merkmale des sogenannten Kolonialismus Rußlands und der Sowjetunion aufzeigen. Sie sind zahlreich und unter diesen Theoretikern auch kontrovers diskutiert; Einigkeit besteht aber bei allem Dissens um Details darin, daß Rußland in seiner gesamten Geschichte fremde Völker unterdrückt habe. Ein erstes wichtiges Merkmal dieses Kolonialismus sei die ständig angestrebte Erweiterung des Territoriums Rußlands, die immer auf Kosten der auf dem entsprechenden Territorium lebenden Volksgruppen gegangen sei. Die Ausbreitung des Zarenreiches seit dem 16. Jahrhundert wird dabei in eine historische Kontinuität mit der Erweiterung des Territoriums der Sowjetunion im 20. Jahrhundert, der Nationalitätenpolitik Lenins, Bevölkerungspolitik Stalins und schließlich der Militärintervention der RF in der Ukraine 2022 gestellt. Die völlig unterschiedliche staatliche Verfaßtheit und politische Ziele dieser vierhundert Jahre auseinanderliegenden Ereignisse spielen in dieser Kontinuität keine Rolle, schließlich geht es darum, Rußland anhand dieser historischen Ereignisse einen immanenten Drang nach Expansion und Unterdrückung nachzuweisen. In der heutigen „Sowjetnostalgie“ halte sich, so die Theoretiker, aber leider immer noch die Vorstellung, daß die sowjetische Expansionspolitik „Aufstiegschancen“ für die „kolonisierten Völker“ bedeutete. Diese „Nostalgie“, der mit diesem Begriff bereits jegliche Rationalität abgesprochen wird, sei auch in den zentralasiatischen Republiken noch sehr präsent. Das sei ein Problem, denn diese Republiken könnten eigentlich ein Ort antikolonialer Bewegung gegen Rußland sein. Als eurozentristisch und rassistisch wird die „sowjetische Propaganda“ bezeichnet, die diese „Kolonialzüge“ als einen notwendigen Schritt auf dem Weg zur Moderne bezeichne. Die mit diesen Feldzügen verbundene „Russifizierung“ der dort lebenden Menschen sei ein in der politischen Logik der russischen Elite „nach wie vor“ tief verwurzelt Denken und bedeute einen „kulturellen Völkermord“ an diesen Menschen. Daher müßten die Osteuropawissenschaften auch in Deutschland ebendiese eurozentristische Vorstellung von „Rußland als modernem Aufklärer in den Peripherien ablegen“. Die Osteuropawissenschaften müßten

ihre wissenschaftliche Prämisse, daß Rußland jemals eine fortschrittliche Rolle zukam oder auch in Zukunft zukommen kann, endgültig ablegen. Auf die Spitze treibt es der Kölner Slawist Gerhard Simon: Er fordert, daß die Prämisse der zukünftigen Osteuropawissenschaft sein müsse, Rußland als eine Macht zu sehen, „die aus der zivilisierten Welt ausgeschieden“ sei. Diese Prämisse leite sich aus dem „Versagen“ der Wissenschaft ab, den „russischen

Für ein solches Programm wird der in Europa negativ konnotierte Begriff „Kolonialismus“ seines bisherigen Inhalts beraubt. Der Begriff beschränkt sich damit auf das Phänomen einer vermeintlichen „Fremdherrschaft“, die einer wie auch immer gearteten „Freiheit“ und „Selbstbestimmung“ der „unterdrückten Völker“ entgegenstehe. Dabei vermengen sich auf theoretischer Ebene linke Prinzipien wie das Selbstbestimmungsrecht der Natio-



Sergej Sumlenny im Kampfdreß gegen Rußland

Angriffskrieg“ auf die Ukraine nicht vorhergesehen zu haben.

Entsprechend wird gefordert, daß eine vermeintliche pro-russische Einseitigkeit und russische pro-imperiale Narrative, welche die Geschichte der „ehemaligen Kolonien“ ausblenden würden, überwunden werden müsse. Deshalb müßte es auf institutioneller Ebene engere Bindungen an die Akademie der Ex-Sowjetrepubliken (was sich inhaltlich auf die antirussischen Abteilungen dieser Akademien beschränken dürfte) geben, da es hier einen „Diskursraum jenseits des normativen Eurozentrismus“ gebe. Diese Diskursräume schwankten in ihren Narrativen zwischen „antikolonialen und kolonialen, lokalen und universalisierenden Deutungsangeboten“. Sie entzögen sich damit „jeglicher Eindeutigkeit der Nation, der Ethnie, der Religion, des Imperiums oder des Marxismus-Leninismus“, weshalb gerade in „ihrer Ambivalenz und Vielschichtigkeit“ ihr „emanzipatorisches Potential“ liege.

Fazit

Die hier skizzierte „Dekolonisierung der Osteuropaforschung von russischen proimperialen Prämissen“ ist ein politisches Programm, das im Rahmen der antirussischen „Zeitenwende-Politik“ und dem deutschen „Krieg gegen Rußland“ der Bundesregierung vollzogen wird. Ziel dieses Programms ist die wissenschaftliche Begründung einer antirußländischen Nationalgeschichte nichtrussischer Volksgruppen in der RF und den ehemaligen Sowjetrepubliken mit dem Zweck der Förderung separatistischer, nationalistischer und antirussischer Ideologie für ebendiese politischen Kräfte.

nen, der Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung mit nationalistischen Ideen. Diese Vermengung findet ihren institutionellen Ausdruck in gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen und personellen Überschneidungen im politischen Spektrum der Grünen, der linksliberalen, linksradikalen und anarchistischen Szene sowie faschistischen und terroristischen Kräften aus der Ukraine und Tschetschenien.

Für die Osteuropawissenschaft, die in Zukunft offenbar als der ideologische Stichwortgeber dieser Kräfte fungieren soll, bedeutet dies eine Verstärkung der Parteilichkeit der Wissenschaft. In Zukunft sollen historische Ereignisse, wie auch literarische und kulturelle Phänomene unter der Prämisse untersucht werden, daß Rußland in jeder Minute seiner Existenz Menschen unterdrückt habe. Es wird also in Zukunft zu erwarten sein, daß in der Geschichtswissenschaft und Slawistik bzw. interdisziplinären Studien ständig Momente des „Unterdrückens“ von russischer und Momente des „Befreiens“ von nichtrussischer Seite gefunden werden.

Es kann zusammengefaßt werden, daß mit „Dekolonisation“ eine politische Projektion der deutschen Osteuropawissenschaft auf diese politischen Ziele angestrebt wird. Eine objektive Geschichtswissenschaft bzw. Befassung mit sprachlichen und literarischen Phänomenen Osteuropas, die sich mit den Klassenverhältnissen und Klassenkämpfen und den konkreten historischen Entstehungsbedingungen für solche Phänomene auseinandersetzt, steht gegen eine solche Projektion.

Alexander Kiknadze

Leipzig

„s ist leider Krieg – und ich begehre, nicht schuld daran zu sein“

Wegen eines möglichen russischen Angriffsplans zeigt sich die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags, Marie-Agnes Strack-Zimmermann alarmiert. Deshalb rief sie dazu auf, die 900 000 Reservisten in Deutschland zu aktivieren und sie baldmöglichst registrieren zu lassen. „Wenn wir nur die Hälfte davon gewinnen könnten, wäre das ein unglaubliches Pfund.“ Wer so spricht, hat weniger Bodenhaftung wie ein Formel-1-Rennfahrer, der mit profillosen Reifen bei Starkregen auf einer Rennstrecke in Monza oder anderswo unterwegs ist und das Risiko in Kauf nimmt, in Runde drei gegen die Wand zu fahren oder aus der Kurve geschleudert zu werden. Aber auf jeden Regen folgt eine auch die Rennpiste aufweichende Hitzewelle. Diese wird die „Rennleitung“ unter der Regie des Kriegsministers nutzen, um die Zuschauer unter Anfeuerung der Vorsitzenden des „Verteidigungs“ausschusses auf ein Schicksal als Fleischwölfe im Stellvertreterkrieg der NATO gegen Rußland vorzubereiten.

Kriegstüchtig – kriegssüchtig

Die in nahezu in kompletter Anzahl aufmarschierenden und sich um die Mikrofone der westlichen Wertegemeinschaft drängelnden politischen Akteure sind in einer fast schon bedauernswerten Verfassung. Seit vielen Monaten hinweg sind sie bemüht, eine Afghanistan-Variante einzuüben, wohlwissend, daß die mit großem propagandistischem Aufwand unteretzte Verteidigung am Hindukusch in einem Desaster endete. Nun also soll nach einem erneuten Anlauf eine Erfolgsspur gezogen werden, auf der mit einem noch gesteigerten Propagandaapparat der eurasische Wurmfortsatz namens Europa (unter Ausschluß Rußlands, aber gleichzeitig gegen dieses Land) in der Ukraine oder wo sonst auch immer verteidigt werden. Es ist das eingetreten, was Stefan Zweig in seinen „Erinnerungen eines Europäers“ unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg und nach dessen Ausbruch beschrieben hat: Ein Krieg im Stadium seiner Planung „braucht einen gesteigerten Zustand des Gefühls, er braucht Enthusiasmus für die eigene Sache und Haß gegen den Gegner. Nun liegt es in der menschlichen Natur, daß sich starke Gefühle nicht ins Unendliche prolongieren lassen, weder in einem einzelnen Individuum noch in einem Volk, und das weiß die militärische Organisation. Sie benötigt darum eine künstliche Aufstachelung, ein ständiges ‚doping‘ der Erregung, und diesen Aufpeitschungsdienst sollten – mit gutem oder schlechtem Gewissen, ehrlich oder aus fachlicher Routine – die Intellektuellen leisten, die Dichter, die Schriftsteller die Journalisten. Die hatten die Haßtrommel zu schlagen und schlugen sie kräftig ... Gehorsam dienten sie fast alle ... und damit dem Massenwahn und Massenhaß des Kriegs statt ihn zu bekämpfen.“

(s. „RotFuchs“, 4/2024). Oder sollte man ihn gar nicht erst beginnen lassen? Aber genau das ist nicht die Mission eines Boris Pistorius, der das Amt eines Verteidigungsministers innehat, aber schon längst die Uniform eines Kriegsministers trägt. Seine Rhetorik zeichnet sich aus durch solche Sätze wie: „Im Ernstfall brauchen wir wehrhafte junge Männer und Frauen, die dieses Land verteidigen können. Wir müssen durchhaltefähig und aufwuchsfähig sein (!? H. Sch.). Wir brauchen Hauptwaffensysteme, Luftverteidigungssysteme, Munition.“ Und weiter: „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein.“ Den Beifall, der ihm dafür im Parlament gezollt wurde, hat der Publizist Marcus Klöckner mit dem Satz: „Es stinkt nach Militarismus.“ treffend gekennzeichnet. Der Gestank zog sich auch am 11. Juni durch den Plenarsaal des deutschen Bundestags während der Rede des ukrainischen Präsidenten W. Selenskyi. „Es ist unser gemeinsames Interesse, daß Putin diesen Krieg nicht gewinnt“, tönte er unter langhaltendem Beifall der Abgeordneten. Rußland müsse für die Entfesselung des Krieges die volle Verantwortung übernehmen und „für den ganzen Schaden, der durch diese Aggression verursacht wurde“, aufkommen. Für diese und andere Auslassungen wurde der Schauspieler aus Kiew von den anwesenden Zuschauern im Saal reich beschenkt. Man könnte vermuten, daß sich zu dieser Veranstaltung Claqueure, die man als Gruppe Claque nennt, versammelt haben. Ein solcher Vergleich hat vielleicht einen gewissen Charme, hinkt leider aber doch. Denn die Anwesenden belohnten in seltsamer Verrenkung den Redner mit Standing Ovationen und lagen ihm gleichzeitig mit teilweise entrückten Blicken regelrecht zu Füßen. In der Tat, die regelbasierten Ordnungshüter haben ihr propagandistisches Gewicht verlagert in Richtung einer ungeschminkten, die Bevölkerung einschüchtern sollenden Kriegsrhetorik. Da ich schon wieder Stefan Zweig zitiert habe, soll auch Bernhard von Bülow noch als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu Wort kommen. In einer Reichstagsdebatte am 6. Dezember 1897 im Zusammenhang mit der deutschen Kolonialpolitik sagte er: „Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ Betrachtet man die raumgreifenden Handlungen der Bundeswehr, scheint dies der wirklich eigentliche Grund zu sein, eine zu allen Taten bereite Gesellschaft herzurichten. Was den Platz an der Sonne betrifft, so ist Vorsicht geboten. Das Schicksal des Ikarus bleibt für alle Zeiten eine antike Mahnung. Die immer wieder bemühte rhetorische Provokation, Putin drohe nur und werde schon aus Selbstschutz keine Atombombe zünden, wird benutzt, um skrupellos eine rote Linie nach der anderen zu überschreiten und den Militärapparat weiter aufzublähen im Glauben,

man werde letztendlich Rußland in die Knie zwingen. „Es ist fraglich“, so Blog-Autor Tom Wellbrock, „ob der Westen sich der Gefahr, die er hier und heute erzeugt, bewußt ist, und es ist zu befürchten, daß zumindest Teile des Westens und Verantwortungsträger mit entsprechender Persönlichkeitsstruktur sich dieser Gefahr nicht bewußt sind oder allen Ernstes glauben, als Sieger aus diesem Konflikt hervorgehen zu können. Ihre Dummheit, ihre Machtgier und ihr an Wahn grenzender Russenhaß sind und werden jedenfalls für Millionen von Menschen lebensgefährlich.“ Aber ausgerechnet jetzt hat sich der frühere SPD-Chef Sigmar Gabriel nach einer Zeit des Schweigens mit diesem bizarren Satz zurückgemeldet: „Wir werden Rußland noch einmal so niederringen müssen, wie wir das im Kalten Krieg mit der Sowjetunion gemacht haben.“ Ihm und allen anderen Akteuren sollte klar sein, daß alle Szenarien einer militärischen Niederlage Rußlands gänzlich unrealistisch sind. Einen Sieg des Westens wird es nicht geben. Unter keinen Umständen.

Dumm wie ein Tisch

Daß Rußland nach einem Sieg in der Ukraine zuerst über das Baltikum herfällt, anschließend Polen über den Haufen rennt und dann Deutschland und das übrige Europa ins Visier nimmt, ist ein solcher Blödsinn, daß es selbst einigen Hardlinern peinlich ist, sich für diesen Gedanken als Wiederkäufer zur Verfügung zu stellen. Am Rande des internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg hat Wladimir Putin bei einer Pressekonferenz mit den Leitern der wichtigsten internationalen Nachrichtenagenturen Behauptungen zurückgewiesen, Moskau bereite einen Angriff auf die NATO vor. Wörtlich bezeichnete der russische Präsident diese und ähnliche Behauptungen als Bullshit und Schwachsinn und unterstellte denjenigen, die mit dieser Theorie hausieren gehen, „völlig verrückt“ und „so dumm wie dieser Tisch“ zu sein. Er argumentierte, daß eine solche Rhetorik nur dazu diene, die globale Hegemonie des Westens aufrechtzuerhalten und als Vorwand dafür, immer mehr Waffen in die Ukraine zu schicken. Jüngst tönte Frau Strack-Zimmermann in einer Rede vor dem Bundestag, daß Putin, „sollte er den Krieg gewinnen, Georgien, Moldawien und das Baltikum angreifen“ werde. Es ist bis zur Stunde nicht bekannt, ob die klagesüchtige Vorsitzende des „Verteidigungs“ausschusses wegen des vom russischen Präsidenten erhobenen Vorwurfs, so dumm wie ein Tisch zu sein, gerichtlich vorgehen will.

It's the Economy, Stupid

Was so viel heißt wie: „Es ist die Wirtschaft, Dummerchen.“ Mit diesem Slogan gewann William „Bill“ Clinton 1992 die Wahl zum

US-Präsidenten. Kommen wir deshalb auf das eigentliche Problem zu sprechen, auf die ideologisch, kulturell, politisch und ökonomisch auf das Gewaltmonopol setzenden Anstrengungen des Westens. Ausgangspunkt und Ziel war es seit Jahrhunderten, die den Globus bevölkernden Menschen in eine vom Imperialismus unipolar beanspruchte Herrschaft, in eine geschlossene Volksgemeinschaft, einzubinden bzw. sie als Koalition der ewig Willigen zu instrumentalisieren. Daß man für diese Herrschaftsform das aus der Antike überlieferte Wort „Demokratie“ einsetzt, ist – so makaber es klingt – fast schon bewundernswert. Aber die Demokratie als Droge wird in ihrer derzeit geltenden Rezeptur, trotz einer Erhöhung der Dosis, nicht auf ewig geschluckt werden. Der wachsende Einfluß Rußlands und Chinas in den BRICS-Staaten, in Ländern Südamerikas und Afrikas zeigt, daß der fortschreitende Prozeß in Richtung einer multipolaren Weltordnung nicht mehr aufzuhalten ist. Einerseits wird noch immer versucht, den westlichen Wertekanon – Demokratie, Freiheit, Menschenrechte – in den Krieg der NATO gegen Rußland einzuspeisen, andererseits hat man begonnen, im Klartext zu sprechen. Dies hat vor bald zehn Jahren schon der damalige britische Finanzminister Philip Hammond versucht: „Unsere Wirtschaft ist business-freundlich, sie unterstützt offene Märkte, freie Märkte, eine offene Wirtschaft, freien Handel. Aber wir haben ein Problem – und das ist nicht nur ein britisches Problem –, es besteht darin, unsere Völker bei der Stange zu halten, damit

sie fortfahren, unseren Marktkapitalismus und unser Wirtschaftsmodell zu unterstützen.“ Damit den Akteuren nicht das Gesetz des Handelns entgleitet, wurde der diplomatisch umhüllte Satzbau einer Revision unterzogen. Knöpfen wir uns den Mann vor, der den Krieg nach Rußland tragen will, damit die dortigen Einwohner lernen (so Roderich Kiesewetter), was es heißt, einen Krieg zu verlieren. Kiesewetter weiter: „Wenn die Ukraine zerfällt, sind die Folgekosten viel größer, als wenn wir jetzt viel stärker reingehen. Wenn Europa die Energiewende vollziehen will, braucht sie eigene Lithium-Vorkommen. Die größten Lithium-Vorkommen in Europa liegen im Donezk-Lugansk-Gebiet. ... Deshalb haben wir auch ganz andere Ziele noch im Hintergrund und deshalb brauchen wir eine vereinte Anstrengung der Bürgerinnen und Bürger, damit unsere Politik die Rückenbedeckung hat, mehr für die Ukraine zu tun.“ Noch um eine Umdrehung schärfer hat sich US-Senator Lindsay Graham ausgedrückt: „Wir können es uns nicht leisten, einen russischen Sieg im Ukraine-Konflikt zuzulassen. Dann würde man nämlich den direkten Zugang zu den riesigen Bodenschätzen verlieren ... Es wäre besser, wenn so eine Goldmine (die Ukraine. H. Sch.) statt dessen den USA zur Verfügung gestellt werden würde.“ Das ist die Sprache derjenigen, die immer noch unbelehrbar im kolonialen Zeitalter verwurzelt sind. Nun konfrontieren wir diese Sätze mit denen des US-Präsidenten Joseph „Joe“ Biden, die er anlässlich der Normandie-Feier von sich gegeben hat. Er beklagte die Aggressivität und die Gier, den Wunsch zu

dominieren, zu kontrollieren und Grenzen gewaltsam zu verschieben. Es nicht bekannt, ob er bei seiner Rede einen Spiegel zur Hand hatte. Wahrscheinlich weiß er nicht einmal, daß die NATO ohne UN-Mandat den Kosovo aus dem serbischen Staatsgebiet herausbrach und ihm die staatliche Unabhängigkeit bescherte. Und was das „aggressive“ China betrifft, so ignoriert er die Tatsache, daß die Volksrepublik auf ihrem Weg hin zur größten Wirtschafts- und Handelsnation vollständig ohne militärische Begleitung auskommt. Das Reich der Mitte besitzt nicht wie die USA 800 Militärstützpunkte auf allen Kontinenten in 80 Staaten. Ihr Einfluß und ihre Präsenz in anderen Ländern wie Afrika wird nicht von militärischen Manövern, Stellvertreterkriegen oder Regime Changes begleitet. In einem Interview mit der chinesischen Tageszeitung „Global Times“ begründete John J. Mearsheimer, Politikwissenschaftler an der University of Chicago, seine langgehegte Überzeugung, daß der Westen am Krieg in der Ukraine die Hauptschuld trage und die US-Politik gescheitert sei. Hans-Jürgen Römpler, früher Berufssoldat und Lehrgangsaleiter an einer NATO-Schule, hat in einem ganzseitigen Beitrag für die „Berliner Zeitung“ am 11. Juni Mearsheimers Interview erwähnt und kam selbst zum abschließenden Befund: „Der Krieg in der Ukraine ist die Folge amerikanischer globaler Hegemonialambitionen.“

Hans Schoenefeldt

P.S.: Die Überschrift stammt aus einem bekannten Antikriegslied von Matthias Claudius.



ARTISTIK AN DER ABRBRUCHKANTE

Genippt, gewippt, nicht ausgeflippt,
Hieß zeitlang deutsches Hoffen.
Nun ist auch Olaf umgekippt:
Endergebnis: offen!

Wer andern eine Grube gräbt,
Darf sich, bei Gott, nicht wundern,
Wenn Andrer nicht nur Wort erhebt,
Um hart retour zu zundern.

Was daraus resultiert, zeigt Bild:
Die Helme sprechen Bände.
Die Aussicht: Gegenteil von Mild.
Es wär´ das Menschheitsende!

Lutz Jahoda
2.6.24

Rußland zum Beschuß mit NATO-Waffen freigegeben – Was bedeutet das?

Zur derzeitigen Lage des vom Westen provozierten Ukraine-Konflikts und zu Reaktionen der Russischen Föderation (RF) darauf äußerte sich u.a. Professor Karaganow, Ehrenvorsitzender des russischen Rates für Außen- und Verteidigungspolitik: „Der Hegemon kann den Paradigmenwechsel einer entstehenden multipolaren Welt nicht akzeptieren. Es ist klar, daß der angelsächsische industriell-militärisch-mediale Komplex mit Hilfe seiner Vasallen seine globale Hegemonie und seine kolonialistischen Eroberungen um jeden Preis bewahren will. Jegliche Diskussion über Frieden, Diplomatie oder Verhandlungen über die von ihm angezettelten Kriege kommt nicht in Frage. Die westliche Bevölkerung, deren Geist vom Neoliberalismus und der Russophobie verseucht ist, lebt in der geschürten Angst vor einer drohenden russischen Invasion' ... Der Massenwahn verhindert, daß Vernunft und Einsicht in den Westen zurückkehren.

Wie können wir die zunehmende Welle militärischer Konflikte in der Welt stoppen? Indem wir eine Welt der freien Nationen schaffen, mit denen wir mehr Sicherheit erreichen und explosive Spannungen abbauen können. Auch müssten wir wieder Sicherheitsschleusen' in das internationale System einbauen sowie neue Institute parallel zu dem zusammenbrechenden System einrichten. Wegen der westlichen Dominierung der UNO-Gremien sollten wir auch ein völlig neues System auf der Grundlage von BRICS, SOZ und anderen derartigen Organisationen errichten, eines, das gerechter und effektiver ist.“

Strategiewechsel und Eskalation im Ukraine-Konflikt

Oberst Markus Reisner (Österreich), der Viersternegeneral a.D. Harald Kujat (BRD) und andere Militärexperten gehören zu denen, die eine relativ realistische Einschätzung der Situation im Ukraine/NATO-RF-Krieg vornehmen.

Harald Kujat (H.K.) stellte fest, daß die Mehrheit der Bevölkerung der Ukraine Frieden will, die Eliten der westlichen Kriegsbefürworter Staaten jedoch nicht, weil sie den Verlust der von ihnen empfundenen Welthegeemonie befürchten und weil die strategische Lage im Konflikt so schlecht ist, daß die Ukraine nur durch verstärkte westliche „Hilfsmaßnahmen“, d. h. durch weitere militärische Eskalationen und mehr Geld bis zu den US-Präsidentchaftswahlen im Kampf gehalten werden kann (kleine Erfolge könnten dann bei der Wahl kurzzeitig zu großen Siegen aufgeblasen werden).

Markus Reisner (M.R.) führt aus, daß die Ukraine derzeit 35 % des BIP (meist Kredite aus dem Westen und Finanzerträge von gesperrten russischen Vermögen) für

den Krieg einsetzt. In Rußland sind es noch vertretbare 8 % (in der implodierenden Sowjetunion waren es 13 %). In der Ukraine kam es auch nach deren verlustreicher Großoffensive bei den politisch gesteuerten Kampfhandlungen zum Masseneinsatz von Kamikaze-Drohnen, zur verstärkten Anwendung von Himars- sowie von Storm Shadow (GB)-, Scalp (F)- und ATACMS-Raketen (300–500 km) sowie von Unterwasserdrohnen (GB) an der Front und – auch ohne Beschußgenehmigung – gegen russische Territorien. Ziele der Ukraine und der NATO waren und sind meist spekulative militärische Objekte, ölverarbeitende Betriebe, Objekte der kritischen Infrastruktur und zuletzt auch zivile Einrichtungen (Beschuß des Zentrums von Belgorod u.a.). Damit konnte jedoch, wenn man von den relativ geringen zivilen, militärischen und reparablen ökonomischen Verlusten der RF absieht, keines ihrer territorialen Ziele im eigenen Land erreicht werden.

Die Ukraine wurde durch die Streitkräfte (SK) der RF und durch die USA zur Vermeidung weiterer personeller Verluste in die Verteidigung gezwungen, um zum Halten der durch sie noch regierten Territorien überzugehen. Das wird durch die derzeitige ukrainische Politik abgelehnt und so bleiben die eigenen Verluste an den Fronten überdurchschnittlich hoch.

Die RF hingegen hat nach der aufgeriebenen Großoffensive der Ukraine an der ganzen Front die Initiative wiedergewonnen. Das konnte erreicht werden durch den Einsatz meist eigener Waffen (modernisierte und neue Kampftechnik, darunter lenkbare Gleitbomben, eine Vielzahl verschiedener Raketen und Kampfflugzeuge sowie modernste Systeme des funkelektronischen Kampfes und der Luftverteidigung, aber auch durch angepaßte Taktik). Neben den Zielen an den Fronten bekämpfte Rußland wirksam die Anlieferung der neuen westlichen Waffen, die kritische Infrastruktur und ukrainische Energieerzeugungsbetriebe, wodurch über 80 % der Kapazitäten der Ukraine vernichtet wurden. Das führte zu ernstesten Problemen für die Armee, die Wirtschaft und die ukrainische Bevölkerung, wie Ministerpräsident Smygal auf der Berliner Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine am 11.6.24 kundtat.

Nach Putins Bewertung der Lage vom 6.6.24 soll das Verhältnis der personellen Verluste der RF zur Ukraine 1:5, bei den Gefangenen 1:10 (Insiderangaben) betragen. Die Ukraine soll bei den derzeitigen Kämpfen monatlich bis 50 000 Soldaten verlieren, aber nur 30 000 ersetzen können. Das stellt für die Ukraine ein unlösbares Dilemma dar. Die bisherigen personellen Verluste der Ukraine an der bis auf 1300 km ausgedehnten Front, die laut dem entlassenen Salushnij

mit 500 000 Mobilisierten wieder aufgefüllt werden müßten, können aber nur zu 30 % ersetzt werden.

Da die Ukraine lt. H.K. nicht mehr über strategische Reserven verfügt, muß sie zum Stopfen der Löcher an der neuen Nordfront bis zu 40 000 Mann aus den Frontabschnitten Cherson, Donezk und Saporischja abziehen, wodurch sich für die SK der RF neue Angriffschancen ergeben, die Verteidigungskräfte der Ukraine im Süden und Osten stark geschwächt werden.

Damit die Ukraine aber weiterhin die US-Hauptaufgabe – Rußland zu schwächen – erfüllen kann, wird das Schlachtfeld mit der Aufhebung von Beschränkungen für den Beschuß russischen Territoriums durch Artillerie und weitreichende Waffen von Ukraine und NATO-Ländern bedeutend erweitert.

Rußland reagierte auf den zunehmenden Beschuß des Gebietes und der Stadt Belgorod, von den neuen Territorien und von anderen Gebieten des russischen Kernlands, durch die vom Westen dabei aktiv unterstützte Ukraine, mit der erfolgreichen Eröffnung der 6. und 7. Fronten der RF in den Gebieten Charkow und Sumy, um dort eine Pufferzone zu installieren. Dazu stellte Rußland zusätzlich 120 000 mobilisierte und vorbereitete Soldaten bereit.

Zur Weiterführung der Spezialoperation sowie in Vorbereitung ihrer für Sommer/Herbst 2024 geplanten Offensive hat die RF 510 000 Soldaten (plus Reserven), 3000 Panzer, 7000 gepanzerte Fahrzeuge, 5000 Artilleriesysteme, 1200 Mehrfachraketenwerfer sowie je 300 Hubschrauber und Kampfflugzeuge bereitgestellt. Das Verhältnis des Einsatzes von Artilleriemunition ist derzeit 10 000 (RF) : 2000 (Ukr).

Trotz der z.T. verzweifelten Gegenwehr der Ukrainer (besonders von einigen Elitebrigaden und durch neonazistische ASOW-Verbände) befreien die SK der RF Kilometer um Kilometer. Die Ukraine hat durch die derzeit wieder offensiv agierenden SK der RF im Mai/Juni 2024 bereits über 1000 Quadratkilometer Territorium verloren.

Die Ukraine wird immer abhängiger von westlichen Waffen, die oftmals verspätet und in zu geringer Menge geliefert werden, aber auch von NATO-„Spezialisten“, weil die schlecht ausgebildeten und teilweise zwangsmobilisierten ukrainischen Soldaten die immer komplizierteren Waffen nicht bedienen können oder dürfen.

Zur Verlängerung und zur Eskalation des Konfliktes hat der erpresserisch auftretende Selenskyj, aber auch um in eine vorteilhafte Verhandlungsposition zu kommen, gegenüber seinen westlichen Partnern weitere Forderungen gestellt:

- Auslieferung von ukrainischen wehrpflichtigen Flüchtlingen in NATO-Ländern,

- Unterstützung bei der Ausbildung von 150 000 mobilisierten Soldaten,
- rechtzeitige Lieferung der vereinbarten Waffen,
- Basierung von NATO-Luftverteidigungsmitteln an den Grenzen der RF, um Gleitbomben-Träger u.a. Flugkörper bereits im Luftraum der RF zu bekämpfen,
- Bereitstellung von Flugplätzen für F-16 in NATO-Staaten,
- Die Ukraine erklärt ihre Bereitschaft NATO-Ausbilder, Waffenspezialisten u. a. Truppen aufzunehmen und ist weiterhin bereit, dem Westen Staatseigentum zum Verkauf anzubieten.

Frankreich hat am 8. Juni die Basierung von „Instrukteuren“ für die „Betreuung“ und Einsatzkontrolle ihrer Scalp-Raketen und für die Ausbildung von Mobilisierten in der Ukraine im Rahmen einer „Ausbildungscoalition“ vorgeschlagen. Letztere wurde aber von Biden und Stoltenberg wegen einer möglichen Schwächung der NATO abgelehnt. Putin hat Beweise dafür, daß sich, entgegen der Aussage Makrons, doch französische Soldaten zur Vorbereitung und zum Einsatz ihrer Scalp-Raketen in der Ukraine befinden, wie länger auch schon Fremdenlegionäre im Kampfeinsatz.

GB hat seit langem „Instrukteure und Spezialisten“ für Unterwasser-Drohnen und Storm-Shadows-Raketen vor Ort.

Auch die USA, die nicht in den NATO-RF-Krieg involviert sein wollen, sind in der Ukraine stärker vertreten, als sie zugeben, denn die ATACMS-, Himars- und Patriot-Komplexe benötigen das Einsatzknowhow der US-SK (verstärkter Einsatz von demobilisierten Militärspezialisten).

Deutschland hingegen liefert zwar Panzerhaubitzen (30 bis 70 km) und Raketenwerfer Mars II (100 bis 300 km) und gestattete am 7.6.24 den begrenzten Beschuß der RF, will aber zur Risikovermeidung keine „Instrukteure“ in die Ukraine schicken, sondern Ukrainer in Deutschland ausbilden. Es scheint, daß das Lieferverbot für Taurus-Komplexe, besonders nach dem Rechtsdruck der BRD-Regierung, bald fallen wird.

Polen sowie Rumänien sind schon lange mit versöldnerten Bodentruppen, die bereits einen hohen Blutzoll entrichtet haben, in der Ukraine.

H.K.: Der kollektive Westen, der im Ukraine-Konflikt keine einheitliche Strategie verfolgt, hat die Ukraine dazu angehalten, sich trotz der negativen Erfahrungen mit der ersten Offensive, auf eine zweite im Winter und Frühjahr 2025 gegen Rußland vorzubereiten.

Unverantwortliche Provokationen auf Frühwarnsysteme der RF

H. K. weiter: Nicht nur die Ukraine und die „NATO-Gasttruppen“ spüren die existentielle Wirkung des Krieges, sondern auch Rußland, besonders nach dem Beschuß ihrer Frühwarnradare, die das Land vor Raketenanschlägen, vornehmlich aus westlicher Richtung warnen sollen. Angeblich wolle die Ukraine damit die Kontrolle ihrer Raketenangriffe auf Rußland unterbinden, aber dazu sind diese Systeme nicht

geeignet. Diese unsteuerbare Provokation, die im schlechtesten Fall zu „Havarien“ bei russischen atomaren Antwortschlägen auf anfliegende Raketen des Westens führen kann, wird zwar der Ukraine angelastet, kann aber nur durch westliches Militär, welches über das Einsatzknowhow verfügt, realisiert werden. Mit dieser Provokation wollten die USA auskundschaften, ob die angekündigten Gegenmaßnahmen der RF nur ein Bluff sind oder Realität werden könnten. Die Ukraine ließ sich auf das Risiko ein, weil sie, aus Gründen des Überlebens, ein Interesse daran hat, einen großen Krieg auszulösen und in diesen die USA und andere NATO-Staaten hineinzuziehen. Damit erhofft sie sich, so einer Niederlage doch noch zu entgehen. Die letzten Genehmigungen, wengleich vorerst nur auf das Belgoroder Gebiet begrenzt, kamen aus den USA und Deutschland, könnten aber schon bald – laageabhängig – zu uneingeschränkten werden. Eigentlich haben die westlichen Partner die Beschußgenehmigungen für sich selber erteilt, um durch die RF und international nicht als direkter Kriegsteilnehmer und als potentielle russische Antwortziele angesehen zu werden.

Zum Einsatz von konventionellen und Atomwaffen

Putin äußerte sich am 7.6.24 auf dem Waldai-Gipfel zum Einsatz von konventionellen und Atomwaffen (sinngemäß): Sollten Territorien der RF mit weitreichenden NATO-Waffen beschossen werden, würden wir symmetrisch oder und asymmetrisch antworten, zunächst mit verschiedenen und immer stärkeren konventionellen Waffen und bei existenzbedrohenden Angriffen auf die RF, entsprechend unserer Nukleardoktrin. Wir könnten aber auch unsere Partnerstaaten und die Feindstaaten von USA sowie deren Partner, die es in der ganzen Welt gibt, mit gleichartigen Waffen wie die des Westens, die der Ukraine geliefert und gegen uns eingesetzt werden, ausrüsten. Auch die ca. 900 weltweiten Militärbasen der USA mit ihren ca. 300 000 Soldaten könnten potentielle Ziele werden.

Die RF baut erneut einen Marinestützpunkt auf Kuba auf, der auch mit Waffensystemen, die über ein ernstzunehmendes Bedrohungspotential gegen Kubas nördlichen Nachbarn verfügen, ausgerüstet werden könnte.

Der Iran, die Hisbollah und Nordjemen könnten mit sowjetischen, aber noch sehr wirksamen Seeraketen vom Typ P-700 und anderen effektiven Mitteln ausgerüstet werden, welche den westlichen Schiffsverkehr stark bedrohen könnten.

Putin und seine Mannschaft, die sich gerade ernsthaft von ihren Korruptionären befreien, bluffen nicht, handeln vorausschauend und verfolgen eine Strategie. Putin weiter: „Wir hoffen immer noch, daß die Vernunft siegt und es nicht zu einem Atomkrieg kommt. Sollte es aber zu einem Kernwaffeneinsatz durch den Westen kommen, sind wir darauf gut vorbereitet, wie die am 8.6.24 begonnenen Überprüfungen und Kontrollen unserer taktischen Atomwaffen beweisen.“

H. K. zur Fortführung oder Beendigung des Ukraine-RF-Konflikts aus westlicher Sicht

- Weiterführung des derzeitigen Krieges, solange es geht.
- Konventionelle Eskalation zu einem großen Krieg, der das Potential zu einem Weltkrieg in sich birgt. Dabei kann die Ukraine, trotz des Kampfes bis zum letzten Ukrainer und Unterstützer, ihre Ziele nicht erreichen und wird zum „alleinigen Verlierer“.
- Waffenstillstand mit anschließenden Friedensverhandlungen, bei Berücksichtigung der territorialen Ergebnisse des Krieges sowie der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten.

Nur die letzte Version ist wünschenswert.

Putins Vorschläge zu Friedensverhandlungen (14.6.24)

- Rückzug der ukr.-SK aus den Gebieten Donezk, Lugansk, Cherson, Saporoschje;
- Neutralität und kein NATO-Beitritt der Ukraine;
- keine Beteiligung an Allianzen, keine Atomwaffen;
- Abschaffung aller westlichen Sanktionen gegen die RF;
- Verankerung des Status von Krim, Sewastopol und den vier neuen Republiken mit ihren gesamten Territorien in internationale Verträge.

Bemerkungen der RF dazu:

Sollten der Westen und die Ukraine das Angebot nicht akzeptieren, wird jedes nachfolgende schlechter sein. Das Minsker Abkommen war für den Westen ideal, aber man hat die RF über den Tisch gezogen. Auch Istanbul war, trotz einiger Einschnitte, noch günstig.

Nach einer sich in Vorbereitung befindlichen Offensive wird es ein neues Angebot zu Friedensverhandlungen geben, aber ein wesentlich schlechteres, als das aktuelle. Rußland wird bis an die Grenzen der Möglichkeiten gehen, um die Ukraine als neutralen und NATO-freien Nachbarn zu haben.

Auf der Konferenz zur sogenannten Friedensformel Selenskyjs am 15. und 16. Juni in der Schweiz, die ohne Rußland stattfand, wurde der russische Vorschlag zu Friedensverhandlungen von den Teilnehmern des kollektiven Westens und der Ukraine als Aufforderung zur Kapitulation der Ukraine angesehen und deshalb nicht behandelt. Das Positivste der Schweizer Ukraine-Konferenz scheint zu sein, daß die RF nicht verurteilt und isoliert werden konnte und daß es ein nicht terminiertes neues „Friedenstreffen“ unter Beteiligung Rußlands geben soll.

Meine Hoffnung liegt jedoch auf einer Friedenskonferenz mit Rußland in China, an welcher nicht die halbe, sondern die ganze Welt teilnimmt, alle vorhandenen Friedensvorschläge auf dem Tisch liegen und die militärische Lage eine Friedenslösung zuläßt.

Putin im O-Ton

Gespräch des russischen Präsidenten mit der internationalen Presse

Der russische Präsident Putin hat sich am 10. Juni drei Stunden den Fragen von 15 Vertretern internationaler Nachrichtenagenturen gestellt, darunter auch die deutsche dpa und führende Agenturen aus Großbritannien, Frankreich und den USA. RF veröffentlicht Auszüge.

Stefano Polli, stellvertretender Chefredakteur der italienischen Agentur ANSA:

Ich möchte eine Frage zu den jüngsten Entwicklungen in der Ukraine stellen. NATO-Generalsekretär Stoltenberg schlug vor, der Ukraine die Möglichkeit zu geben, Ziele in Rußland mit aus Europa gelieferten Waffen anzugreifen. Europäische Länder haben dieser Idee zugestimmt, ebenso wie die USA. Nicht alle, aber die USA sind dabei. Gleichzeitig wird in einigen Ländern über die Entsendung von Militärberatern und Ausbildern diskutiert.

Ich möchte Sie bitten, diese beiden Entscheidungen zu kommentieren und zu erläutern, wie Rußland darauf reagieren wird.

Putin: Was die Anwesenheit von Beratern und Ausbildern betrifft, so gibt es hier nichts Neues. Sie sind auf dem Territorium der Ukraine präsent. Leider müssen sie Verluste hinnehmen. Ich bin mir sicher, daß das nicht absichtlich geschieht, aber bei Militäroperationen kommt es zu Verlusten. Es stimmt, die europäischen Länder und die USA ziehen es vor, das zu verschweigen. Das ist der erste Punkt.

Zweitens, was die Präzisionswaffen mit großer Reichweite betrifft, müssen wir dieses Thema in zwei Teile aufteilen.

Der erste Teil sind konventionelle Waffen, Mehrfachraketenwerfer und Langstreckenwaffen mit 70 Kilometer und Ähnliches. Sie werden schon seit langem eingesetzt. Die ukrainischen Soldaten können das sogar selbst tun. Aber was die modernen, hochtechnologischen, hochpräzisen und weitreichenden Angriffsmittel angeht, wie die britischen Storm Shadow oder die amerikanischen ATACMS oder die französischen Raketen – was kann man dazu sagen? Auch darüber habe ich übrigens schon gesprochen, bevor ich aus Usbekistan abgereist bin.

ATACMS hat eine Reichweite von 300 Kilometern. Wie werden sie eingesetzt, wie werden sie übergeben? Sie haben das Raketenystem geliefert, das Pentagon hat es geliefert, also die Amerikaner haben es übergeben. Aber wie wird es eingesetzt? Die ukrainischen Streitkräfte können nicht alles selbst machen und mit dieser Rakete angreifen. Sie sind technologisch einfach nicht in der Lage dazu. Dazu braucht man Satellitenaufklärung, dann muß man auf der Basis dieser Satellitenaufklärung, die die amerikanische Satellitenaufklärung ist, eine Flugmission bilden, und erst dann

gibt man sie in das Raketenystem ein. Und der Soldat, der da steht, der macht das ganz automatisch: Er drückt die Knöpfe. Er weiß vielleicht nicht einmal, was als Nächstes passieren wird.

Woran können sich ukrainische Soldaten beteiligen, nicht diejenigen, die sitzen und Knöpfe drücken, sondern auf einer höheren Ebene? An der Auswahl des Ziels. Sie können sagen, welches Ziel für sie vorrangig und notwendig ist. Aber sie entscheiden nicht, ob sie dieses Ziel angreifen oder nicht, denn, ich wiederhole, es wird eine Flugmission gebildet, und die wird praktisch nur von denen gebildet, die diese Waffen liefern. Wenn es sich um ATACMS handelt, dann macht es das Pentagon. Wenn es sich um Storm Shadow handelt, dann machen es die Briten. Und im Fall von Storm Shadow ist es sogar noch einfacher. Die Einfachheit liegt in der Tatsache, daß die Flugmission automatisch eingegeben wird, ohne daß Militärpersonal am Boden beteiligt ist, automatisch. Die Briten machen das, und das war's.

Und als die Bundeswehrsoldaten darüber nachdachten, ob sie die Krimbrücke oder andere Objekte angreifen sollten, dachten sie für sich selbst. Niemand hat für sie gedacht, oder? Sie wollten es tun. Das Gleiche gilt für die französischen Spezialisten. Es sind westliche Spezialisten, die das tun. Wir machen uns also keine Illusionen in dieser Sache.

Was sollten wir als Reaktion darauf tun?

Zunächst werden wir natürlich unsere Luftabwehrsysteme verbessern. Wir werden sie (die in Richtung Rußland abgeschossenen Raketen) vernichten.

Zweitens überlegen wir uns, daß wir, wenn es jemand für möglich hält, solche Waffen in das Kriegsgebiet zu liefern, um unser Territorium zu treffen und uns Probleme zu bereiten, das Recht haben, unsere Waffen derselben Klasse in jene Regionen der Welt zu liefern, wo sie empfindliche Einrichtungen jener Länder treffen werden, die Rußland das antun. Die Antwort könnte also symmetrisch sein. Wir werden uns darüber Gedanken machen.

Drittens, natürlich werden solche Aktionen letztendlich, sie haben bereits den höchsten Grad der Degradierung erreicht, aber sie werden letztendlich die internationalen Beziehungen zerstören und die internationale Sicherheit untergraben. Wenn wir am Ende sehen, daß diese Länder in einen Krieg gegen uns hineingezogen werden, und das ist ihre direkte Beteiligung an einem Krieg gegen die Russische Föderation, dann behalten wir uns das Recht vor, auch so zu handeln.

Aber insgesamt ist das ein Weg zu sehr ernststen Problemen. (...)

Martin Romanczyk (Leiter der Deutschen Presse-Agentur dpa):

Bundeskanzler Scholz hat sich bereiterklärt, Waffen an die Ukraine zu liefern. Sagen Sie mir bitte, wenn Scholz seine Meinung ändert, wie würden Sie das bewerten? Und was denken Sie, was auf Deutschland zukommt? Haben Sie den Herrn Bundeskanzler irgendwie gewarnt, ermahnt oder ihm gedroht, als er die Entscheidung traf, Waffen an die Ukraine zu liefern?

Putin: Wie kommen Sie darauf, daß wir jemandem drohen? Wir drohen niemandem, schon gar nicht dem Oberhaupt eines anderen Staates. Das ist kein guter Ton.

Wir haben in bestimmten Fragen unsere eigene Position. Wir kennen die Position der europäischen Staaten, auch die Position der Bundesrepublik zu den Ereignissen in der Ukraine.

Alle meinen, daß Rußland den Krieg in der Ukraine begonnen hat. Aber niemand, ich möchte das betonen, niemand im Westen, niemand in Europa will sich daran erinnern, wie diese Tragödie begann. Sie begann mit dem Staatsstreich in der Ukraine, dem verfassungswidrigen Staatsstreich. Das war der Beginn des Krieges.

Aber trägt Rußland die Schuld an diesem Staatsstreich? Haben diejenigen, die heute versuchen, Rußland die Schuld in die Schuhe zu schieben, vergessen, daß die Außenminister Polens, Deutschlands und Frankreichs nach Kiew gekommen sind und das Dokument über die Beilegung der innenpolitischen Krise unterzeichnet haben, um zu garantieren, daß die Krise zu einem friedlichen und verfassungsmäßigen Ende gebracht werden soll?

Daran will man sich in Europa, auch in Deutschland, lieber nicht erinnern. Und wenn sie es doch tun, stellt sich die Frage: Warum haben die Führung der Bundesrepublik sowie die anderen Unterzeichner dieses Dokuments nicht gefordert, daß die Putschisten in der Ukraine in den verfassungsmäßigen Rechtsrahmen zurückkehren? Warum haben sie ihre Verpflichtungen als Garanten für die Vereinbarungen zwischen der Opposition und der damaligen Regierung nicht erfüllt? Sie tragen die Schuld an dem, was geschehen ist, zusammen mit den Kräften in den USA, die die verfassungswidrige Machtergreifung provoziert haben.

Ist es etwa nicht bekannt, was dann folgte? Was folgte, war die Entscheidung der Bewohner der Krim, sich von der Ukraine abzuspalten. Was folgte, war die Entscheidung der Bewohner des Donbass, denen, die den Staatsstreich in Kiew durchgeführt haben, nicht zu gehorchen. Das war der Beginn dieses Konflikts.

Und dann bemühte sich Rußland nach Kräften, eine Formel für eine friedliche Beilegung zu finden, und 2015 wurden in Minsk das sogenannte Minsker Abkommen unterzeichnet, das übrigens durch einen Beschluß des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen konstituiert wurde. Das ist ein Dokument, das hätte umgesetzt werden müssen.

Nein, sie beschlossen, das Problem mit Waffen zu lösen. Sie begannen, Artillerie, Panzer und Flugzeuge gegen die Zivilbevölkerung im Südosten der Ukraine einzusetzen. Aus irgendeinem Grund will sich weder in Deutschland noch in den anderen europäischen Ländern oder in den USA – niemand, ich wiederhole, niemand – will sich daran erinnern. Nun gut.

Wir haben die Unterzeichnung des Minsker Abkommens ermöglicht, aber wie sich herausstellte, wollte niemand es umsetzen. Sowohl die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin als auch der ehemalige französische Präsident haben das öffentlich erklärt.

Verehrter Herr Romanczyk, wie soll man das verstehen? Die haben öffentlich gesagt, daß sie das Minsker Abkommen nicht umsetzen wollten, sondern daß sie nur unterschrieben haben, um

die Ukraine zu bewaffnen und Bedingungen für die Fortsetzung der Feindseligkeiten zu schaffen. Wir wurden einfach an der Nase herumgeführt. Ist das nicht so? Wie sonst kann man erklären, was passiert ist?

Seit acht Jahren versuchen wir, eine friedliche Lösung für dieses Problem zu finden. Acht Jahre!

Die ehemalige Bundeskanzlerin hat einmal zu mir gesagt: „Weißt du, im Kosovo, ja, da haben wir damals, da hat die NATO ohne Sicherheitsratsbeschuß gehandelt. Aber dort, im Kosovo, gab es acht Jahre Blutvergießen.“

Und hier, als das Blut russischer Menschen im Donbass vergossen wurde, war das etwa kein Blut, sondern Wasser? Keiner wollte darüber nachdenken oder es zur Kenntnis nehmen.

Wozu waren wir schließlich gezwungen, als die damalige ukrainische Regierung erklärte, daß ihr keine der Klauseln des Minsker Abkommens gefiel, und als der Außenminister sagte, daß sie sie nicht erfüllen würden?

Ist Ihnen klar, daß in diesen Gebieten sowohl der wirtschaftliche als auch der soziale Niedergang begann? Acht Jahre lang. Ich spreche noch nicht einmal von den Morden, dem ständigen Töten von Menschen: Frauen, Kindern und so weiter.

Wozu waren wir gezwungen? Wir mußten ihre Unabhängigkeit anerkennen. Wir haben ihre Unabhängigkeit fast acht Jahre lang nicht anerkannt. Wir haben gewartet, bis wir uns friedlich einigen und diese Frage lösen konnten. Acht Jahre!

Was mußten wir tun, als bekannt wurde, daß niemand irgendein Friedensabkommen umsetzen würde? Wir mußten versuchen, sie mit bewaffneten Mitteln dazu zu zwingen.

Nicht wir haben diesen Krieg begonnen. Der Krieg begann 2014 nach dem Staatsstreich und dem Versuch, diejenigen, die mit dem Staatsstreich nicht einverstanden sind, mit Waffengewalt zu vernichten.

Nun für die Menschen, die das internationale Geschehen und das internationale Recht verfolgen. Was geschah dann, was haben wir getan? Wir haben sie acht Jahre lang nicht anerkannt. Was haben wir getan, als wir merkten, daß die Friedensvereinbarungen von Minsk nicht umgesetzt werden sollten? Ich bitte alle um Aufmerksamkeit: Wir haben die Unabhängigkeit dieser selbsternannten Republiken anerkannt.



25. Juli 2014: Die Kiewer Faschisten haben die Eisenbahnbrücke über die Schnellstraße Slowjansk-Donetsk-Mariupol zerstört

Konnten wir das vom Standpunkt des Völkerrechts aus tun oder nicht? Wie Artikel 1 der UN-Charta besagt, konnten wir das. Das ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Und der Internationale Gerichtshof der UNO hat die Entscheidung getroffen – sie wurde ja auf Papier niedergeschrieben –, die besagt, daß irgendein Territorium irgendeines Landes, das eine solche Entscheidung trifft, nicht verpflichtet ist, sich an die höheren Instanzen dieses Staates zu wenden, wenn es über die Frage der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung entscheidet.

All das wurde im Zusammenhang mit dem Kosovo getan. Aber es gibt die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs der Vereinten Nationen, die besagt, daß ein Gebiet, das sich für die Unabhängigkeit entscheidet, nicht verpflichtet ist, sich an die Hauptstadt zu wenden, um dieses Recht umzusetzen. Aber wenn das so ist und so in der Entscheidung des UN-Gerichtshofs steht, dann hatten diese nicht anerkannten Republiken – Donezk und Lugansk – das Recht, dies zu tun.

Sie haben es getan. Und hatten wir dann das Recht, diese Republiken anzuerkennen? Natürlich hatten wir es. Wie auch sonst? Wir haben sie anerkannt. Dann haben wir ein Abkommen mit ihnen geschlossen. Konnten wir einen Vertrag mit ihnen schließen oder nicht? Ja, natürlich. Der Vertrag sah vor, diesen Staaten im Falle einer Aggression zu helfen. Und Kiew hat Krieg gegen diese Staaten geführt, den wir acht Jahre später anerkannt haben. Acht Jahre. Konnten wir sie anerkennen? Ja, konnten wir. Und dann haben wir ihnen gemäß Artikel 51 der UN-Charta Beistand geleistet. Wissen Sie, egal, was jemand hier sagt, ich habe Herrn Guterres das Gleiche gesagt, diese Logik Schritt für Schritt. Wo liegt hier der Fehler? Wo sind die Verstöße gegen das Völkerrecht? Es gibt vom Standpunkt des Völkerrechts aus gesehen keine Verstöße.

Ja, dann hören wir die Antwort: Aber ihr habt ja trotzdem angegriffen. Wir haben nicht angegriffen, wir haben verteidigt, damit das jedem klar ist. Und den ersten Schritt in Richtung Krieg haben diejenigen getan, die den blutigen verfassungsfeindlichen Staatsstreich unterstützt haben.

Nun zum Thema Waffenlieferungen. Die Lieferung von Waffen in ein Konfliktgebiet ist immer schlecht. Vor allem, wenn sie damit verbunden ist, daß diejenigen, die sie liefern, nicht nur Waffen liefern, sondern diese Waffen auch kontrollieren, und das ist ein sehr ernster und sehr gefährlicher Schritt. Wir wissen, und die Bundesrepublik leugnet es nicht – ich weiß nicht, wie es in die Presse gekommen ist –, wenn ein Bundeswehrgeneral darüber spricht, wo und wie sie zuschlagen sollen: die Krimbrücke oder irgendwelche anderen Objekte auf russischem Territorium, auch auf dem Territorium, an dessen Zugehörigkeit zu Rußland niemand zweifelt.

Als die ersten deutschen Panzer, Panzer aus deutscher Produktion, auf ukrainischem Boden auftauchten, löste das in Rußland bereits

einen moralischen und ethischen Schock aus, denn die Einstellung gegenüber der Bundesrepublik war in der russischen Gesellschaft immer sehr gut. Sehr gut. Wenn jetzt gesagt wird, daß auch noch Raketen auftauchen werden, die Objekte auf dem Territorium Rußlands treffen werden, dann zerstört das die russisch-deutschen Beziehungen natürlich endgültig. Aber wir verstehen, daß, wie ein bekannter deutscher Politiker sagte, die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nie im vollen Sinne des Wortes ein souveräner Staat war.

(...)

Ich verstehe die Abhängigkeit der Bundesrepublik im Bereich der Verteidigung, im Bereich der Sicherheit insgesamt. Ich verstehe die Abhängigkeit im Bereich der Politik, der Informationspolitik, denn wo auch immer Sie stochern, bei jedem größeren Medium – ich weiß nicht, wo Sie arbeiten –, ist der letzte Nutznießer eine amerikanische Stiftung. Gott sei Dank, ich applaudiere diesen amerikanischen Stiftungen und denen, die diese Politik betreiben, gut gemacht, daß sie den Informationsbereich in Europa so fest im Sinne ihrer Interessen halten. Sie versuchen auch, selbst nicht in Erscheinung zu treten.

All das ist verständlich. Aber der Einfluß ist enorm, und es ist sehr schwer, ihm zu widerstehen. Verständlicherweise. Aber einige elementare Dinge, es geht um diese elementaren Dinge. Es ist sogar seltsam, daß niemand in der heutigen deutschen Führung die deutschen Interessen verteidigt. Es ist klar, Deutschland hat nicht die volle Souveränität, aber es gibt die Deutschen. Man sollte doch wenigstens ein bißchen über ihre Interessen nachdenken. Sehen Sie: Irgendwer hat die Pipelines auf dem Grund der Ostsee in die Luft gejagt. Niemand ist entrüstet, es ist, als ob das richtig wäre. Wir liefern durch das Gebiet der

Ukraine Gas nach Europa. Wir liefern es doch. Es gab zwei Pipelinesysteme, aber die ukrainische Seite hat eines davon geschlossen, das Ventil zugedreht, einfach zugemacht und das war's, obwohl es keine Gründe dafür gibt. Es blieb nur ein Pipelinesystem übrig – okay. Aber durch dieses System geht Gas nach Europa und die europäischen Verbraucher erhalten dieses Gas. Unser Gas geht durch die Türkei über Turkish Stream nach Europa, und die europäischen Verbraucher erhalten es.

Gut, ein Rohr von Nord Stream wurde gesprengt, aber ein Rohr von Nord Stream lebt, Gott sei Dank. Warum will Deutschland unser Gas nicht über diese Leitung beziehen? Kann mir jemand erklären, was das für eine Logik ist? Man kann es durch die Ukraine beziehen, man kann es durch die Türkei beziehen, aber man darf es nicht durch die Ostsee beziehen. Was ist das für ein Unsinn? Es gibt hier keine formale Logik, ich verstehe sie nicht einmal. Würden die sagen, daß Europa überhaupt kein Gas bekommen soll. Na gut, wir werden das überleben, Gazprom wird das überleben. Aber Ihr müßt überteuertes Flüssiggas kaufen, das über den Ozean transportiert wird. Wissen Eure „Umweltschützer“ denn nicht, wie Flüssiggas gefördert wird? Durch Fracking. Fragen Sie die Menschen in den USA, wo dieses Gas gefördert wird, manchmal bekommen sie Schlamm statt Wasser aus ihren Wasserhähnen. Eure „Umweltschützer“, die an der Regierung sind, wissen das nicht? Sie wissen es wahrscheinlich.

Polen hat seine Jamal-Europa-Pipeline geschlossen. Das Gas wurde über Polen nach Deutschland geleitet. Nicht wir haben sie abgeschaltet, sondern die Polen. Sie wissen besser als ich, welche Auswirkungen der Abbruch der Energieverbindungen mit uns auf die deutsche Wirtschaft hat. Es ist ein trauriges Ergebnis. Viele große Industriebetriebe suchen nach neuen Standorten, nicht in Deutschland. Sie eröffnen in den USA und in Asien, denn die Bedingungen zu Hause sind so, daß sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Und das kann im übrigen schwerwiegende Folgen für die europäische Wirtschaft insgesamt haben, denn die deutsche Wirtschaft – das weiß jeder, gerade die Europäer – ist die Lokomotive der europäischen Wirtschaft. Sie wird niesen und husten – und alle anderen werden sofort die Grippe bekommen. Auch Frankreichs Wirtschaft steht derzeit am Rande der Rezession, das weiß jeder. Und wenn es mit der deutschen Wirtschaft bergab geht, erschüttert das ganz Europa.

Wissen Sie, ich rufe jetzt nicht dazu auf, die transatlantischen Beziehungen zu brechen, das will ich auch gar nicht, sonst fangen Sie an – Sie oder ein anderer -, irgendwer hört, was ich sage, und sagt: Hier ruft er zur Spaltung der transatlantischen Solidarität auf. Nein, hören Sie, Sie haben da, meiner Meinung nach, eine falsche Politik, einfach einen groben Fehler bei jedem Schritt.

Ich denke, für die USA selbst ist das, was jetzt passiert, ein großer, kapitaler Fehler. Weil sie ihre Führungsrolle aufrechterhalten wollen, schaden sie sich selbst mit solchen Mitteln, wie sie es tun. Aber für Europa ist es noch schlimmer. Ja, man könnte sagen: „Wir unterstützen Euch hier, hier und hier, aber das ist

unsere Sache. Aber hören Sie, wenn wir unsere Wirtschaft untergraben, ist das für alle schlecht. Das können wir unter keinen Umständen tun, wir sind dagegen, das ist tabu, faßt das nicht an.“

Aber die heutige Bundesregierung tut das auch nicht. Ehrlich gesagt, manchmal bin ich sogar ratlos, wo die Logik hinter diesem Verhalten ist. Nun gut, sie wollten die russische Wirtschaft untergraben und dachten, daß das innerhalb von drei oder vier oder sechs Monaten geschehen würde. Aber jeder kann sehen, daß das nicht passiert. Letztes Jahr wuchs unsere Wirtschaft um 3,4 Prozent; dieses Jahr, im ersten Quartal, wuchs die russische Wirtschaft um 5,4 Prozent. Außerdem hat die Weltbank neu berechnet, daß wir nach den internationalen Finanz- und



Washington, 7. Februar 2022: Beim Antrittsbesuch von Olaf Scholz kündigt ihm Joseph Biden die Sprengung von Nord Stream 2 an

Wirtschaftsstrukturen nach Kaufkraftparität an fünfter Stelle in der Welt stehen und wir haben uns das Ziel gesetzt, den vierten Platz zu erreichen.

Ich denke, daß Sie die Meinung der Kollegen der internationalen Finanzinstitutionen verfolgen. Die Weltbank hat kürzlich unser BIP berechnet und ist zu dem Schluß gekommen, daß wir Japan überholt haben. Nach Angaben der Weltbank ist Rußland jetzt die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, gemessen nach Kaufkraftparität. Dieses Ziel ist also erreicht worden.

Das ist natürlich nicht das Wichtigste, das ist kein Selbstzweck. Das Wichtigste ist, das Tempo beizubehalten, weiter voranzukommen, und das ist uns bisher gelungen, denn im ersten Quartal lag die Wachstumsrate, wie ich bereits sagte, bei 5,4 Prozent. Aber warum sage ich das? Nicht um zu prahlen, sondern damit diejenigen, die versuchen, uns zu behindern, uns zu schaden und unsere Entwicklung zu bremsen, erkennen, daß das, was sie tun, ihnen selbst schadet mehr als uns. Wenn sie das begriffen haben, sollten sie irgendwelche Schlußfolgerungen ziehen und ihr Verhalten irgendwie korrigieren. Für sich selbst. Nein, das passiert nicht.

Ich will niemandem zu nahe treten, aber der Ausbildungsstand derer, die Entscheidungen treffen, auch in der Bundesrepublik, läßt meiner Meinung nach sehr zu wünschen übrig.

Liu Yansong (Chefredakteur der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua):

Herr Präsident, Sie waren vor kurzem auf Staatsbesuch in China. Sie haben eine recht enge Beziehung zu China, man könnte sogar sagen, es ist ein Vorbild für Beziehungen zwischen Großmächten. Wie bewerten Sie Ihre Zusammenarbeit mit China? Wie schätzen Sie die Auswirkungen dieser Zusammenarbeit auf die Regionen ein?

Putin: Was die bilateralen Beziehungen betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß sie kein Ad-hoc-Verhältnis sind, sondern auf tiefgreifenden gegenseitigen Interessen beruhen. Immerhin ist China seit 15 Jahren unser wichtigster Handels- und Wirtschaftspartner. Das heißt, wir haben mit dem Aufbau unserer Beziehungen begonnen und sie auf das derzeitige Niveau gebracht, und zwar nicht aufgrund irgendwelcher konjunkturbedingter politischer Ereignisse des heutigen Tages, sondern bereits lange vorher, ausgehend von gegenseitigen Interessen. Wir haben sehr vorsichtig, ruhig und Schritt für Schritt gehandelt. Ich muß sagen, daß wir erfolgreich sind. Mittlerweile übersteigt das Volumen des Handelsumsatzes unsere Erwartungen. Laut chinesischer Statistik sind es 240 Milliarden Dollar, laut unserer Statistik ist es etwas weniger, etwa 230. Aber es geht nicht einmal um das Volumen des Handelsumsatzes. Es geht darum, daß wir ihn diversifizieren, und zwar recht erfolgreich. Das gilt nicht nur für Kohlenwasserstoffe, nicht nur für Energie, wir liefern Öl, Gas, Kohle und Strom nach China. Wir bauen Kernkraftwerke in China, und das mit großem Erfolg. Wir haben auch gute Aussichten im Bereich der Hochtechnologie, ich meine Flugzeugbau, ich meine künstliche Intelligenz.

Wissen Sie, wir freuen uns sehr für China, für die Erfolge, die dieses Land in vielen Bereichen vorweisen kann, zum Beispiel auch im Weltraum. Das sind einfach einzigartige Leistungen und die Kommunistische Partei Chinas ist die führende politische Kraft in China. Natürlich wird alles, was getan wird, unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas getan.

Wissen Sie, worauf ich gerne hinweisen möchte? Ich weiß nicht mehr, wann, aber ich habe es schon einmal irgendwo gesagt, und ich weiß nicht, ob es in dieser Gesellschaft interessant sein wird oder nicht, aber wissen Sie, was einige unserer Experten und guten Wirtschaftswissenschaftler – recht junge Leute, aber recht erfahren – sagen? Sie sagen, daß eine Analyse dessen, was beispielsweise in der chinesischen Wirtschaft geschieht, und eine Analyse dessen, was in den Volkswirtschaften anderer Länder auf der ganzen Welt, einschließlich der führenden Volkswirtschaften, darunter die USA, geschieht, zeigt, daß es den Chinesen gelungen ist, ein sehr eigenartiges, aber sehr effektives Modell der wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen, effektiver als in den USA. Und wenn man die Ergebnisse der chinesischen Wirtschaft betrachtet, dann scheint das auch der Fall zu sein. Ja, man kann viel streiten, mit der chinesischen Führung argumentieren, wie es einige unserer westlichen Kollegen tun, die sagen, daß etwas nicht marktorientiert ist, die sagen, daß der Yuan-Wechselkurs durch

Entscheidungen des Politbüros festgelegt wird und so weiter. Man kann sagen, was man will, aber das Ergebnis ist allen bekannt. Und das Ergebnis zeigt, daß dieses Modell effizienter ist. Und wer kann China das verübeln? Marktwirtschaft, nicht Marktwirtschaft ... Es gibt 1,5 Milliarden Menschen in dem Land. Die chinesische Führung hat die Pflicht, an alle zu denken. Nicht alle dieser anderthalb Milliarden Menschen leben wie Durchschnittseuropäer oder Durchschnittsamerikaner. Daher hat die chinesische Führung das Recht, Methoden der Wirtschaftsführung anzuwenden, um die dringenden Bedürfnisse ihres Volkes, ihrer Bürger zu befriedigen, was die chinesische Führung, angeführt vom Präsidenten des Landes und meinem guten Freund, wie wir auf beiden Seiten immer wieder sagen, auch tut, und zwar sehr gut und sehr zuverlässig. Da können wir nur froh sein. Wir wissen alles, was in den Volkswirtschaften der führenden Länder der Welt geschieht, auch in der chinesischen Wirtschaft. Aber im Großen und Ganzen ist sie sehr zuverlässig und wird immer mehr zu einer Hightech-Wirtschaft. Ich halte es für einen großen Fehler der USA oder einiger europäischer Länder, die Chinas Wirtschaft irgendwie bremsen wollen oder versuchen, sie zu bremsen, denn meiner Meinung nach sollten wir, um erfolgreich zu sein, in diese Prozesse integriert sein und nicht versuchen, sie zu behindern. „Die Chinesen haben eine Überproduktion an Autos, auch an Elektroautos.“

Wer sagt das? Kommt das von Leuten, die sich für marktorientiert halten? Begreifen die nicht, wissen die nicht, wer bestimmt, ob es eine Überproduktion gibt oder nicht? Der Markt bestimmt das. Wenn China eine bestimmte Anzahl von Autos produziert und der Markt das alles aufnimmt, von welcher Überproduktion sprechen wir dann? Das ist doch Unsinn, oder? Kann man das als Überproduktion bezeichnen? Nein, man nennt es anders, man nennt es den Versuch, das Wachstum mit nicht-marktwirtschaftlichen Mitteln zu begrenzen. Und das ist schlecht für die amerikanische Wirtschaft, auch in diesem Fall. Und warum? Weil sie keine Waren aus China kaufen wollen. Was wird das zur Folge haben? Sie werden etwas selbst herstellen oder es woanders kaufen, wo es teurer ist, was bedeutet, daß die Inflation in den USA steigen wird, und die Inflation wird sich negativ auf die gesamte Wirtschaft des Landes auswirken, das das tut. Und in diesem Fall ist sie schädlich für die amerikanische Wirtschaft selbst. Das ist ein Fehler, ein weiterer Fehler der heutigen Regierung. Was China betrifft, so entwickelt es sich unter der geschickten und sehr professionellen Führung von Präsident Xi Jinping, und zwar mit dem für China richtigen Tempo. Was andere Sektoren und Bereiche betrifft, kann hier nur wiederholen, daß unsere Zusammenarbeit auf der internationalen Bühne eine abschreckende Wirkung hat und ein Element

der Stabilität ist. Aber wissen Sie, außer der Wirtschaft und Fragen der gegenseitigen Sicherheit führen wir Manöver durch und werden das auch in Zukunft tun, einschließlich militärischer Manöver. Wir arbeiten auf dem militärtechnischen Gebiet zusammen, wir haben unseren chinesischen Freunden etwas zu bieten, und unsere chinesischen Freunde sind an einer Zusammenarbeit in diesem Bereich interessiert. Aber unsere Zusammenarbeit beschränkt sich nicht nur darauf: weder auf die Wirtschaft noch auf die militärtechnische Zusammenarbeit noch auf die Zusammenarbeit in der internationalen Arena. In diesem Jahr haben wir ein gemeinsames Jahr der Kultur ausgerufen. Und ich denke, daß das, was unser Moderator hier gesagt hat, daß Sie russische Lieder kennen und Russisch sprechen meiner Meinung nach mindestens genauso wichtig ist wie alles andere, was ich gesagt habe. Denn es schafft eine Grundlage für die Beziehungen zwischen den Völkern, es schafft ein günstiges Umfeld für die Entwicklung der Beziehungen in allen anderen Bereichen. Daran werden wir auf beiden Seiten festhalten. Und ich hoffe, daß es uns in naher Zukunft auch gelingt, mit dem chinesischen Präsidenten all diese Themen auf den Plattformen zu besprechen, die ich bereits erwähnt habe: die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und die BRICS.

Übersetzung: Thomas Röper

Quelle: Anti-Spiegel, 10.6.24

Zum Gedenken an Herbert Hörz

Am 8. Juni 2024 ist Prof. Dr. Dr. hc. Herbert Hörz, ein in der DDR und auf internationaler Ebene hoch angesehener marxistischer Philosoph und Wissenschaftshistoriker, im Alter von 90 Jahren in Berlin verstorben.

Herbert Hörz gehört mit seinem enzyklopädischen Werk zu den herausragendsten Persönlichkeiten des wissenschaftlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik. In seiner menschlichen und intellektuellen Größe war er ein beeindruckender Zeitgenosse, der allen, die ihn kannten, fehlen wird.

Der am 12. August 1933 in Stuttgart Geborene kam später mit seiner Familie in die DDR, wo er ab 1952 Philosophie und Physik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena studierte. 1960 promovierte er an der Humboldt-Universität zu Berlin mit der Schrift „Zur philosophischen Bedeutung der Heisenbergschen Unbestimmtheitsrelationen“ und habilitierte sich 1962 mit einer Arbeit über Philosophie und Quantenmechanik.

1965 wurde Herbert Hörz zum Professor mit Lehrauftrag für philosophische Probleme der Naturwissenschaften und 1968 zum ordentlichen Professor an der Humboldt-Universität berufen. Von 1967 bis 1968 war er als Dekan der philosophischen Fakultät tätig. 17 Jahre lang (1972 bis 1989) arbeitete er als Leiter des Bereichs philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1977 wurde er ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, in der er bis zu deren Auflösung wirkte.

Für seine außerordentlichen wissenschaftlichen Verdienste wurde Herbert Hörz u.a. mit dem Nationalpreis der DDR II. Klasse für Wissenschaft und Technik und 1990 mit dem Friedrich-Engels-Preis der Akademie der Wissenschaften der DDR geehrt.

Herbert Hörz war Initiator, Präsident (1998 bis 2006) und Ehrenpräsident (seit 2009) der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V., Mitglied der European Academy of Science, Arts and Humanities, Ehrenmitglied der Internationalen Vereinigung für Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWVWW) und weiterer Gremien.

Mit seiner Ehefrau Prof. Helga E. Hörz, die selbst Philosophin und Frauenrechtlerin ist, verbanden ihn 70 gemeinsame Lebensjahre. Ihre Partnerschaft bot sowohl Raum für die freie berufliche Entwicklung eines jeden als auch für die gemeinsame wissenschaftliche Arbeit. Mit ihrem gemeinsam verfaßten Buch „Ist Egoismus unmoralisch? Grundzüge einer neomodernen Ethik (Berlin: trafo Verlag 2013) stehen sie konsequent zu der durch das BRD-Herrschaftssystem verteufelten DDR. 2020 kam ihr Werk „Frieden – Geschenk oder Aufgabe? Erfahrungen, Analysen, Aktionen“ im trafo Wissenschaftsverlag Berlin heraus, das als Handlungsmaxime für den Kampf um den Frieden verstanden werden muß.

Der Sieg der Konterrevolution und damit die Abwertung der Lebensleistung der ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler trafen ihn und seine Frau besonders schwer. Dennoch gaben sie nicht auf und bewahrten sich ihren Kämpfergeist. Von höchst aktueller Bedeutung sind solche Schriften von Herbert Hörz wie „Sind Kriege gesetzmäßig? Standpunkte, Hoffnungen, Handlungsorientierungen“, das 2010 veröffentlicht wurde.

Herbert Hörz hinterläßt einen wissenschaftlichen Fundus von mehr als 700 Arbeiten, davon über 80 in Buchform und ca. 20 Monographien. Seine Werke, die von einer bemerkenswerten Vielfalt und Tiefe seiner Forschungstätigkeit zeugen, sind sein Vermächtnis. Es ist unvergänglich, unverlierbar und wird im Wirken einer neuen marxistischen Wissenschaftsgeneration aufgehoben sein.

Besuch bei Freunden

Herzlicher Empfang für russische Gäste in Peking

Wenn es eines Beweises bedurft hatte, daß die Strategie der neokonservativen Genies in Washington, einen Keil zwischen die eurasischen Hauptmächte zu treiben, gescheitert ist, der Besuch des russischen Präsidenten in Peking im Juni hätte ihn schlagend erbracht. Erst kürzlich waren Finanzministerin Janet Yellen, Außenminister Antony Blinken und Kanzler Olaf Scholz nach Peking gereist, um die chinesische Führung von ihrer Partnerschaft mit Rußland und ihrer Unterstützung Putins im Ukraine-Konflikt abzubringen. Selbstredend nicht ohne die üblichen wilden Drohungen auszustoßen und sich eine Abfuhr einzuhandeln. Der Antrittsbesuch der großen russischen Delegation, der überaus warme und herzliche Empfang durch die chinesischen Gastgeber war eine Demonstration der Einigkeit und Stärke. Sie sollte wohl auch dem letzten Washingtoner Ignoranten klarmachen: Es ist vorbei. Was Richard Nixon und Henry Kissinger 1972 vermochten, gelingt heute Jacob Sullivan und Joseph Biden nicht einmal ansatzweise. Die russische Führung war vom Präsidenten bis zur Zentralbankchefin fast vollständig in Peking aufgeschlagen. Dazu hatten zahlreiche wichtige Wirtschaftsvertreter wie Oleg Deripaska (Basic Element), Andrei Kostin (VTB Bank) oder German Gref (Sberbank) die Bedeutung, welche die russische Seite dem Treffen beimaß, noch deutlich unterstrichen. Auch die neuen Amtsträger waren dabei, wie der neue Verteidigungsminister Andrei Beloussow, Sergei Shoigu, nun als Sekretär des russischen Sicherheitsrates, und Nikolai Patruschew, der zum Sicherheitsberater, einem der engsten Berater Wladimir Putins, ernannt wurde. Um nur einige zu nennen. Die chinesische Seite war mit den entsprechenden Counterparts vertreten,

so daß für die jeweiligen Minister, Funktionsträger oder Wirtschaftsmanager beider Seiten Möglichkeiten zum Austausch bestanden. Innerhalb des anspruchsvollen Programms wurde die 8. Rußland-China-Expo und das 4. Rußland-China-Forum für Interregionale Kooperation eröffnet und ein außergewöhnlich umfangreiches gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht.

Die russische Funktionselite war seit Beginn des 18. Jahrhunderts auf Europa ausgerichtet. Schon Peter der Große sah in den technisch-industriellen und geistigen Errungenschaften der europäischen frühbürgerlichen Gesellschaften ein nachahmenswertes Vorbild. Die nun eingeleitete Abkehr von Europa und Hinwendung auf ein vereinigtes Eurasien bedeutet nicht nur den Bruch mit einer 300-jährigen Vergangenheit, sie fordert nicht nur eine politisch-ökonomische und geostrategische Neuausrichtung, sondern auch eine mentale, ideologisch-theoretische und kulturelle Neuorientierung. Sprachen müssen gelernt. Denkmuster, Philosophien verstanden, Kunstwerke enträtselt, jahrtausendealte Traditionen begriffen werden, um sich, wenn man erfolgreich sein will, in die Schuhe seines Gegenübers stellen zu können. Das Jahr 2024 wird zu einem Jahr der Entscheidungen. Das gilt für die Kriege, die das Imperium und seine Vasallen zur Stabilisierung ihrer Vorherrschaft führen, das gilt auch für die Herausbildung alternativer, nicht von Washington dominierter Strukturen und Kooperationen. So wie der „Werte-Westen“ in einen Sumpf aus Krieg und Massenmord, Repression und Korruption sowie wirtschaftlichem wie gesellschaftlichem Niedergang versinkt, so erhebt sich die Forderung nach einer Alternative, nach einem Ende des

wahllosen Abschlachtens Zehntausender, nach friedlicher Kooperation und Fortschritt. China und Rußland tragen hier eine gewaltige Verantwortung. Ihr ökonomisches, technologisches und militärisches Potential hat das des ehemaligen Warschauer Vertrages weit überschritten. Ihre Möglichkeiten sind heute ganz andere. Die „Mutter aller Sanktionen“ hat Rußland nicht in die Knie zwingen können. China ist auf dem Weg zu einer industriell-technologischen Sonderstellung, wie sie allenfalls die USA nach dem Zweiten Weltkrieg hatten. Beide Mächte sind dabei, auch das zeigte das Treffen in Peking, ihre Ökonomien immer enger zu vernetzen, technologisch-industrielle Großprojekte wie den Bau von Großraumflugzeugen gemeinsam voranzubringen, den eurasischen Kontinent infrastrukturell zu durchdringen und seine Länder im friedlichen Austausch einander näherzubringen. Gleichzeitig formulieren sie in den BRICS-Staaten auf globaler Ebene den Anspruch, eine von Washington, IWF, Weltbank und Dollar unabhängige Entwicklung zu ermöglichen. Das BRICS-Meeting im Oktober im russischen Kasan und seine Vorbereitungs-treffen werden zeigen müssen, wie weit dieser Anspruch in die Realität überführt werden kann. Das Treffen in Peking zeigt aber auch, daß sich die Führungen beider Staaten der Verantwortung, der Chancen und Risiken sehr wohl bewußt sind. Wie sich nicht nur in Gaza, der Ukraine und bei den andauernden Regime-Change-Operationen zeigt, ist das Destruktionspotential des „Werte-Westens“ noch immer gewaltig. Es in Schach zu halten, bleibt eine ambitionierte Veranstaltung.

Klaus Wagener

Quelle: UZ, 24.5.24

Hiroshima und Nagasaki mahnen

Vor 79 Jahren wurden die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki in Schutt und Asche gelegt. Hunderttausende Menschen sind durch den Abwurf von Atombomben aus US-amerikanischen Flugzeugen getötet worden. Bis heute sterben Menschen an den Spätfolgen dieser Bomben. Nuklearwaffen sind und bleiben die gefährlichsten Waffen, die je geschaffen wurden. Dennoch hält die Bundesregierung an der nuklearen Teilhabe in der NATO fest. Im 79. Jahr der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus durch die Rote Armee hat sich die Bundesregierung nun auch öffentlich vom vermeintlichen Konsens „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ verabschiedet. Mit der dramatischen Verschärfung des Krieges der USA gegen Rußland auf ukrainischem Boden wird eine neue, gefährliche Eskalationsstufe des Stellvertreterkrieges der NATO erreicht. Das nächste Tabu wurde gebrochen. Nachdem bereits die USA und Polen den Einsatz ihrer

Waffen gegen russisches Territorium genehmigt haben, hat Olaf Scholz am 31. Mai nachgezogen. Sobald Rußland direkt angegriffen wird, ist Putins rote Haltelinie überschritten. Eine atomare Antwort Rußlands gelangt in den Bereich des Möglichen.

Lassen wir nicht zu, unseren wunderbaren Planeten in die Steinzeit zurückzubomben!

Lassen wir nicht zu, daß eines nahen Tages unsere Kinder und Enkel kriegstauglich gemacht und wieder als Kanonenfutter mißbraucht werden!

- Wir fordern von Olaf Scholz, diesen Kriegskurs zu stoppen, verlangen von ihm Entspannung statt Eskalation.
- Wir fordern den Stopp aller Waffenlieferungen und der Finanzierung der Kriegstreiber!
- Wir fordern sofortige Friedensverhandlungen, um das sinnlose Töten zu beenden!
- Wir fordern keine Beteiligung Deutschlands am atomaren Wettrüsten!

- Wir fordern endlich den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffen-Verbotsvertrag, jetzt!

Was wir brauchen, sind Diplomatie und Verhandlungen, anstatt immer gefährlichere Waffen und die Gewöhnung an Kriegstüchtigkeit! Zum 79. Jahrestag des Abwurfs der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beteiligen wir uns an den weltweiten Protesten gegen die atomare Aufrüstung und laden euch ein, am

**6. August, 17.00 Uhr,
an der Weltfriedensglocke im
Volkspark Friedrichshain in Berlin**

unseren gemeinsamen Willen nach Frieden und Völkerverständigung, gegen Kriegstreiberei, zum Ausdruck zu bringen.

Anja Mewes
Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.

Eindrücke aus Rußland im Krieg

Wenn man gewarnt wird, entweder aus Sorge um meine Unversehrtheit oder aus vordergründigen politischen Motiven, nicht nach Rußland zu reisen, wird man um so gewillter, es doch zu tun. Die üble rußlandfeindliche Politik von Regierung und Medien verstärkte meine Motivation und Neugier. Deutsche antirussische Politik hatte mich mehrfach gehindert, Freunde in Rußland zu besuchen. So kam mir das Angebot der Marx-Engels-Stiftung sehr gelegen, sowohl als russisch Sprechender als auch als „Kenner der russischen Seele“ gemeinsam mit 20 Teilnehmern nach Rußland zu reisen.

Petersburgern dankbar und mit viel Anerkennung aufgenommen. Die Kommunisten der RKAP hatten uns eingeladen, mit ihnen gemeinsam am 9. Mai auf dem Friedhof der Opfer des Vaterländischen Krieges und der Blockade Leningrads zu gedenken. Im Namen der deutschen Delegation hatte ich eine kurze Rede gehalten und offensichtlich die Gefühle der Anwesenden angesprochen. Sie reagierten mit Applaus, was auf einem Gedenkfriedhof nicht üblich ist. Nicht wenige bedankten sich anschließend bei uns persönlich. Überhaupt begegnete man uns aufgeschlossen, neugierig, ohne jegliche Ab-

Mädchen und Jungen ihrer Klasse den Krieg ablehnen, eine ältere Frau wiederum, Reinigungskraft, wußte sehr genau über Gründe des Krieges und die aktuelle Situation Bescheid. Beide kommunistische Parteien, welche die Spezialoperation und den Krieg unterstützen, sind sich der sozialen Probleme bewußt und stehen der Politik der Regierung kritisch gegenüber. Sie kämpfen für die Verbesserung der Lage der Bevölkerung im kapitalistischen Rußland. Preise für Nahrungsmittel, für Dinge des täglichen Bedarfs, für Wohnen, Heizen, öffentliche Verkehrsmittel dürfen nicht erhöht werden und wurden nicht erhöht. Bus und Metro kosteten umgerechnet ca. 70 Cent. Andererseits werden Unternehmen von Oligarchen, die den Staat mit ihren Gewinnen nicht ausreichend unterstützen, nationalisiert. Das sind nur zwei Beispiele, die zeigen, wie der russische Staat auf die Lage reagiert. Unmißverständlich sagten uns die Kommunisten beider Parteien, deren Genossen in der Ukraine kämpfen und ihr Leben geben, daß ihr Ziel ein sozialistisches Rußland ist und bleiben wird. Man möchte jedem empfehlen, Rußland zu besuchen, um sich selbst zu überzeugen, daß die Menschen in Rußland auch aus historischer Erfahrung friedliebend sind, aber bei Bedrohung sich wirksam zu verteidigen wissen.

Edmund Pelzer
Leipzig



Kaliningrad 2024: „Wir erinnern! 9. Mai – 1941–1945“
Foto: Edmund Pelzer

Der Termin der 10-tägigen Reise war gut gewählt, der Tag des Sieges am 9. Mai war fest eingeplant und Kontakte zu den beiden kommunistischen Parteien (KPRF und RKAP) standen auf dem Programm. Kennenlernen von Kultur, Land und Leuten war ebenfalls vorgesehen. Nach neun Stunden Fahrt mit einem Kleinbus und sieben Stunden Wartezeit als „Geschenk“ von polnischer Paß- und Zollkontrolle war Kaliningrad erreicht. Unser Ziel St. Petersburg mußte noch anderthalb Tage warten. Zu erfahren, wie die Menschen unter den schwierigen Bedingungen des Krieges, der maßlosen Sanktionen des Westens und der unerträglichen Russophobie mit ihrem Leben zurechtkommen, trieb mich und sicher auch die anderen sehr an. Das allein wäre zu wenig, denn es war und ist für uns geradezu eine moralische Pflicht, ihnen zu zeigen, daß es Deutsche gibt, die nicht vergessen haben, wer die Millionen Opfer der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg auf dem Gewissen hat. Die Worte am Memorial des Piskarjower Friedhofs in Petersburg, wo 600 000 Opfer der Blockade Leningrads begraben sind, „Niemand ist vergessen und nichts ist vergessen“, möchte man jedem Deutschen in Erinnerung bringen. Unsere Haltung in dieser Frage wurde in vielen Gesprächen und Kontakten mit

lehnung, geschweige verbalen Anfeindungen. Man konnte annehmen, das Leben in Petersburg, in Piter, wie sie selbst sagen, geht seinen normalen, gewohnten Gang, unaufgeregt und lebendig kommt es daher. Ein Spaziergang auf dem Newski-Prospekt vermittelt diesen Eindruck. Nirgends trafen wir Kriegspropaganda oder gar -hysterie an, keine hetzerischen Plakate, keine Propaganda gegen das ukrainische Volk. Die Genossen der Petersburger KPRF betonten bei einem Gespräch mit ihnen ausdrücklich, Rußland kämpft nicht gegen das ukrainische Volk, sondern gegen den ukrainischen Faschismus, der vom Westen unterstützt wird. Es drängt sich die Frage auf, haben Krieg und Sanktionen keinerlei Wirkung auf die Menschen? Dem ist nicht so. Wenn man hinter die Gelassenheit schaut und der Gesprächspartner sich vertrauensvoll öffnet, spürt man die Sorge um das Morgen, um die Bewältigung des Alltags und den Wunsch, der Krieg möge bald erfolgreich zu Ende gehen. In Gesprächen mit Studenten und Schülern, die ihre Zukunft vor sich haben, konnte man auch differenziertere Wahrnehmungen der Vorgänge in Rußland feststellen, von wenig politischem Interesse bis zur Ablehnung. Eine Schülerin der 10. Klasse sagte mir, daß alle

Wir gratulieren

Rainer Ziegler

aus Berlin, der am 17. August seinen 80. Geburtstag begeht. Mit großer Zuverlässigkeit und Exaktheit garantiert Rainer Monat für Monat an einer Nahtstelle des Versands, daß der „RotFuchs“ in Paketen gebündelt und auf Paletten verpackt, den Transport zu den Abonnenten antreten kann. Dafür, lieber Rainer, ein großes Dankeschön von der Redaktion und dem Vorstand.

Am 15. Juni beging

Monika Brendel

aus Berlin ihren 75. Geburtstag. Liebe Monika, mit unserem nachträglichen Gruß bedanken wir uns sehr herzlich für Dein langjähriges, zuverlässiges und aktives Wirken im Versandkollektiv und hoffen auf noch viele Jahre mit Dir an unserer Seite. Alles Gute, Kraft und Gesundheit wünschen Dir

Redaktion und Vorstand

Auszüge aus der Ostermarschrede von Dr. Matin Baraki am 30. März in Erlangen

Waffen schaffen Friedhöfe, niemals Frieden!

Kriege brechen nicht aus, sie sind keine Naturereignisse, sondern sie werden systematisch vorbereitet für bestimmte politische, ökonomische und strategischen Interessen! Dazu nur drei Beispiele:

1. Am 25. November 1941 notierte der US-Verteidigungsminister Henry Stimson nach einem Gespräch mit Präsident Roosevelt über die Japaner in seinem Tagebuch: „Die Frage war, wie man sie (die Japaner) in eine Position manövrieren könnte, in der sie den ersten Schuß abgeben würden, ohne daß uns allzu viel passiert“. Am 7. Dezember 1941 haben dann die Japaner auf die in Pearl Harbor liegende Pazifikflotte der USA den gewünschten ersten Schuß abgegeben. Daraufhin erklärten die USA dem Kaiserreich Japan den Krieg.

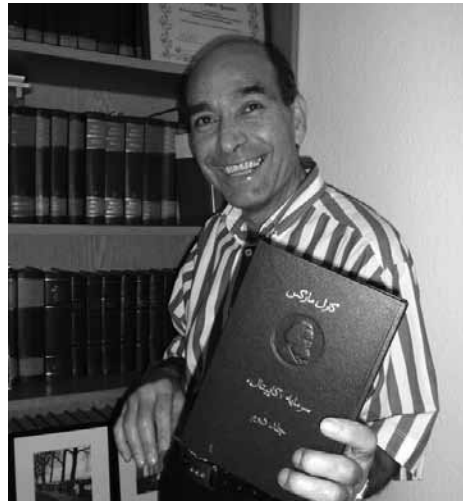
2. Angeblich begann der Erste Weltkrieg wegen der Ermordung des Prinzen Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo. War es wirklich so? Tatsache ist, daß Deutschland als verspätete Imperial-Macht auch einen „Platz an der Sonne“ haben wollte und Großmacht-Ambitionen hatte, wie u.a. folgende Aussage belegt: „Wenn wir Großmacht werden wollen, müssen wir Großbritannien zerschlagen. Das Herzstück Großbritanniens ist Britisch-Indien. Und Britisch-Indien können wir auf dem Landweg nur durch Afghanistan erreichen. Afghanistan ist das Tor zu Indien. Wir müssen dort hin.“ Das war die Geburtsstunde der „Verteidigung am Hindukusch“ am Vorabend des ersten Weltkrieges. (Nachzulesen in: Matin Baraki: Beziehungen Afghanistan-BRD, Frankfurt/M. 1996, S. 15. 3.)

3. Wurde die Sowjetunion in die afghanische Falle gelockt? Am 3. Juli 1979, also sechs Monate vor der sowjetischen Intervention, hat Präsident Carter die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die Opponenten des prosovjatischen Regimes in Kabul unterzeichnet. Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, erklärte dazu: „Wir haben die Russen nicht gedrängt zu intervenieren, aber wir haben die Möglichkeit, daß sie es tun, wissentlich erhöht!“ (s. dazu: Matin Baraki: „Afghanistan – Revolution, Intervention, 40 Jahre Krieg“, Köln 2023)

Der US-Krieg gegen Afghanistan ab dem 7. Oktober 2001 hatte mit Al-Qaida nichts zu tun. Die USA selbst fungierten als deren Geburtshelfer! Und der Irak hatte auch keine Waffen, die London hätten erreichen können, was der Tony Blair 2003 dreist behauptete. Die UNO-Inspektoren, darunter auch der US-Experte Scott Ritter, fanden nichts! Diese Kriege waren Bestandteil der GME-Strategie der Neocons in Washington. Der „11. September“ kam der US-Führungsriege wie gerufen und war ein äußerst willkommener Anlaß für ihre Kriege. Auf ihrer Liste unter Bush standen nach Afghanistan Irak, Iran, Syrien, Jemen sowie Libyen. Diese Strategie zerschellte jedoch bekanntlich an den Bergen vom Hindukusch und versank im Sand von Basra! Die US-Armee flüchtete in der Dunkelheit der Nacht aus Afghanistan. Damit erlitten die USA am Hindukusch, nach Vietnam, ihre zweite historische Niederlage.

Warum mußte Deutschland ab 2001 nun „am Hindukusch verteidigt“ werden?

Der strategische Hintergrund dafür ist die erklärte Absicht der politischen Elite, erneut Großmachtpolitik betreiben zu wollen. Dafür mußte man in der Welt „Flagge zeigen“! Der ehemalige BND-Chef und in jener Zeit amtierende Außenminister Klaus Kinkel artikulierte unmißverständlich: „Nach außen hin gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind.“ (FAZ, 19.3.1993, S. 8). Um dieses Ziel zu erreichen, rief der damalige Bundespräsident Roman Herzog zu einer „Aufholjagd“ auf! „Ein großes, globales Rennen hat begonnen: Die Weltmärkte werden neu verteilt, ebenso die Chancen auf Wohlstand im 21. Jahrhundert.



Matin Baraki

Wir müssen jetzt eine Aufholjagd starten.“ (Berliner Rede im Hotel Adlon am 26. April 1997) Dann verkündete der Verteidigungsminister Peter Struck bei der Vorstellung der Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr: „Ab heute wird die Bundeswehr auch am Hindukusch verteidigt“. Die Medien ersetzten das Wort „Bundeswehr“ durch „Deutschland“, was Struck offenbar so gut gefiel, daß er das später übernommen hat.

Der Weg für den Einmarsch der Bundeswehr nach Afghanistan wurde frei, als Kanzler Schröder seine „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA erklärte. Durch massiven Druck seiner Regierung auf einer Sondertagung der NATO wurde der „Bündnisfall“ nach Artikel 5 des NATO-Vertrages erklärt, gab der damalige Bundeswehr-Inspekteur und seinerzeit Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, General Klaus Naumann, zu Protokoll. Damit waren auch der weltweiten Operation der Bundeswehr und der Militarisation der deutschen Außenpolitik Tür und Tor geöffnet. Daß Deutschland Großmacht werden und auch die Atombombe haben will, ist nicht neu! Der erste Bundespräsident Theodor Heuss sagte schon 1951: „Wie dürfen nicht auffallen und müssen uns Zurückhaltung auferlegen, aber wir müssen eine gewisse Repräsentation betreiben auch gegenüber anderen. Wenn

ich wieder eine Großmacht werden will – und das müssen wir Deutsche werden –, muß ich anfangen, aufzutreten wie eine Großmacht.“ (FAZ, 17.5.2016, S. 7)

Seit geraumer Zeit ist wieder die Atombewaffnung der Bundeswehr im Gespräch. Das ist auch nicht neu. Wir wissen, daß schon Konrad Adenauer die Atombombe haben wollte. Franz-Josef Strauss war ja sein Atomminister. Vor ca. sechs Jahren hat die FAZ in einem Leitartikel die Atombewaffnung Deutschlands verlangt, was Josef Fischer im vergangenen Jahr bekräftigte. (FAZ, 4.12.23, S. 5). Und Verteidigungsminister Boris Pistorius verlangt nun von uns allen, daß wir „kriegstüchtig“ werden müßten! Haben wir eigentlich einen Verteidigungsminister oder einen „Kriegsertüchtigungsminister“? Pistorius Politik ist eindeutig verfassungswidrig! Damit nicht genug. Er sagt, Deutschland müßte einen Verteidigungskrieg führen können. (FAZ, 2.11.23, S. 1.) Krieg gegen wen? Etwa gegen die Atommacht Rußland? Der Parteichef des Kriegsertüchtigungsministers, Lars Klingbeil, will hin zu einer „neuen Normalität“ und möchte, daß Deutschland „endlich Europa führen“ soll. (FAZ, 25.6.23, S. 2.) Dem Bundeskanzler ist das noch zu wenig: Deutschland soll nicht nur Europa, sondern „die ganze Welt führen“. (FAZ, 19.9.22, S. 1.)

Was für ein Größenwahn! Und wer soll der nächste „Führer“ sein? Deutschland hatte doch schon mal einen „Führer“! Führte dieser „Führer“ Deutschland und Europa nicht in die Katastrophe? Wenn es nach Strack-Zimmermann (FDP), Anton Hofreiter (Grüne), Norbert Röttgen und Roderich Kiesewetter (CDU) ginge, wäre Deutschland schon längst im Krieg mit Rußland!

Nicht Millionen, sondern Hunderte Milliarden Euro werden für die Bewaffnung der Bundeswehr ausgegeben.

In Kriegsregionen Waffen zu schicken, ist nach den Waffenexport-Richtlinien der BRD verboten! Aber die Bundesregierung hält sich nicht daran. Sie verstößt gegen Gesetze, die sie selber beschlossen hat! Sie muß zur Rechenschaft gezogen werden! Genau wie jeder Bürger, wenn er gesetzeswidrig handelt. Bomben und Raketen schaffen nur Friedhöfe und keinen Frieden! Sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen führen zum Frieden!

Für wen sind Kriege gut? Wem nützen sie? Kriege sind gut für die Rüstungskonzerne. Deren Gewinne und Aktien haben eine noch nie dagewesene Höhe erreicht. Die Düsseldorfer Waffenschmiede „Rheinmetall“ hat 2023 ihren Umsatz auf 7,2 Milliarden EUR erhöht. Das bedeutet einen Rekordgewinn von 918 Millionen EUR in nur einem Jahr! Dieses Teufelszeug der Aufrüstung bezahlen wir alle mit unseren Steuern und durch Hinnahme des Sozialabbaus in unseren Gemeinwesen. Wir wollen, daß damit Schluß ist!

Matin Baraki ist seit vielen Jahren RF-Autor und Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg.

Multipolarität und geopolitische Veränderungen stärken chinesisch-arabische Beziehungen

Beim chinesisch-arabischen Kooperationsforum am 30. Mai betonte der chinesische Präsident Xi Jinping Chinas Engagement für eine Partnerschaft zur Förderung von Frieden und Stabilität.

An dem Forum nahmen Staats- und Regierungschefs aus Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Tunesien teil. Darüber hinaus haben sich China und Rußland als Spitzenpolitiker der BRICS-Staaten positioniert, zu denen nun auch die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten gehören. Saudi-Arabien ist ebenfalls zum Beitritt eingeladen.

Die arabischen Staaten unterstützten Chinas Friedensplan für die Ukraine stärker als die Vorschläge des Westens. Saudi-Arabien schlug China sogar als wichtigen Vermittler für einen Waffenstillstand im Gazastreifen vor.

Diese arabisch-chinesische Annäherung hat wirtschaftspolitische Hintergründe:

China bezieht über ein Drittel seines Öls aus sechs Mitgliedern des Golf-Kooperationsrates; nur Rußland liefert mehr als Saudi-Arabien (85,9 Millionen Tonnen im Jahr 2023). Ein erheblicher Anteil des saudi-chinesischen Ölhandels wird in „Petro-Yuan“ abgewickelt, was auf „geopolitische Risiken“ zurückzuführen sei, so der Vorsitzende des Silk Road Fund, Zhu Lun.

Die Entdollarisierung und die Ausweitung des arabisch-chinesischen Handels auf die Nicht-Energiesektoren waren die Ziele, die Xi während seines Besuchs in Riad im Dezember 2022 verfolgte. Er warb für mehr Investitionen in Künstliche Intelligenz und grüne Technologien. Im Juni 2023 unterzeichnete Riad einen 5,6 Milliarden Dollar schweren Vertrag mit einem

chinesischen Elektroautohersteller zur Gründung eines Joint Ventures in Saudi-Arabien.

Xi schlug die Schaffung eines „gemeinsamen Zentrums zur Beobachtung von Weltraummüll“ und die Entwicklung von Raumflugzeugen für wissenschaftliche und Passagiermissionen mit arabischen Ländern vor.

Auf dem chinesisch-arabischen Kooperationsforum unterzeichnete China mit allen 22 arabischen Ländern und der Arabischen Liga Kooperationsabkommen im Rahmen der Seidenstraßeninitiative und schuf damit Voraussetzungen zur Umsetzung von mehr als 200 Großprojekten, von denen fast zwei Milliarden Menschen profitieren werden. China erwartet diplomatische Unterstützung von arabischen Staaten in der Taiwan-Frage.

Quelle: RT DE, 31.5.24

The Economist: Dominanz des Westens im Finanzsystem ist gebrochen

Das globale Finanzsystem wird in einem rasanten Tempo umgebaut, um nicht von den „Launen des globalen Kapitals“ und von den Experimenten abhängig zu sein, Finanzströme und Reservewährungen zu Waffen in geopolitischen Kriegen zu machen, behauptet das britische Magazin *The Economist*.

Diese Entwicklungen schwächen nach und nach die dominante Rolle des Westens im Finanzsystem. Widerstandsfähigere Institutionen und Wirtschaften seien offensichtlich ein Vorteil, erklärt der Autor des Magazins: „Immer wiederkehrende Krisen und die Unfähigkeit des Westens, deren Auswirkungen einzudämmen, haben die Länder mit mittlerem Einkommen dazu veranlaßt, die inländischen Kapitalmärkte zu vertiefen, die inländischen Institutionen zu stärken und sich von den internationalen Kapitalströmen mit deren Unbeständigkeit zu trennen. Der von den USA geführte Finanzkrieg hat die Schaffung von Parallelsystemen gefördert, die sich der Kontrolle von Uncle Sam entziehen. Diese beiden Tendenzen haben zur Schaffung eines neuen Systems geführt, das stärker verteilt ist als das übliche zentripetale Speichen-Naben-Modell. Nach dem neuen Muster haben die Länder Optionen jenseits der USA.“

Die schockierenden Versuche der USA, ohne Rücksicht auf internationales Recht in alle Finanzinstitute der Welt einzugreifen und sie mit Sanktionen zu belegen, führen zu mehr als nur kurzfristigen Krisen und auch zur Geburt eines mächtigen Gegengewichts. Nordkorea, Iran, Rußland, China – die Liste der Länder, gegen die Sanktionen verhängt wurden, wird immer länger, und die Zahl der

vermeintlichen Rechtsbrecher, die die USA für ihre angebliche Unterstützung bei der Umgehung der Sanktionen „bestrafen“ wollen, wächst explosionsartig an. Allerdings zwingen alle Sanktionen dieser Art die tatsächlichen und potenziellen Betroffenen dazu, Umgehungslösungen zu finden. Dies bedeutet, daß die Abhängigkeit von den westlich kontrollierten Teilen des Finanzsystems verringert werden muß, betont *The Economist*: „Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten haben das System selbst zu einer Waffe gemacht. Die wirtschaftliche Kriegsführung an sich ist nichts Neues. Sie geht mindestens auf das Verbot des Handels zwischen Athen und seinen Nachbarn aus Megara im Jahr 432 vor Christus zurück. Aber die Form der Wirtschaftskriegsführung im 21. Jahrhundert, die neben dem Handelsembargo selbst auch die Erpressung durch das Finanzsystem einschließt, hat sie auf ein neues Niveau gehoben.“

Die Verfolgung des elektronischen Zahlungsverkehrs in Verbindung mit der Dominanz des US-Dollars im Weltfinanzsystem und der zentralen Stellung der US-Banken hat der US-Regierung einen noch nie dagewesenen Einfluß verliehen. Washington wurde in die Lage versetzt, nicht nur einzelne Banken, sondern ganze Länder vom Finanzsystem abzukoppeln. Infolgedessen begannen die Länder unweigerlich, nach Alternativen zur finanziellen Hebelwirkung in den Händen der USA zu suchen.“

Aber noch wichtiger ist die finanzielle Konfrontation zwischen den USA und China, die begonnen hat, so der Autor von *The Economist*. Diese sei so mächtig und zerstörerisch, daß internationale Unternehmen und Investoren

„Schritte unternehmen, um sicherzustellen, daß die chinesisch-US-amerikanische Spaltung nicht durch sie verläuft.“

Der wachsende wirtschaftliche Konflikt zwischen den USA und China wird einige Länder früher oder später dazu zwingen, sich zu entscheiden. Und das könnte zum Zusammenbruch des gesamten Systems führen. Die Folgen für die Weltwirtschaft und die Bewegung der globalen Finanzströme könnten katastrophal sein, so der Experte von *The Economist*. Er warnt, daß die Umkehrung der globalen Finanzströme wegen einer geopolitischen Konfrontation mit allen möglichen Problemen verbunden ist: „Ein plötzlicher Abzug von ausländischem Kapital könnte einen Zusammenbruch bei den Anlagewerten auslösen und die Finanzstabilität selbst gefährden. Gleichzeitig wären einige Länder anfälliger für Schocks, da sie die Möglichkeit verlieren würden, Risiken international zu diversifizieren.“

Es scheint also wahrscheinlich, daß viele Länder ihre Finanz- und Wirtschaftssysteme weiterhin gegen den Einfluß der USA und die Auswirkungen von Krisen im Zusammenhang mit den Vereinigten Staaten abschirmen werden. Es könnte auch sehr gut sein, daß die Länder, die der Westen selbst versucht hat, „zur Strafe“ zu isolieren, und die gelernt haben, erfolgreich in einer solchen „Isolation“ zu leben, in einer Zeit, in der die gigantische US-Wirtschaft und das US-Imperium zusammenbrechen, davon profitieren werden.

Redaktionell gekürzt

RT DE, 16.5.2024

Ist die Anerkennung des Palästinenserstaats mehr als eine symbolische Geste?

Die Entscheidung mehrerer europäischer Staaten ist ein kraftvoller Schritt. Kommt damit Frieden in greifbare Nähe? Ja und nein. Hier die Gründe dafür.

Während die UN die Verteilung von Hilfsgütern in Rafah im Gazastreifen aussetzt, erklären Norwegen, Irland und Spanien in öffentlichen Statements, daß sie einen Palästinenserstaat anerkennen werden. Der irische Premierminister Simon Harris sagte: „Jeder von uns wird nun die notwendigen nationalen Schritte unternehmen, um dieser Entscheidung Wirkung zu verleihen. ... Ich bin zuversichtlich, daß weitere Länder sich uns anschließen und diesen wichtigen Schritt in den kommenden Wochen tun werden.“

Was folgt daraus für die Zweistaatenlösung?

Neben Malta und Slowenien, die ebenfalls eine Anerkennung signalisiert haben, könnten auch andere europäischen Staaten nachziehen. So sagte der französische Präsident Emmanuel Macron letzten Monat, daß es für Frankreich kein „Tabu“ sei, einen palästinensischen Staat anzuerkennen. Auch der britische Außenminister David Cameron erklärte, daß Großbritannien einen palästinensischen Staat nach einem Waffenstillstand im Krieg zwischen Israel und Hamas offiziell anerkennen könnte.

Aber was folgt daraus? Ist es mehr als eine symbolische Geste?

Dazu muß man wissen, daß die hinter der Anerkennung liegende Zweistaatenlösung schon seit Jahrzehnten auf dem Tisch liegt, aber in der Umsetzung blockiert wird. Dabei spielen vor allem die USA, aber auch Europa eine wichtige Rolle. Die arabischen Staaten und die palästinensische Seite haben Israel immer wieder Frieden im Zuge einer Zweistaatenlösung in den völkerrechtlichen Grenzen angeboten, mit einem palästinensischen und israelischen Staat, basierend auf UN Resolution 242, verabschiedet nach dem Sechstagekrieg 1967.

Die Blockade des Palästinenserstaats über Jahrzehnte

Bereits 1976 übergaben arabische Staaten dem UN-Sicherheitsrat eine Resolution, die diese Einigung enthielt. Seitdem sind immer wieder Resolutionen bei den Vereinten Nationen zur Abstimmung eingebracht worden, um einen Palästinenserstaat möglich zu machen. Die Lösung wird de facto von allen Staaten der Welt, eingeschlossen der arabischen Staaten, der Arabischen Liga, des Iran, der PLO und letztlich auch der Hamas unterstützt. Die palästinensischen Unterhändler haben in den direkten Verhandlungen mit Israel zudem große Zugeständnisse gemacht in Hinsicht auf die Einverleibung von Teilen der illegal errichteten Siedlungen im Westjordanland in das israelische Staatsgebiet sowie bei der Flüchtlingsfrage – und damit einige ihrer völkerrechtlichen Ansprüche fallen gelassen.

Doch alle diese Angebote wurden von Israel mithilfe der USA abgelehnt. Bei jeder entsprechenden UN-Abstimmung seit den 70er Jahren haben sie gegen die Friedenslösung gestimmt. Die Vetomacht USA verhinderte am Ende die Umsetzung. Bei der jüngsten Resolution im UN-Sicherheitsrats am 18. April 2024 stimmten sie als einziges Land erneut dagegen. Auch bei den direkten Verhandlungen, auf die die USA bei ihren UN-Vetos immer verweisen, haben die „Vermittler“ aus Washington Israel vor einem Ende des Expansionskurses im Westjordanland bis heute bewahrt. Angeboten wurden den Palästinensern nämlich höchstens Kantone, zerstückeltes Land, ein nicht lebensfähiger „Pseudo-Staat“, ähnlich den Bantustans in Südafrika für die schwarze Bevölkerung. Es waren Nichtofferten, mit viel PR als „großzügige Angebote“ an die Öffentlichkeit verkauft, die die Gegenseite wegen ihrer „Maximalforderungen“ aber verschmäht hätten. Sie waren so „großzügig“, daß weder die UN, die EU, die Weltbank, Menschenrechtsorganisationen noch führende Spezialisten für das Westjordanland in ihnen einen funktionstüchtigen Staat erkennen konnten.

Selbst Vertreter der israelischen Verhandlungsseite bezeichneten die Angebote im Nachhinein als inakzeptabel. Währenddessen verschwinden immer mehr wertvolles Land, Wasserreserven und wichtige Gebiete um Ostjerusalem hinter israelischen Separationsanlagen und Mauern. Nach außen äußerten Israel und die USA zwar, daß man eine Zweistaatenlösung grundsätzlich unterstütze, de facto wurde sie aber in der UN und in Verhandlungen blockiert. Die Netanjahu-Regierung hat im Zuge des Gaza-Kriegs nun auch offiziell erklärt, daß man einen Palästinenserstaat nicht akzeptieren werde.

Dringlichkeitssitzung in New York

Viele Staaten Europas sind zwar der Ansicht, daß nur eine Zweistaatenlösung Frieden in Nahost bringen kann. Doch der größte Teil folgte letztlich der Linie Washingtons und Tel Avivs (was insbesondere für Deutschland gilt), während die jeweiligen Regierungen bei UN-Abstimmungen den Kopf einzogen.

Das entscheidende US-Veto

Bis zum heutigen Tag haben lediglich acht EU-Länder einen palästinensischen Staat in der UN-Generalversammlung anerkannt. Es sind Bulgarien, Zypern, die Tschechische Republik, Ungarn, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei und Schweden. Jetzt kommen für die EU bzw. Europa mindestens drei weitere Staaten hinzu.

Da das US-Veto im UN-Sicherheitsrat und die Verhandlungsblockade von Israel, unterstützt von Washington, weiter besteht und nur über diese Wege die Umsetzung eines Palästinenserstaats möglich ist, wird die derzeitige Anerkennungs offensive in Europa, so hilfreich sie ist, letztlich zu einem symbolischen Akt bzw. einer moralischen Geste degradiert.

Doch gleichzeitig wird Israel und den USA die Botschaft gesendet, daß man nicht mehr bereit ist, stumm an der Seitenlinie zu verharren. (...)

Biden treu an der Seite Netanjahus

Der langjährige palästinensische Politiker Mustafa Barghouti bezeichnete die Anerkennung des palästinensischen Staates durch Irland, Spanien und Norwegen als einen „mächtigen politischen und symbolisch bedeutsamen Schritt“, der die Erreichung von „Freiheit und Gerechtigkeit“ für das palästinensische Volk näherbringe.

Es ist ein sehr wichtiger Schritt, um das Recht des palästinensischen Volkes – unseres Volkes – auf Selbstbestimmung zu kennzeichnen. Bisher steht die Biden-Regierung in den USA jedoch weiter hinter der Netanjahu-Regierung, sendet Waffen an Israel für den Gaza-Krieg und verhindert nicht nur die Umsetzung eines Waffenstillstands, sondern auch die Einrichtung eines Palästinenserstaats. Solange das so ist, kann ein Palästinenserstaat nicht eingerichtet werden.

Doch die Washington-Blockade ist tatsächlich fragiler, als manche denken. Biden könnte aufgrund seiner Israel-Unterstützung der Verlust von wichtigen Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen im November drohen. Auch international verliert der US-Kurs gegenüber Israel immer weiter die Weltöffentlichkeit – was am Ende den Druck auf Washington erhöhen könnte, zumindest Zugeständnisse zu machen.

Neuordnung in Nahost?

In den USA und Europa zeigen Umfragen, daß Mehrheiten das Vorgehen Israels in Gaza für nicht gerechtfertigt halten und die Zweistaatenlösung unterstützen, während die Proteste insbesondere an Universitäten zunehmen, einen Waffenstillstand durchzusetzen und die israelische Besatzungspolitik zu beenden. Dazu kommen Entscheidungen der beiden internationalen Gerichtshöfe in Den Haag, des Internationalen Gerichtshofs der UN, der Verbrechen von Staaten behandelt und von „plausiblen Völkermord“ Israels in Gaza spricht, und des Internationalen Strafgerichtshofs, der kriminelles Verhalten von Personen verfolgt und gerade Haftbefehlsanträge nicht nur gegen drei Hamas-Vertreter, sondern auch gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den israelischen Verteidigungsminister Joaw Galant gestellt hat. All das sind Anzeichen für Verschiebungen, vielleicht der Anfang einer Neuordnung des Kräfteverhältnisses in Nahost. Wie auch immer: Es wird in Zukunft schwerer werden für Israel und die USA, die Friedenslösung, die Einrichtung eines palästinensischen neben einem israelischen Staat, wie von der Welt und dem internationalen Recht gefordert, weiter zurückzuweisen bzw. auf den Sanktionier-Nimmerleins-Tag zu verschieben.

David Goefmann

Redaktionell gekürzt / Quelle: Telepolis, 22.5.24

Vor 45 Jahren siegte in Nicaragua die Sandinistische Volksrevolution



Am 19. Juli 1979 zogen die siegreichen Truppen der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) in Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, ein. Die Bilder gingen um die Welt. Der Erfolg der Revolution beendete nicht nur die Somoza-Diktatur, er unterbrach auch die Vorherrschaft des USA-Imperiums im zentralamerikanischen Land. Ein Regierungsrat der Nationalen Erneuerung (JGRN) unter Vorsitz von Daniel Ortega nahm die Arbeit auf. Seine fünf Mitglieder hatten sich verpflichtet, nach dem Sturz der Diktatur einen Prozeß umfassender gesellschaftlicher Umwälzungen einzuleiten. Ein Jahr später verließen die Vertreter der Oligarchie und des Kapitals Violeta Barrios de Chamorro und Alfonso Robelo den Regierungsrat. Sie verweigerten die Teilnahme an den Reformen, denen sie vor dem Sieg der Revolution zugestimmt hatten. Mit ihrem Austritt begann die erneute Intervention Washingtons. Ehemalige Offiziere der Nationalgarde Somozas organisierten den Aufbau des bewaffneten Widerstandes, die USA-Regierung finanzierte ihn. Die Aktivisten der Alphabetisierungskampagne und der Gesundheitsbrigaden waren die ersten Opfer. US-Marines verminten nicaraguanische Häfen. In dieser Situation fanden 1984 Wahlen statt. Die FSLN gewann sie und Daniel Ortega wurde Präsident.

Im März 1985 begann meine Beratertätigkeit bei der FSLN. Meine Frau zog mit nach Managua. Eduardo lud uns ein, die Oster-Feiertage auf der Finca seines Onkels Pedro am Río Jucuapa in der Nähe von Sebaco zu verbringen. Pedro erzählte, daß vier Tage zuvor eine Contra-Gruppe die Gegend heimgesucht hätte. Die Familie baute Zuckerrohr an. Die Karamelwürfel verkaufte sie an Pharma- und Süßwarenbetriebe. Das getrocknete Rohr diente als Brennmaterial für die Küche. Die Familie hielt ein paar Kühe und Schweine. Der Hof war voller Hühner. Für den Verzehr war gesorgt: Tortillas, Batate, Eier, Hühnchen, Gemüse, Früchte, Bananen, Fleisch, Käse, Säfte, Chicha bruja und natürlich Rum. Pedro rauchte Zigarren aus selbstangebautem Tabak. Pater Uriel, ein Befreiungstheologe, kam am Oster-Sonntag

zur Morgenandacht und blieb den ganzen Tag. Wir bekamen einen Einblick in das Leben einer nicaraguanischen Familie auf dem Lande. So wollten sie ihre Revolution: Frieden, Arbeit und Würde. Besser konnten wir mit der Realität in Nicaragua nicht vertraut gemacht werden. Ich beriet die Sandinisten bei der Reorganisation ihrer Strukturen. Die FSLN gelangte als politisch-militärische Organisation an die Macht. Sie hatte die Absicht, die Kräfte dieser Organisation auf die Strukturen des Staates, der Verteidigung und der FSLN als Avantgarde zu verteilen. Letzteres war mein Aufgabengebiet. In einem Gespräch hatte mir das Mitglied der Nationalleitung der FSLN, Comandante der Revolution Bayardo Arce erklärt, warum sich die Nationalleitung Berater der SED ausgesucht hätte: „Wir denken, daß die SED nicht orthodox marxistisch-leninistisch ist. Sie ging aus zwei Parteien hervor, führte eine antifaschistisch-demokratische Erneuerung durch und arbeitet in einer Nationalen Front mit anderen Parteien zusammen. Wir stehen vor ähnlichen Aufgaben. Die Erfahrungen der SED können uns helfen.“ In der Zeit meiner Beratertätigkeit organisierte die FSLN den Verfassungsprozeß. Am 9. Januar 1987 trat die neue Verfassung Nicaraguas in Kraft. Ich war dabei, als Zehntausende auf dem Platz der Revolution die Botschaft von der ersten demokratischen Verfassung in der Geschichte Nicaraguas bejubelten. Der Contra-Krieg in Nicaragua belastete die zentralamerikanische Region. Der Friedensprozeß von Esquipulas II setzte ein. Die FSLN verhandelte in Sapoá mit dem Contra-Direktorium. Am 10. Oktober 1988 verwüstete der Hurrikan „Joana“ weite Teile des Landes.

Als ich meine Tätigkeit begann, fragten mich die Compañeros, ob wir in der DDR Perestroika, Glasnost und Neues Denken einführen würden. Sie waren davon begeistert. Als ich Ende November 1988 ging, meinten sie, daß wir es nicht tun sollten. Die sowjetische Führung unter Gorbatschow hatte ihre Revolution im Stich gelassen. Zum Abschied organisierten die „Compas“ ein Treffen. An der Decke der „Sala“ hingen kleine Papierwolken, auf denen Dankesworte, Grüße und Wünsche geschrieben waren: („Siempre te recordaremos, compañero y hermano Wolfgang. No te olvidemos de Nicaragua.“) „Wir werden immer an dich denken, Genosse und Bruder Wolfgang. Vergiß Nicaragua nicht.“

Im Februar 1990 verlor die FSLN die Wahlen und damit die Regierung. Nach 16 Jahren, im November 2006, holte sie sich diese zurück. Sie erbte vom neoliberalen Zeitalter Schulden und

Elend. Seitdem sind 17 Jahre vergangen, in denen ein umfangreicher Modernisierungsprozeß in Nicaragua stattfand. Das kleine arme Land mit etwas mehr als sechs Millionen Einwohnern erreichte außergewöhnliche Ergebnisse. Das Kräfteverhältnis hat sich verändert, Nicaragua ist nicht mehr Schauplatz eines internen bewaffneten Konflikts. Der Putsch von 2018 wurde niedergeschlagen, die Oligarchie in die Schranken verwiesen. War das Land einst ungünstigen Wirtschaftszyklen erlegen, betreibt es heute eine erfolgreiche Wirtschaft. Die Blockaden des kapitalistischen Sektors sind verschwunden. Der staatliche Wirtschaftssektor sowie die kleinen und mittleren Familien-, Kooperativ- und Gemeinschaftswirtschaften tragen 70 Prozent zum BIP bei. Der Anteil privater Unternehmen am BIP beträgt 30 Prozent. Daran wird sich wahrscheinlich kurz- und mittelfristig nichts ändern, weil Nicaragua zwar eigene Investitionen realisiert, aber auch auf ausländisches Investitionskapital angewiesen ist. Der Unternehmerverband COSEP, der in einer Troika mit der sandinistischen Regierung und den Gewerkschaften die wirtschaftlichen Geschicke des Landes mitbestimmen konnte, verlor den „Krieg“, in den er sich 2018 begab. Eine Herrenkaste ging unter, die sich Putschisten-Rechte herausnehmen wollte. Heute setzt die in die Enge getriebene und besiegte Reaktion von Miami aus die Litanei über die Diktatur fort.

Der 45. Jahrestag bestätigt eine Revolution, die vom Sandinismus geprägt ist. Er entstand in den Bergen, in den Segovias. In den 80er Jahren wurde versucht, ihn einzuführen. Seit 2007 wird er verwirklicht. Als Daniel Ortega 1990 die Präsidentenscharpe an Violeta Barrios de Chamorro übergab, sagte er trotzig: „Von jetzt an regieren wir von unten.“ Heute regiert der Sandinismus nicht nur „von unten“, sondern auch von oben. Er verteidigt nicht nur, er plant auch. Er ist der Garant der neuen sozialen und politischen Ordnung des neuen Nicaragua. Nicaragua ging eine strategische Partnerschaft mit der Volksrepublik China und der Russischen Föderation ein, was der Entwicklung des Landes offenbar gut bekommt. Nicaragua ist Mitglied der Bolivarienschen Allianz für die Völker Unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP). Das Land nimmt seine Verantwortung im Parlament Zentralamerikas (PARLACEN) und in der Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC) wahr. Und es gehört der Gruppe der 77 an.

In den 80er Jahren erlebten wir vier Jahrestage des Sieges über die Somoza-Diktatur vor Ort. Nicaragua genoß große internationale Solidarität. Kuba, die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft halfen, wo sie konnten. Der 45. Jahrestag findet unter völlig anderen Umständen statt. Kuba, Nicaragua und Venezuela bilden ein revolutionäres Dreieck, das in fester Solidarität zusammenhält. Für die USA sind das „Dreieck des Bösen“. Es ist Ziel-scheibe ständiger Angriffe und Sanktionen

des Imperiums aus dem Norden. Kuba leidet seit über sechs Jahrzehnten unter einer mörderischen Blockade. In der Bundesrepublik Deutschland wird die sandinistische Regierung Nicaraguas verteuftelt. Auch „Linke“ beteiligen sich daran. Mich beeindruckt, daß die FSLN nach ihrer Wahlniederlage 1990 nicht unterging und nach 16 Jahren an die Regierung zurückkehrte. Sie hat sich als Partei konstituiert und ging dabei das Risiko der Spaltung ein. Sie verlor Mitglieder und Führungspersönlichkeiten. Jedoch verlor sie nie ihre Linie: Sie blieb konsequent antiimperialistisch. Die FSLN strebt ein christliches, solidarisches und sozialistisches Gesellschaftsmodell an. Dessen Grundpfeiler sollen der politische Pluralismus, die Gemischte Wirtschaft und die Nichtpaktgebundenheit sein. Die FSLN schätzt den Marxismus-Leninismus, achtet aber auch andere humane Denkweisen. Sie verehrt die Befreier Lateinamerikas wie Bolivar, Zapata und Martí. Vor allem aber orientiert sie sich am revolutionären Erbe ihres Volkshelden Augusto César Sandino. Die Avantgarde Nicaraguas trägt seinen Namen.

Am 9. April 1984 verklagte Nicaragua die USA am Internationale Gerichtshof in Den Haag (IGH) wegen unzulässiger Intervention, verbotener Gewaltanwendung, Verletzung von humanitärem Völkerrecht und Verstoßes gegen die Bestimmungen aus dem zwischen den Streitparteien geschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrags. Nicaragua beschuldigte die USA, durch finanzielle, logistische und anderweitige Unterstützung der Contra-Rebellen das Völkerrecht verletzt zu haben. Am 27. Juni 1986 verurteilte der IGH die USA zur Wiedergutmachung. Washington erkannte das Urteil nicht an. Die USA schulden Nicaragua bis heute 17 Milliarden US-Dollar. Auf den Tag genau vierzig Jahre später, am 9. April 2024, verklagte Nicaragua die Bundesrepublik Deutschland vor dem IGH wegen Verstößen gegen die Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Verbrechen des Völkermords, die Genfer Konventionen von 1949 und ihre Zusatzprotokolle, die unübertragbaren Grundsätze des humanitären Völkerrechts und andere zwingende Normen des allgemeinen Völkerrechts in bezug auf das besetzte palästinensische Gebiet, insbesondere

den Gazastreifen. Nicaragua beantragte, daß Deutschland seine militärische Unterstützung für Israel einstellt und seine finanzielle Unterstützung für das Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten wieder aufnimmt. Am 30. April 2024 entschied der IGH über den Antrag Nicaraguas, daß es unter den heutigen Umständen nicht notwendig sei, vorläufige Maßnahmen anzuwenden, da die BRD den Umfang des nach Israel zu exportierenden Materials von 200 Millionen im Oktober 2023 auf eine Million im März 2024 deutlich reduziert habe und daß keine weiteren Waffenlizenzen genehmigt worden seien. Darüber hinaus habe die BRD der UNRWA wieder Mittel zur Verfügung gestellt. Der IGH lehnte den Antrag der BRD ab, das Verfahren wegen mangelnder Zuständigkeit abzuweisen, weshalb das Verfahren fortgesetzt wird. Die Regierung Nicaraguas ist mit dem Ergebnis ihres Bemühens zufrieden. Wie könnten wir dieses Nicaragua mit seiner herrlichen Natur, seinen wunderbaren Menschen und seiner kämpferischen Frente Sandinista vergessen? Niemals!

Wolfgang Herrmann, Dreesch

Niger – mit dem Rücken an der Wand

Niger konnte seit Mitte letzten Jahres seine Kredite nicht bedienen, die Blockade der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO/ECOWAS machten selbst Umschuldungen unmöglich. Nachdem Niger aus der CEDEAO ausgetreten war und die Blockade aufgehoben wurde, waren 485 Mio. Dollar Schulden aus der neokolonialen Regierung Bazoum aufgelaufen. In der Zwischenzeit wurde die Kreditwürdigkeit Nigers von der Agentur Moodys von B3 auf Caa2 kurz vor Ramschniveau herabgestuft: „erhöhtes Risiko der Zahlungsunfähigkeit“, was höhere Zinsen für Kreditverhandlungen mit sich bringt. Was tun? Thomas Sankara bezahlte 1987 die prinzipielle Verweigerung mit seinem Leben und Burkina Faso eine neoliberale Konterrevolution. Nelson Mandela mußte die „Struktur-Anpassungsreform“ des Internationalen Währungsfonds schlucken, die in der Freiheits-Charte des ANC versprochene Landreform auf die lange Bank zu schieben, wo sie immer noch ist.

Dabei stehen die wirtschaftlichen Perspektiven Nigers nicht schlecht: Das wichtigste war, daß durch die knapp 2000 km lange Pipeline von dem Ölfeld Agadem im Osten Nigers bis an den Gold von Guinea am 23. April endlich das flüssige Gold floß. Die ersten Tropfen Öl sind am schwimmenden Ölterminal in Seme Krake in Benin angekommen.

Das Ölfeld Agadem im Osten Nigers beuten gemeinsam die algerische Sonatrach, die britische Savannah und die chinesische „China National Petroleum Corp.“ CNPC aus. Der Staat Niger hält einen Anteil von 12,5 %. Die bislang längste Pipeline Afrikas (1275 km in Niger und 675 km in Benin (d.h. Luftlinie Hamburg – Tunis) mit 8 Pump- und 59 Schleusenstationen und einen Ölterminal mit zwei

15 km langen Unterwasser-Pipelines wurde seit 2019 von der chinesischen CNPC gebaut – eine Investition von 4 Mrd. Dollar. Mit dieser gigantischen Pipeline wird die nigrische Ölproduktion von zur Zeit täglich 20 000 Barrel auf 110 000 Barrel/pro Tag steigen und die doppelte Menge bis 2026 erreichen.

Weitere Initiativen könnten sich allerdings erst in Zukunft auswirken, wie die ausgestreckten Fühler nach Doha im arabischen Katar oder der Besuch von Premierminister Ali Lamine Zeine in Marokko. Ebenso wie die Visite von Transportministers Salissou Mahaman in Togo (über den Hafen von Lome werden über den 90 % des Transithandels der Allianz der Sahelstaaten abgewickelt). oder die Verhandlungen mit Teheran über den Verkauf von 300 Tonnen Uran.

Die westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion UEMOA – Niger diskutiert den Austritt auch aus dem FrancCFA – mobilisierte 747 Mio. Dollar Kredite zur Umschuldung. Mit dem Rücken an der Wand ist Niger gezwungen, die fälligen Kredite zum Zinssatz von 6 % mit frischen Krediten zu hohen Zinsen von 9,3 % abzulösen. Die Zentralbank der CEDEAO sicherte die Zahlungsfähigkeit Nigers zusätzlich ab, indem sie für 126 Mio. nigrische Staatsanleihen mit dreijähriger Laufzeit aufkaufte (zu einem Zinssatz von 9,35 %).

Die Wirtschaftsblockade ist zwar aufgehoben, aber das Land hat Liquiditätsprobleme mit den laufenden Kosten. Womit den Staatsapparat aufrechterhalten. Doch wofür hat man Freunde? Am 12. April der größte Investor des Landes CNPC vertraglich eingesprungen, „um die Staatsverwaltung aufrechtzuerhalten“ wie Radio France International schrieb, und bezahlte im

Voraus 400 Mio. Dollar für Öllieferungen in den folgenden zwölf Monaten. Jeune Afrique spricht von einem „Rettungsring für Niger, sein Budgetdefizit zu decken, die Beamten zu bezahlen und Schulden zu begleichen“. Die Finanzspritze ist um so höher zu bewerten, nach vergeblichen Verhandlungen um das neue Öl-Blockfeld „Bilma“, wo der Übergangspräsident General Abdourahmane Tiani der CNPC die Lizenz verweigerte, um es dem landeseigenen Staatsunternehmen SONIDEP zur Ausbeutung zu überlassen. Und das, wo die chinesische CNPC bereits 300 Mio. für die Prospektion investiert hatte. Vielleicht ist darauf zurückzuführen, daß der 400 Mio. Vorschuß nicht zinslos gewährt wurde, aber die Zinshöhe liegt mit 7 Prozent immer noch unter den durchschnittlichen 9,3 Prozent, die das Land auf dem Finanzmarkt zu zahlen hat. Auf jeden Fall dürften sich die in „Jeune Afrique“ geäußerten Spekulationen, Niger werde gezwungen sein, sein Öl an China zu verhöckern, in Luft aufgelöst haben.

Ein weiterer Garant für die Konsolidierung der Souveränität des Landes liegt in der Zusammenarbeit innerhalb der Allianz der Sahelstaaten (AES). „Eine Allianz aus Stahl, die nichts trennen kann“, sagte am 16. April in Bamako Premierminister Choguel Maiga, als die Generaldirektoren von SONIDEP und EDM einen Vertrag unterschrieben, der die Lieferung von 150 Mio. Liter Diesel zu einem Vorzugspreis von 0,54 Dollar pro Liter vorsieht. Damit soll die Versorgung der Heizkraftwerke in Mali gewährleistet werden. Die Raffinerie SORAZ in Zinder, ein joint-venture von CNPC und Niger, versorgt ebenso Burkina Faso, Togo und Tschad.

Georges Hallermayer

NGOs made in USA, antikubanische Projekte und der lange Arm der CIA

Sie sind weder „Freiheitskämpfer“ noch aufgeklärte Wesen, die von erhabenen Ideen angetrieben werden. Hinter ihnen stehen Tausende von Labors, Studienzentren und Denkfabriken, die von der US-Regierung bezahlt werden, um in Kuba einen politischen Wandel zu ihren Gunsten zu erreichen.

Die Betreiber des Chaos, welche ein wesentlicher Bestandteil des von der US-Regierung geführten nichtkonventionellen Krieges zur Aufrechterhaltung der imperialistischen Hegemonie sind, nutzen die sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGO) als Speerspitze ihrer Destabilisierungsstrategie. Eine, wegen ihrer subversiven Tätigkeiten herausragendsten ist die United States Agency for International Development (USAID), die sich besonders aktiv für Regimewechsel gegen fortschrittliche Regierungen in Lateinamerika einsetzt. Diese Organisation hat auf unserem Kontinent ein weit verzweigtes Netz aufgebaut, das Kader rekrutiert, Führungspersonlichkeiten herstellt und die Zivilgesellschaft durchdringt – eine regelrechte interventionistische Armee von „Experten“, „Beratern“ und „Gutachtern“. Eine nicht minder „prominente“ Rolle hat das National Endowment for Democracy (NED) eingenommen. Laut dem US-Blogger und Schriftsteller Max Blumenthal ist „das NED ein führender Vertreter der Soft Power der USA, das sich seit seiner Gründung auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges in die Angelegenheiten anderer Länder einmischt“. Das NED wurde 1982 von Ronald Reagan unter der Schirmherrschaft der CIA und des IM6 gegründet. Wenn es einen Satz gibt, der es charakterisiert, dann ist es der Satz von Allen Weinstein, einem seiner Gründer, aus dem Jahr 1991: „Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren von der CIA im Verborgenen getan.“ Sein großes Budget stammt hauptsächlich vom US-Kongress, der ihm alle zwei Jahre Millionenbeträge als Teil des Budgets des Außenministeriums zur Verfügung stellt. Das Geld wird unter dem International Republican Institute (IRI), dem National Democratic Institute for International Affairs (NDI), dem American Centre for International Labour Solidarity des American Federation of Trade Unions-Congress of Industrial Organisations (AFL-CIO) und dem Center for International Private Enterprise (CIPE) der Handelskammer verteilt. Allein in den ersten zehn Jahren seines Bestehens verteilte das NED mehr als 200 Millionen Dollar an 1 500 Projekte zur Unterstützung der sogenannten Freunde Amerikas. Das Internationale Republikanische Institut (IRI), das 1983 ebenfalls von Ronald Reagan und einer Gruppe fundamentalistischer Ideologen der Republikanischen Partei gegründet wurde und als Geheimwaffe des rechtsgerichteten Flügels in den Vereinigten Staaten gilt, verfügt über eine große

Struktur mit mehr als 500 Mitarbeitern, die nach geografischen Zonen aufgeteilt sind und je nach Prioritäten und Möglichkeiten Büros in verschiedenen Ländern unterhalten. Die Kreuzritter der Yankee-Rechten, die in der IRI zusammengeschlossen sind, begannen ihre Arbeit gegen Kuba in den 90er Jahren. Ihr erstes Programm stammt aus dem Jahr 1993 und zielte darauf ab, den sogenannten Übergangsprozeß in unserem Land anzutreiben, mit dem Endziel, die Revolution zu stürzen. Ihr Programm gegenüber Kuba umfaßt die Ausbildung, die Verteilung von Material, Geld, technischen Mitteln und Ausrüstung an Aktivisten und konterrevolutionäre Elemente, wobei sie klandestine Verfahren und Methoden anwenden, um ihre destabilisierenden Ziele zu verschleiern.

Während der Amtszeit des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump (2017–2021) haben neben mehr als 200 Maßnahmen und Sanktionen auch die subversiven Aktionen gegen Kuba zugenommen.

Ein Blick auf die Website des NED genügt, um zu erkennen, welche enormen Summen konterrevolutionäre Organisationen, Institutionen und Medien erhielten und erhalten. Etwa zur gleichen Zeit begannen digitale Plattformen, die von Einzelpersonen verwaltet werden und mit internationalen Kursen und Stipendien, akademischen Austauschplänen und anderen von privaten Unternehmen und Medien finanzierten Varianten verbunden sind, im Land zuzunehmen.

Am 26. Mai 2016 veranstaltete die Open Society Foundations, die Open Society von George Soros, dem Milliardär der Farbenrevolutionen und sanften Putsche, in ihrem New Yorker Hauptsitz das Cuba Posible Ideas Lab. Bei der von der Ford Foundation und Open Society finanzierten Veranstaltung in New York ging es um „Kubas aktuelle Herausforderungen“. Millionen von Dollar sind für die verschiedenen Strukturen bestimmt, die innerhalb und außerhalb der Insel geschaffen wurden. Organisationen und Projekte wie Diario de Cuba, CiberCuba, People in Need (PIN), Article 19 und die kubanische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (OCDH) und andere erhalten Jahr für Jahr Geld von der US-Regierung für die interne Subversionsarbeit auf der Insel. Viele dieser Gelder, die im Wesentlichen von der USAID oder der NED kommen, stammen von der CIA und gelangen über private Vermittler wie die Smith Richardson Foundation, die John M. Olin Foundation oder die Lynde and Harry Bradley Foundation zur USAID.

Eine weitere mit diesen Mitteln finanzierte Organisation ist das Projekt El Toque, das in Kuba nicht nur für seine Desinformationskampagnen und Manipulation der Realität bekannt ist, sondern vor allem für seine „engagierte Arbeit“ bei der Beeinflussung der Wechselkurse, die die Abwertung der Landeswährung gegenüber dem US-Dollar begünstigt und zur Inflation in Kuba beiträgt.

Wie die Website Razones de Cuba kürzlich feststellte, „wird die Organisation von El Toque nicht nur vom NED finanziell unterstützt, sondern auch von der USAGM Global Media Agency, die ihr über die Firma Media Plus Experience Inc. 150 000 Dollar zukommen ließ, ein System, das geschaffen wurde, um Gelder von diesen Institutionen zu waschen und an ihre geheimen Mitarbeiter auf der Insel zu schicken“.

Sie begehen also eine doppelte Straftat. Einerseits verletzen sie kubanische Gesetze, indem sie einer ausländischen Macht gegen ihr Heimatland dienen, und andererseits können sie sogar in Spanien wegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche belangt werden, zusammen mit einem anderen antikubanischen Projekt, Cuba Siglo XXI, und dem großen Fisch, dem NED.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß diejenigen, die diese Plattformen und andere antikubanische Projekte ins Leben rufen, weder Kämpfer für die „Freiheit“ sind, noch erleuchtete Wesen, die von erhabenen Ideen bewegt werden. Hinter ihnen stehen Tausende von Labors, Think Tanks, Denkfabriken, die von der US-Regierung bezahlt werden, um in Kuba einen politischen Wandel zu ihren Gunsten zu erreichen. Auch wenn sie es immer wieder leugnen, sind sie doch nur Angestellte der Yankees, die auf Kosten des Leidens ihrer Landsleute auf der Insel zu Wohlstand kommen. Sie sind lediglich Vollstrecker einer zum Scheitern verurteilten Politik, mehr nicht.

Raúl Antonio Capote

Quelle: granma.cu, 5.6.24

Ein herzlicher Glückwunsch geht an

Arno Reinhold

ein Urgestein des „RotFuchs“-Fördervereins, zum 90. Geburtstag am 6. Juli. Aus tiefer Überzeugung von der Notwendigkeit marxistischer Bildungsarbeit und des Dialogs mit allen Linken der Region Schwerin engagiert sich Arno seit zwei Jahrzehnten für die Stabilität und politische Ausstrahlung der Regionalgruppe.

Für Dein langjähriges Wirken als Vorsitzender der Regionalgruppe sprechen wir Dir, lieber Arno, unseren Dank und unsere Anerkennung aus. Deine Hilfs- und Einsatzbereitschaft ist sprichwörtlich. Sie hat entscheidenden Anteil daran, daß die Regionalgruppe bis heute aktiv ist.

Ein kraftvolles, gesundes neues Lebensjahr wüschen Dir

Redaktion und Vorstand

Modis BJP verliert die Mehrheit in Indien

Indien ist mit 1,4 Mrd. Einwohnern das bevölkerungsreichste Land und der größte „demokratische Staat“ der Welt. Die Republik Indien hat 28 Bundesstaaten und acht Unionsterritorien. Die indische Verfassung hat eine föderale Struktur mit vielen eigenen Kompetenzen der Bundesstaaten und ein Zweikammerparlament.

In Indien gibt es eine Vielfalt von Religionen und Sprachen. Das hinduistische Kastensystem wurde 1949 durch die Verfassung abgeschafft, bestimmt aber in vielen Teilen des Landes immer noch das alltägliche Leben. Wahlen in Indien sind stets ein großes Unterfangen. Diesmal waren fast eine Milliarde Inder wahlberechtigt, 640 Millionen machten Gebrauch von ihrem Wahlrecht. Die Wahlen zogen sich über sechs Wochen bis zum 1. Juni hin. Gewählt wurde mit Wahlmaschinen.

Wahlergebnisse

Die Wahlergebnisse für die Lok Sabha-Sitze wurden am 4. Juni bekanntgegeben. Es ist eine politische Niederlage für Modi und seine hindunationalistische BJP. Von den 543 Parlamentssitzen entfielen 240 auf die BJP, die damit als stärkste Partei hervorging, blieb aber deutlich unter der Mehrheitsmarke von 272 Sitzen. Zusammen kam das von Modi angeführte Wahlbündnis NDA auf 293 Sitze. 2019 jedoch gewann die BJP allein 303 Sitze. Modi hatte geprahlt, diesmal würde die NDA 400 Sitze bekommen, davon 370 für seine BJP. Die Endergebnisse liegen weit entfernt von dem erhofften Erdrutschsieg. Die BJP strebte eine Zweidrittelmehrheit an, um die Verfassung beliebig ändern zu können. Jetzt hat sie sogar ihre einfache Mehrheit verloren und ist auf Verbündete angewiesen, um die Regierung zu bilden.

Die Kongreßpartei (nachfolgend: der Kongreß) gewann 99 Sitze, eine deutliche Verbesserung gegenüber 2014 mit 44 Sitzen und 2019 mit 52 Sitzen. Die Oppositionsplattform INDIA-Block, angeführt vom Kongreß, kam auf 230 Sitze. Während die NDA im Wahlkampf vorwiegend auf den Status von Modi, auf indischen Nationalstolz, Religion, Kult und die Hindutva-Ideologie, die das Indisch-Sein mit Hinduismus gleichsetzt, orientierte, hatte das Wahlprogramm von INDIA andere Schwerpunkte: die Bewältigung der akuten Beschäftigungskrise und die Warnung, daß die indische Verfassung bedroht sei.

Die Wahlkampagne der BJP

Modi stellte Hindutva in seinem Wahlkampf in den Vordergrund. Die Kampagne der BJP war durchdrungen von einem Personenkult um Modi und von bösartiger antimuslimischer Rhetorik gegen die 200 Mio. Muslime des Landes und gegen Pakistan. Unausgesprochenes Ziel der BJP ist die Umwandlung Indiens in einen hinduistisch-rassistischen Staat,

in dem Muslime, Christen und andere Minderheiten Bürger zweiter Klasse sind.

Die BJP bediente sich staatlicher Institutionen, um Konkurrenten zu schikanieren. Um ihn vom Wahlkampf fernzuhalten, wurde einige Tage vor Beginn der Wahlen der Ministerpräsident von Delhi, Arvind Kejriwal, verhaftet. Am 10. Mai ließ ihn der Oberste Gerichtshof bis nach den Wahlen frei. Jetzt sitzt er wieder im Gefängnis.

Hemant Soren wurde wegen Geldwäsche und angeblichem Landbetrugs festgenommen. Er war Ministerpräsident des Bundesstaates Jharkhand.



Neu-Delhi, 4. April 2024: Die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten) stellt ihr Wahlmanifest auf einer Kundgebung vor

Prajwal Revanna, ehemaliger Abgeordneter, wurde wegen sexueller Belästigung verhaftet. Die Steuerbehörde fror die Bankkonten des Kongresses wegen einer fünf Jahre alten Forderung ein. Der Oberste Gerichtshof hob die Anordnung wieder auf.

Die großen Unternehmen sind die größten Geldgeber politischer Parteien. Um ihnen zu ermöglichen, unbegrenzt anonym Geld an politische Parteien zu spenden, hatte Modi 2018 ein System von „Wahlanleihen“ eingeführt. Die BJP hat das meiste Geld auf diesem Weg erhalten. Das System wurde jetzt vom Obersten Gerichtshof verboten.

Indien hat in den vergangenen zehn Jahren unter der Modi-Regierung erhebliche demokratische Rückschritte erlebt. Die Medienfreiheit wurde eingeschränkt, abweichende Meinungen unterdrückt, Journalisten schikaniert und inhaftiert, die Unabhängigkeit der Justiz untergraben und außergewöhnlicher Druck auf die Opposition ausgeübt.

Modi wurde am 9. Juni zum dritten Mal als indischer Premierminister vereidigt. Neben ihm wurden auch 71 Kabinettsmitglieder (darunter nur sieben Frauen!) vereidigt. Tags zuvor hatte sich der NDA-Block getroffen und über die Verteilung der Ressorts entschieden. Modi ist die zweite Person in der Geschichte Indiens, die das Amt des Premierministers drei Mal in Folge innehatte. An der Vereidigungszeremonie nahmen mehrere ausländische Staatsoberhäupter und Würdenträger

teil. Auch die milliardenschweren Industriellen Adani und Ambani, die auch an der Einweihung des Ram-Tempels in Ayodhya teilgenommen hatten, waren anwesend.

Und immer wieder Hindutva

„Hindu first“ ist ihr Leitmotiv. Die RSS ist die Mutterorganisation der hindu-nationalistischen Sangh Parivar (Familie der RSS). Die rechtsextreme BJP ist ihr politischer Arm. Während der Wahlen verwandelt sich die gesamte Parivar in eine gigantische Wahlmaschine, wobei die Kader der RSS als Helfer der BJP beim Anheizen polarisierender Themen hervortreten und ihre Anhänger für Hilfe an den Wahlständen oder zum Einschüchtern der Gegner bereitstellen. Modis politische Karriere begann bei der RSS als einer ihrer führenden Kader. Als Regierungschef des Bundesstaates Gujarat hatte er das antimuslimische Pogrom von 2002 angeflutet und geleitet. (Zum Verständnis der engen Beziehungen der RSS und der BJP sowie der Hindutva empfehlen den Beitrag „Ethische Unruhen in Manipur“, in der Ausgabe Nr. 310, Dezember 2023, S. 22,23)

Im Januar fand eine aufwändige Einweihungszeremonie des Ram-Tempels in Ayodhya statt, der auf dem Grundstück errichtet wurde, auf dem nach dem Glauben der Hindus ihr Gott Ram geboren wurde, wo aber seit über vier Jahrhunderten eine Moschee, die Babri Masjid, stand, die von BJP- und RSS-Anhängern abgerissen wurde. Der Bau des Tempels wird als eine der Krönungen des hinduistischen Nationalismus angesehen. An der Zeremonie nahmen die indische Wirtschaftselite, zahlreiche Bollywood-Stars und andere einflussreiche Personen teil.

In seinen Wahlkampfreden warnte Modi die Wähler vor der Gefahr, daß „Eindringlinge“ die Wohlfahrtssysteme des Landes in die Enge treiben könnten – eine Anspielung auf die Muslime im Land – und beschuldigte den Kongreß, wenn sie an die Macht kämen, würden sie die Reichtümer Indiens zu den Muslimen umverteilen. Die Hindutva ging dieses Mal für Modi nach hinten los. Das Votum der diffamierten Muslime für die Opposition trug dazu bei, den erhofften Erdrutschsieg der Hindutva zu verhindern.

Die BJP macht eine investorenfreundliche neoliberale Wirtschaftspolitik für 22 Milliarden. Statt staatliche Initiativen zur Belegung der Wirtschaft zugunsten der Bevölkerung vergibt Modi Subventionen an Milliarden, die es teilweise wieder im Ausland investieren. Für Indiens Elite ist die rechtsextreme BJP zur bevorzugten Regierungspartei geworden. Der heimische Markt hat wenig davon. Das indische Wirtschaftswachstum ist künstlich erzeugt. Modi subventioniert diejenigen, die das Geld anhäufen und ihm einen Teil davon in Form von Spenden zurückgeben. Auch in Indien

braucht man viel Geld, um an die Macht im Staat zu kommen. Die BJP ist die reichste Partei der Welt.

Für welche Klasse Modi Politik macht, sieht man daran, daß gleich nach dem Bekanntwerden der ersten Wahlergebnisse der Index des indischen Aktienmarktes über 5 % verlor. Die Aktien der Adani-Gruppe, dem Busenfreund von Modi, fielen gar um 20 %. Modi brüstet sich zwar mit Wachstumsraten des BIP um die 7 %, es dürfte sich aber inzwischen sogar schon bei bürgerlichen Ökonomen herumgesprochen haben, daß eine Zunahme des BIP nicht mit einer Zunahme der Lebensqualität der Arbeiter und Bauern und ihrer Familien gleichzusetzen ist. Im Falle Indiens zeigt das BIP-Wachstum hauptsächlich die Wachstumsraten der großen Unternehmen und beruht ansonsten auf einer Kreditblase des Finanzsektors.

Wenn in den letzten Jahrzehnten die Landwirtschaft schon einen Niedergang erlebte, hat die Not der Landbevölkerung unter Modi einen neuen Höhepunkt erreicht. Bei den Protesten der Landwirte wurde den Demonstranten die Einfahrt in die Hauptstadt verwehrt. Sie wurden mit Tränengas und Schlagstöcken angegriffen. Eine Hauptforderung der Bauernverbände ist angesichts der gestiegenen Produktionskosten ein gesetzlicher Mindeststützungspreis für Feldfrüchte. Vier Gesprächsrunden sind gescheitert, seither hat die Regierung nicht mehr mit den Bauern gesprochen und Zusagen ihrerseits nicht eingehalten. Viele Bauerngruppen haben die Wähler aufgefordert, gegen die BJP zu stimmen.

Ein anderer Faktor, der die Wähler beunruhigt, ist der Umgang der BJP mit der Verfassung. Die BJP hob 2019 die Autonomie, die Jammu und Kaschmir gemäß der indischen Verfassung gewährt wird, auf. Jammu und Kashmir ist der einzige indische Bundesstaat, in dem mehrheitlich Muslime wohnen (70 %).

Kurz vor den Wahlen setzte die Modi-Regierung ein umstrittenes Staatsbürgerschaftsgesetz um, das Bürgern anderer Glaubensrichtungen (Muslime ausgenommen) einen schnellen Weg zur Staatsbürgerschaft bietet. Während diese Beschlüsse bei BJP-Anhängern auf Zustimmung stießen, lösten sie bei anderen Befürchtungen darüber aus, was bei einem Wahlsieg der BJP mit einer ausreichenden Mehrheit in der indischen Verfassung alles noch geändert werden könnte

Die Menschen sorgen sich in erster Linie um eine verheerende Arbeitslosenkrise, sinkende Löhne, steigende Haushaltskosten, zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit und weitverbreitete Korruption. Nur 7 % der arbeitenden Bevölkerung haben einen schriftlichen Arbeitsvertrag. In Indien gibt es keine Sozialversicherung. Nicht nur die Muslime, auch die Hindus der unteren Kaste fühlen sich an den Rand gedrängt. Da man hinduistischen Nationalstolz nicht essen kann, stimmte fast jeder zweite Wahlbezirk für die Opposition, die wenigsten den Anschein erweckte, daß sie um die wahren Probleme des Landes wisse.

Kurzer Ausblick

Modis Machtposition ist geschwächt und er kann nicht mehr wie bisher mit eiserner Faust vorgehen. Er wird sich jetzt innenpolitisch mit kommunalen und sozialen Fragen auseinandersetzen, sich mehr auf die Wirtschaftspolitik konzentrieren und dabei seine großen hindu-nationalistischen Bestrebungen zurückstellen müssen.

Die Außenpolitik wird wahrscheinlich wie bisher fortgesetzt. Modi wird weiterhin sein Image als Führer des globalen Südens pflegen. Er wird weiterhin versuchen, ein Gleichgewicht in den Beziehungen zu den untereinander verfeindeten Großmächten, dem

„strategischen Partner“ USA, dem „dauerhaften Freund“ Rußland sowie China – sein Konkurrent, aber auch größter Handelspartner – zu finden. Die Beziehungen zu China werden auch durch Spannungen entlang der chinesischen Grenze im Himalaya belastet, wo ein ungelöster Grenzstreit schwelt. Die Beziehungen zum Nachbarland Pakistan sind angespannt. Modi hat im Wahlkampf mit seiner Rhetorik Pakistan vor den Kopf gestoßen – kein günstiges Klima für eine Wiederannäherung. Die Beziehungen zu den Scheichtümmern im Golf werden wahrscheinlich weiter ausgebaut.

Die USA haben ihre Differenzen mit Indien bisher nicht an die große Glocke gehängt, weil sie Indien für ihren geplanten Krieg gegen China auf ihrer Seite haben wollen. Aber Indien ist für die USA kein zuverlässiger Partner. Indien ist nicht nur Gründungsmitglied der BRICS, sondern auch Mitglied in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Delhi hat sich geweigert, die militärische Sonderoperation Rußlands in der Ukraine zu verurteilen. Rußland ist ein wichtiger Waffenexporteur nach Indien, das gegen den Willen der USA das russische Raketenabwehrsystem S-400 gekauft hat. Indien ist durch seine umfangreichen Käufe von russischem Öl zu einer tragenden Säule der russischen Wirtschaft geworden. Wegen der Sanktionen gegen Rußland exportiert Rußland Erdöl nach Indien, Indien verkauft es weiter und kassiert dafür eine Provision.

Ein geschwächter und weniger selbstbewußter Modi ist den USA nur recht. Der US-Sicherheitsberater Sullivan soll bald nach Indien reisen, um die geschwächte Modi-Regierung zur Ordnung zu rufen und zu versuchen, Indien dem westlichen Lager anzuschließen. Die US-Regierung braucht Indien auch in der QUAD, die Biden noch vor den Wahlen in den USA weiter ausbauen will.

KLJ

11.6.2024

DANKE FRITZ!

Zur Erinnerung an den Kommunisten und Strafverteidiger Friedrich Wolff

Als Friedrich Wolff am 30. Juli 1922 geboren wurde, war ihm gewiß nicht in die Wiege gelegt, einmal ein bekannter und geachteter Strafverteidiger zu werden. Sein Vater war Arzt, und eigentlich sollte es für ihn auch in diese Richtung gehen. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus entschloß er sich dann doch, an der Humboldt-Universität Berlin Rechtswissenschaft zu studieren. Nach einer kurzen Zeit beim Magistrat von Berlin wurde er 1953 Rechtsanwalt und Mitbegründer des Berliner Kollegiums der Rechtsanwälte. Dort war er lange Zeit in leitenden Funktionen tätig und wirkte so auch an der Formung und Ausprägung der sozialistischen Rechtsanwaltschaft mit. Von Anfang an setzte er sich vor allem als Strafverteidiger für seine Mandanten ein. In manchen Verfahren, für die er als Pflichtverteidiger tätig war, hat er auch solche vertreten, die er wohl als Wahlverteidiger nicht angenommen hätte. Dies betrifft vor allem den früheren Bonner Minister Theodor Oberländer und den Staatssekretär in der Ära Adenauer Hans-Maria Globke. Gegen beide wurde 1960 und 1963 wegen ihrer faschistischen Vergangenheit vor dem Obersten Gericht der DDR verhandelt. Große Bekanntheit erlangte Wolff, als er im Herbst 1981 nach dem Tod von Friedrich Karl Kaul dessen Fernseh-Ratgeber-Sendung zu Rechtsfragen des Alltags übernahm und monatlich bis 1990 auf dem Bildschirm zu sehen war. Als sich die bundesdeutsche Justiz anschickte, Erich Honecker wegen dessen hoheitlicher Tätigkeit für die Deutsche Demokratische Republik strafrechtlich zu verfolgen, war Friedrich Wolff als Verteidiger an seiner Seite und setzte sich maßgeblich für ihn ein, ebenso für andere frühere Mitglieder des Politbüros. Für uns Jüngere war Fritz immer Vorbild und für mich persönlich ein lieber Freund über viele Jahrzehnte hinweg. In seinen Büchern hat er nicht nur über seine langjährige anwaltliche Tätigkeit berichtet, sondern auch seinen konsequenten Klassenstandpunkt deutlich gemacht. Er ist immer ein überzeugter Kommunist geblieben und hat trotz mancher Enttäuschung über die politische Entwicklung der letzten Jahre und die eine oder andere Entscheidung seiner Partei Die Linke den Glauben an eine bessere Zukunft nie aufgegeben. Mit dieser Zuversicht für eine gerechtere Welt ist er am 10. Juni 2024, wenige Wochen vor seinem 102. Geburtstag, in Wandlitz verstorben. Wir werden einen treuen Mitstreiter vermissen, seine Meinung und seinen Ratschlag. Bei einem letzten Besuch im Mai haben wir uns noch sehr gut über die aktuellen Ereignisse unterhalten können und die Sorge, die ihm die Rechtsentwicklung in zahlreichen europäischen Staaten bereitete.

RA Ralph Dobrawa

Ende nach 50 Jahren

Warum ich nicht länger mehr ver.di-Mitglied bin

Die ver.di-Mitgliederzeitung *Publik* veröffentlicht regelmäßig eine Kolumne, in der es vorgeblich um die Arbeitswelt in der Ukraine geht. Autorin ist Olha Vorozhbyt, die stellvertretende Chefredakteurin des Nachrichtenmagazins *Ukrajinskyi Tyschden*. Sie ist auch Autorin für die Website „Die Ukraine verstehen“ des „Zentrums Liberale Moderne“, ein Projekt der Grünen Ralf Fücks und Marie-Luise Beck, die sich als eifrige Propagandisten des Kiewer-Regimes einen Namen gemacht haben. Über die katastrophale Arbeitswelt in der Ukraine, die schon lange vor Kriegsbeginn im Jahr 2022 gekennzeichnet war durch extreme Niedriglöhne, Arbeitsmigration und staatlich unterdrückte Gewerkschaften, erfährt man aus der Kolumne von Olha Vorozhbyt aber leider nichts. Statt dessen werden dem Leser Durchhalteparolen und pure Kriegspropaganda geboten, die sich in nichts von der Selenskyjs unterscheiden.

Bereits in der Ausgabe 1-2023 von *Publik* konnte man über den Arbeitsmarkt in der Ukraine lesen: „Seine stabile Entwicklung erfordert jedoch eines – den vollständigen Sieg der Ukraine in diesem Krieg.“ Das ist identisch mit dem Kriegsziel der ukrainischen Regierung.

Ich hatte mich daraufhin in einem Protestbrief an die Mitgliederzeitung gewandt. Dies führte zu einem schriftlichen Austausch mit der Chefredakteurin Petra Welzel, der jedoch am Ende zu nichts führte. Man muß wissen, daß Petra Welzel lange Zeit für die den Grünen nahestehende taz als Journalistin tätig war. Sie schrieb dort unter anderem über die jugoslawischen Bürgerkriege.

Publik setzte ihren Kurs in der Ukraine-Politik unbeirrt fort. In der aktuellen Ausgabe 2-2024 schrieb Olha Vorozhbyt nun: „So pathetisch es

auch klingen mag, es ist schwierig, eine Entwicklungsstrategie für die Ukraine zu formulieren, ohne eine Strategie zum Sieg über Rußland“. Dies würde aber bedeuten, daß es keine Entwicklungsstrategie für die Ukraine gibt, denn ein Sieg über Rußland, was den vollständigen Rückzug aller russischen Truppen und die Aufgabe der eroberten Territorien, einschließlich der Krim, bedeuten würde, ist illusorisch. Dies würde vielmehr die Fortführung des Kampfes mit weiteren unzähligen Toten und Verletzten auf beiden Seiten und die weitgehende Zerstörung der Ukraine bedeuten. Jeder sachkundige Beobachter der Situation weiß das.

Der Krieg wird sehr wahrscheinlich mit einem Kompromiß enden und dies hoffentlich bald. Ein dringend notwendiger Friedensprozeß könnte mit einem „Einfrieren“ des Konflikts beginnen, so wie es der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich im Bundestag angesprochen hat. Wäre es für eine Gewerkschaftszeitung da nicht angebracht, diese Position zu unterstützen, statt publizistisch mit der Forderung nach dem Sieg der Ukraine immer nur Partei für eine Seite des Krieges zu ergreifen?

Doch die Gewerkschaft ver.di scheint sich in der Rolle des Scharfmachers zu gefallen. Auf dem 6. ordentlichen Gewerkschaftskongreß im September 2023 wurden alle Anträge, die eine aktive friedenspolitische Rolle der Gewerkschaft forderten, ohne Aussprache abgelehnt. Sie sieht sich ganz offensichtlich als Teil einer neuen Burgfriedenspolitik, die in Zeiten des Krieges auf eine bruchlose Zusammenarbeit zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaft orientiert. Zu dieser neuen Koalition des Burgfriedens gehört auch die IG Metall, deren Vorstand sich kürzlich in einer gemeinsamen Erklärung mit dem SPD-Wirtschaftsforum und dem Bundesverband der

deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für die Stärkung der deutschen Rüstungsindustrie eingesetzt hat. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich die deutschen Gewerkschaften für eine aktive Friedenspolitik, für eine Reduzierung des Bundeswehretats und für die Konversion der Rüstungsindustrie eingesetzt haben.

Auffällig ist zudem das Schweigen von *Publik* zum völkermörderischen Krieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung des Gaza-Streifens. So findet man in der aktuellen Ausgabe 2-2024 der Zeitschrift nicht ein einziges Wort zu dem rücksichtslosen und brutalen Vorgehen der israelischen Armee. Diesen Krieg scheint es für die Redaktion gar nicht zu geben!

Ein solches Verhalten kann und will ich aber nicht länger mit einer Mitgliedschaft unterstützen. Vor fünfzig Jahren, als in einem Krankenhaus Beschäftigter, trat ich im April 1974 der Gewerkschaft ötv bei. Mein Berufsleben, das ich zu einem großen Teil im Ausland verbrachte, ließ nie gewerkschaftliche Aktivität zu. Mein Kontakt zur Gewerkschaft ötv und dann zu ver.di bestand allein aus der Zahlung des Beitrags und dem Erhalt der Gewerkschaftszeitung. Auch wenn es nur eine passive Mitgliedschaft war, so wollte ich damit zumindest meine Solidarität mit den Organisationen der Lohnabhängigen zum Ausdruck bringen. Diese Solidarität besteht auch weiterhin, vor allem mit den dort gegen die für die Gewerkschaften so verhängnisvolle Burgfriedenspolitik kämpfenden. Diese Aktiven will ich künftig mit meinem eingesparten Beitrag unterstützen. Auf die Mitgliederzeitung *Publik* verzichte ich gern.

Andreas Wehr
Berlin

Quelle: <https://www.andreas-wehr.eu>

BUCHTIPPS

► „Realer Humanismus“

Der in München lebende und schreibende Philosoph Konrad Lotter hat unter dem Titel „Realer Humanismus“ ein interessantes und spannendes Buch vorgelegt, das jetzt im Kasseler Mangroven-Verlag erschien. Darin unterzieht Lotter den Begriff Humanismus, der vom lateinischen *humanitas* abgeleitet wird, welches wiederum eine Übersetzung des altgriechischen *Philantropia* ist, einer tiefgründigen Betrachtung. Beide Herleitungen bedeuten sowohl Menschlichkeit als auch menschliches, auf Vernunft gegründetes Verhalten.

Der Inhalt des Begriffes Humanismus wandelte sich häufiger im Laufe der Jahrhunderte. Das reicht bis zur heutigen Entfremdung nicht nur in der ökonomischen Sphäre, wo alle technische, technologische und gesellschaftliche Entwicklung nicht am Menschen, sondern nur am Profit orientiert ist und das gesellschaftliche Wesen

Mensch vereinzelt, erniedrigt, unterdrückt wird. Eine unbedingte Leseempfehlung.

U.J.

Konrad Lotter: Realer Humanismus. Eine geschichtliche Betrachtung, Mangroven-Verlag, Kassel 2024, 268 Seiten, 25,00 Euro, ISBN: 978-3-946946-30-4

► „Wiedervereinigung und Systemfrage“

Schon 2021 ist im kleinen Verlag am Park ein Buch erschienen, in dem ein Mann Bilanz zieht. Es ist keine persönliche Bilanz, sondern eine politische. Ferchland, 1931 geboren, ist ein typischer DDR-Sozialisierter im besten Sinne. Nachdem er als Kind Krieg und Elend erleben mußte, nutzte er als Erwachsener alle Möglichkeiten, die ihm dieser andere deutsche Staat bot. Er lernte, wurde Neulehrer, ging an die Humboldt-Uni, studierte weiter, promovierte und setzte sich als Hochschullehrer für die Aus- und Weiterbildung

von Lehrern ein – bis der Fortschritt eine „Denkpause“ einlegte und eine Wende im kleinen Land stattfand, die in der Summe eine Rückwendung war, wie Ferchland findet. Er macht es dem Leser nicht leicht mit seinem Buch, schon auf der ersten Seite geht es um Fakten und Zitate, die es in sich haben. Richtig spannend wird es, wenn er im mittleren Teil „Systemvergleiche“ anstellt zwischen der BRD und der DDR. So etwas entleitet dem Gedächtnis ja schnell dank der heutigen Jericho-Trompeten-Medien.

Das Buch regt zum Nachdenken an, was zur Erkenntnis führen mag, daß unsere historische Niederlage auch etwas mit unseren subjektiven Fehlern und Schwächen zu tun hat.

U.J.

Gerhard Ferchland: Wiedervereinigung und Systemfrage. Eine Streitschrift gegen die herrschende Ordnung, Verlag am Park Berlin 2021, 224 Seiten, 15 Euro, ISBN 978-3-89793-332-3

Der Morgen brachte millionenfachen Tod und Vernichtung

Am 22. Juni 1941 überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion und eröffnete damit einen beispiellosen Raubzug. Mordend und brandschatzend drangen Millionen Deutsche, Angehörige der Wehrmacht, der SS, Polizei und Beamte, in das Land ein und gingen auch gnadenlos gegen Männer, Frauen und Kinder vor. Begleitet und aktiv unterstützt wurden die deutschen Aggressoren durch faschistische Kollaborateure besonders in der Ukraine und im Baltikum. Mit Bandera wurde ein Mann installiert, der in besonderer Weise für Verrat und bedingungslose Unterstützung der deutschen Besatzer steht. In Lettland, Estland und Litauen bildeten Einheimische überwiegend freiwilligen SS-Kampfformationen, deren Angehörige heute eine „Ehrenrente“ beziehen und öffentliche Aufzüge veranstalten. Militärische Verbände aus Italien beteiligten sich ebenfalls am Vernichtungsfeldzug, der letztendlich nach neueren Schätzungen 28 Millionen Sowjetbürgern und mehr als acht Millionen Soldaten im

Großen Vaterländischen Krieg das Leben kostete. Hinzu kommen über 100 000 zerstörte Städte und Dörfer, tausende vernichtete Betriebe, fast die gesamte Infrastruktur im europäischen Teil der Sowjetunion wurde zerstört. Dem Überfall der Sowjetunion nach dem Plan „Barbarossa“ ging 1939 die Erpressung des tschechoslowakischen Präsidenten Emil Hácha voraus, der der Okkupation seines Landes zustimmte. Am Anfang stand 1938 das Münchner Abkommen, indem der britische und französische Premierminister Arthur Neville Chamberlain und Edouard Daladier unter Vermittlung des italienischen Faschistenführers Benito Mussolini die CSR gezwungen hatte, sogenannte Sudetengebiete an Deutschland abzutreten. Damit war für Hitler und seine Gefolgsleute der Weg nach Osten frei. An diesem Vernichtungsfeldzug beteiligten sich sowohl Ungarn als auch Rumänien. Das faschistische Deutschland hatte in Europa eine mächtige antikommunistische Allianz

geschaffen, das ihnen die Eroberung und Vernichtung der Sowjetunion ermöglichen sollte. Mit den Schlachten um Moskau und Stalingrad (1941/1942) sowie dem standhaften 1000-tägigen Widerstand der Leningrader gegen die mörderische Blockade wurde die entscheidende Wende zur Vernichtung der faschistischen Aggressoren und Kollaborateure erzwungen. Der Weg zur Befreiung Berlins führte über die Befreiung des größten Vernichtungslagers der Deutschen in Auschwitz durch die Rote Armee. Die Landung der Alliierten zum Ende des Krieges im Juni 1944 unterstützte diesen Befreiungsprozeß, der seinen Abschluß am 8. Mai 1945 fand. Obwohl der Zweite Weltkrieg entschieden war, ließen die USA über Hiroshima und Nagasaki Atombomben abwerfen, was hunderttausende Menschenleben forderte.

Das Machstreben Deutschlands heute läßt nicht erkennen, daß Lehren aus der Geschichte gezogen werden.

Raimon Brete, Chemnitz

„RotFuchs“-Veranstaltungen

Juli

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 13. Juli, um 10 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, Stellvertretender Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **BSW und PDL – Gräben vertiefen oder Brücken bauen?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 18. Juli, um 16 Uhr spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **„Was ist künstliche Intelligenz und wie verändert sie unser Leben?“**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 20. Juli, um 10 Uhr spricht Dr. Werner Knoblich zum Thema: **Systemumsturz – Sieg der Natur über den Kapitalismus?**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonnabend, dem 20. Juli, um 15 Uhr spricht der Journalist und Publizist Dr. Wolfram Adolphi zum Thema: **Epochengespenster? China – Zu den Herausforderungen auf den Wegen in eine menschenwürdige Zukunft**

Ort: Treff 23 (Kulturnbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

August

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Freitag, dem 2. August, um 14 Uhr: Politische Kaffeerrunde zur Auswertung der EU-Parlaments- und Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern

Ort: Birkenweg 2a in 19230 Moraas

(Es wird um Anmeldungen bis zum 18. Juli 2024 gebeten: Arno Reinhold, Tel.: 0385 3 94 60 / 01 76 46 15 52 91, Mail: arnoreinhold50@hotmail.de / reinholdschwerin80@gmail.com)

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am Sonnabend, dem 17. August, um 10 Uhr: Podiumsdiskussion zum Thema: **Widerstand gegen den Faschismus und Krieg 1933 bis 1945 und heute**

Ort: Gaststätte Lindenhof, Lindenstraße 4, 15741 Bestensee, OT Pätz

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 28. August, um 18 Uhr spricht Johann Wurz zum Thema: **Die Militarisierung der EU**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 30. August, um 16 Uhr spricht der Wirtschaftsfachmann Uwe Trostel zum Thema: **Was von der DDR zu lernen ist**

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1 (Vereinsraum), 38820 Halberstadt

September

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 5. September, um 16 Uhr spricht Egon Krenz zum Thema: 75. Jahrestag – Was bleibt von der DDR?

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Bernau

Am Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschismus. Am Sonntag, dem 8. September, 10.30 Uhr lädt die „RotFuchs“-Regionalgruppe und der Arbeitskreis Gedenken des Territorialen Bündnisses Bernau und Umgebung zum öffentlichen **Gedenken an die Schutzhäftlinge des KZ Oranienburg ein.**

Ort: OdF-Denkmal auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau bei Berlin

Wir korrigieren

Im Beitrag „Der Westen und die neue Weltordnung“ (Mai-RF, Nr. 315, S. 8, 1. Spalte, 3. Absatz, letzter Satz) muß es richtig heißen: „Die meisten Staaten, in denen die Demokratie „defekt“ ist oder die zu den „Autokratien“ gehören, streben eine multipolare Weltordnung an.“

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juli!

Zum 96. Geburtstag

Johannes Schäfer (Berlin) am 19. Juli

Zum 95. Geburtstag

Wolfgang Giensch (Neubrandenburg) am 18. Juli

Zum 93. Geburtstag

Günter Lidke (Bitterfeld-Wolfen) am 29. Juli

Zum 92. Geburtstag

Franz Kramer (Berlin) am 8. Juli
Hermann Haake (Wernigerode) am 17. Juli

Zum 91. Geburtstag

Dr. Hans-Joachim Lorenz (Berlin) am 3. Juli
Volker Fongern (Berlin) am 13. Juli
Frieder Rosada (Wismar) am 18. Juli
Karl Jacobs (Wernigerode) am 22. Juli
Josef Weihrauch (Teterow) am 25. Juli

Zum 90. Geburtstag

Werner Teichmann (Ludwigsfelde) am 5. Juli
Hans Krämer (Cölpin) am 8. Juli
Klaus Baltruschat (Berlin) am 27. Juli

Zum 85. Geburtstag

Sieghard Kosel (Malschwitz) am 3. Juli
Gerhard Seyring (Bitterfeld-Wolfen) am 8. Juli
Friedhelm Standar (Bitterfeld-Wolfen) am 9. Juli
Rolf Claus (Schwerin) am 27. Juli

Zum 80. Geburtstag

Gerit Kaiser (Plauen) am 9. Juli
Helmut Dunkhase (Berlin) am 19. Juli
Jürgen Stenker (Halle) am 19. Juli

Zum 75. Geburtstag

Karlheinz Fernholz (Koblenz) am 10. Juli
Hans-Rainer Randhahn (Schildow) am 28. Juli

Zum 70. Geburtstag

Peter Hünerbein (Hellenthal) am 22. Juli

Zum 65. Geburtstag

Thomas Elstner (Gera) am 23. Juli

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats August!

Zum 96. Geburtstag

Harry Machals (Schwerin) am 26. August

Zum 95. Geburtstag

Jutta Bügel (Saalfeld) am 23. August

Zum 93. Geburtstag

Manfred Gimbot (Eichwalde) am 17. August

Zum 92. Geburtstag

Georg Haus (Neubrandenburg) am 20. August

Zum 91. Geburtstag

Hans-Joachim Zober (Cottbus) am 28. August

Zum 85. Geburtstag

Elfriede Matthias (Berlin) am 5. August
Wolfgang Kummerow (Rostock) am 8. August
Heinz Oehme (Chemnitz) am 12. August
Harald Müller (Dresden) am 15. August
Wilhelm Becker (Zerbst) am 26. August

Zum 80. Geburtstag

Wolfgang Klages (Berlin) am 15. August
Helmut Nemitz (Ludwigslust) am 28. August

Zum 70. Geburtstag

Heike Jehnichen (Halberstadt) am 10. August
Michael Clemens (Wilhelmshaven) am 11. August

Zum 60. Geburtstag

Karin Plathe (Döllnitz) am 22. August

**Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen
anderen Geburtstagskindern im Juli und August.**

„RotFuchs“-Singegruppe nahm teil an der Vormaifeier der Partei der Arbeit Basel

Der Artikel im März-RF über unseren Auftritt bei der Liebknecht-Luxemburg-Demo hatte einen unerwarteten Widerhall: Anfang April meldete sich Genosse Hofer von der Partei der Arbeit in Basel und fragte an, ob wir den kulturellen Rahmen für die geplante Vorfeier des 1. Mai in Basel gestalten könnten. Ob wir Interesse hätten? Keine Frage, das Angebot elektrisierte die gesamte Gruppe und ließ uns die folgenden Wochen intensiv proben, um unseren Gastgebern eine mitreißende Veranstaltung zu bieten. Am 26. April starteten sechs Mitglieder der Gruppe nach Basel. Dort angekommen, wurden wir sehr freundschaftlich und warmherzig empfangen. Trotz des Regens zeigte uns Genosse Hofer die wichtigsten historischen Sehenswürdigkeiten, erläuterte uns die Stadtgeschichte und stimmte uns damit auf die Veranstaltung am kommenden Tag ein. Den 27. April konnten wir bei sonnigem Wetter für eigene Besichtigungen nutzen und u.a. das „rote“ Rathaus der Stadt besuchen, welches aus den umstehenden Häusern weit sichtbar heraussticht. Zur Vorbereitung der Veranstaltung trafen wir uns mit unseren Gastgebern am „Rebhaus“, einer Gaststätte, die in den Zeiten des Verbotes der KPD und Gründung der Partei

der Arbeit als einzige Zusammenkünfte ermöglichte. Später stellte sich heraus, daß die Polizei den Saal verwandt hatte, um immer „auf dem Laufenden“ zu sein! Wir halfen bei der Ausgestaltung mit und bangten zunächst um Teilnehmer, aber um 18 Uhr waren es so viele, daß noch weitere Stühle herbeigeht werden mußten! Sogar aus angrenzenden Kantonen kamen Gäste, junge Leute waren unter den Besuchern, wir waren erleichtert! Genosse Goldschmidt begrüßte als Vorsitzender die Anwesenden und stellte als Redner des Abends Dr. Jochen Willerding vor, der in der DDR in zentralen FDJ- und Parteifunktionen tätig war. Er sollte zur Rolle Deutschlands in den geopolitischen Zusammenhängen unserer Zeit sprechen. Doch zunächst begrüßten wir mit Arbeiter- und Kampfliedern das Publikum, in die viele einstimmten. Nach dem Referat wurde ein neuer Text von Hartmut König vorgetragen; weitere Lieder, darunter „Kleine weiße Friedenstaube“, „Bella ciao“ und „Arbeiter von Wien“, animierten die Gäste zum Mitsingen. Texte hatten wir vorher verteilt, und es stellte sich heraus, daß viele der Anwesenden in früheren Jahren zu Ferientaufenthalten in der DDR waren und daher die Lieder kannten.

Nach einer Stärkungspause am Buffet kamen die Baseler Genossinnen und Genossen zu uns und fragten nach den Pionier- und FDJ-Liedern der DDR, woraus eine regelrechte „Singebewegung“ wurde, in der wir gemeinsam alles sangen, was nachgefragt oder gewünscht wurde. Bis gegen 23.30 Uhr blieben wir in bester Stimmung und bei interessanten Gesprächen zusammen. Am 28. April ging es zurück nach Hause, nachdem wir am Vormittag noch einmal durch die Straßen von Basel geschlendert waren, den Lauf von Frauen und Mädchen unter dem Motto „Ohne uns Frauen läuft gar nichts“ gesehen hatten und langsam Abschied nahmen. Genosse Hofer und seine Schwester begleiteten uns wieder zum Flughafen. Sie informierten uns, daß sie bereits begeisterte Mails und Anrufe erhalten haben. Den Besuchern habe unser Programm sehr gefallen und sie würden sich nun ermutigt den kommenden Aufgaben stellen und für die nächsten Wahlen motiviert sehen. Wir bedankten uns noch einmal mit einem Lied bei den Gastgebern und wünschten ihnen große Erfolge und möglichst für Genossen Hofer einen Sitz im Stadtrat!

Gabi Parakeninks



„Wahl in schweren Zeiten“?

„Wahl in schweren Zeiten“, schreibt ein Lokalblatt am Nachwahltag. „Schwere Zeiten“, die hausgemacht, bewußt herbeigeführt wurden. Die rechten Kräfte, AfD und andere haben beachtliche Wahlerfolge erreicht. Es hat den Anschein, daß alle scheinbaren Anti-Rechts- und AfD-Aktionen das Gegenteil von dem bewirkt haben, was sie angeblich wollten. Ist es Zufall oder hilflose Absicht, daß die regierenden Parteien seit Monaten und verstärkt im Chor und Gleichklang mit der AfD nach jeder Gewalttat mit islamistischem und Ausländerhintergrund nach radikaler Abschiebung und Grenzen dicht schreien? Die Ampelpolitik liegt auf AfD-Linie und das Wahlvolk macht es sich in „schweren Zeiten“ leicht und wählt alternativ jene, denen sie mehr zutrauen als den Regierenden. Empörungsszenarien zur Mordtat von Mannheim, ein Polizist als Opfer, ein afghanischer Islamist noch dazu, was braucht die Volksseele mehr zur Wahlentscheidung? Wer auf Regierungsbänken sitzt weiß, daß zahllose Mordtaten seit Jahrzehnten ganz ohne Empörungsszenarien verliefen, mit einem Zweizeiler abgetan waren, versicherte Aufklärung im Sande verlaufen ist. Wen wundert es, wenn sich die Bevölkerung darauf ihre bzw. die ihm servierte Meinung bildet und demgemäß wählt.

Es gab Zeiten, als rund um die Uhr Europa- und Menschenrechtshymnen gesungen wurden. Welche Menschen waren gemeint? Das wurde nie gesagt. Heute kann es jeder wissen. Warum spielen Ursachen, Lebensumstände, politische Fehlleistungen bei Asyl, Migration, Flüchtlingspolitik keine Rolle? „Die Würde des Menschen ...“, für wen gilt es? Sind Menschen nun das Maß der Dinge, wie die „Wertegesellschaft“ behauptet oder sind es nur politische Interessen?

Wozu werden Religionen, Nationalitäten, Volksgruppen wieder benutzt? Wer politisch das Lied der Rechten mitsingt, Menschen zum Feindbild macht, nicht eigene Schuld und Ursachen an Flucht und Vertreibung in der Welt sehen will, der hat auch Schuld an dem, was dem Land bevorsteht. Wer von afghanischen Islamisten redet, vergißt, wer das Land mehr als ein Jahrzehnt „befreien“ wollte und nun mit allen Folgen nichts zu tun haben will?

Roland Winkler, Aue

Pistorius bläst zum Krieg

Frieden und Freiheit für Deutschland würde jetzt in der Ukraine, nicht mehr am Hindukusch in Afghanistan, verteidigt. So schallt es unisono aus Regierungskanälen und den Mainstreammedien. Ich frage nun sicherheitshalber nach: Ist die Ukraine jetzt „unser“?

Wird deshalb in der CDU von der Wehrpflicht gefaselt, um die Freiheit in „unserer“ Ukraine tatkräftig erringen zu können? Wird Deutschland das ukrainische Gold bekommen, so wie einst das der Tschechoslowakei nach deren Eroberung, mit dem dann Hitler in den USA Stahl für seine Panzer einkaufen ging?

Worum geht es den Herrschenden der westlichen Gefilde in der Ukraine wirklich, haben die sich doch nie um die Sorgen der Völker gekümmert, wie kürzlich in Afghanistan überdeutlich wurde? Es ist wie stets: Es geht um Macht und Einfluß letztlich zum Zweck der ungehemmten Ausbeutung und Profiterzielung und die Aufrechterhaltung ihres Systems dafür in aller Welt. Die Menschen vor Ort sind nur Mittel zum Zweck, wozu mit einem imaginären Häppchen „Freiheit“, allerdings ohne Frieden, vor der Nase herumgewedelt wird. Und immer wieder laufen gleichgeschaltete mehr oder weniger große Massen mit oder gar voran und rufen nach „Freiheit“.

In den neuen russischen Republiken um den Donbass herum ist allerdings zu beobachten, wie in Wirklichkeit schrittweise Freiheit und Frieden erreichbar werden können. Nur ist das nicht bei „uns“, sondern im Reich des „Bösen“, was nicht sein kann, weil nicht sein darf, und damit auch nicht berichtet wird. Nebenbei kommen für die Völker des Westens die Reste einstiger Freiheit scheinbar abhanden, ganz ohne russischen Einfluß!

Dessen ungeachtet giert Kriegsminister Boris Pistorius danach, die „Führung“ zu übernehmen. Er erklärte: „Wir können nicht einfach zusehen und abwarten, wie das Völkerrecht, unsere Ordnung und unsere Werte zerstört werden.“

Herr Pistorius, Deutschland hat nicht zugehört und nur abgewartet. Deutschland als BRD hat die USA beim Vietnam-Krieg unterstützt, hat schon völlig werteeignierend mit dem Apartheid-Regime in Südafrika, mit dem faschistischen Pinochet-Regime und mit fast jedem sonstigen Schweine-Regime in der Welt gekungelt. Schon in Jugoslawien wurde zum ersten Mal fleißig mitgebombt und das Völkerrecht gründlich zerstört, in Afghanistan ging es weiter, bis man von Sandalen tragenden Taliban mit Kalaschnikows verjagt wurde; aber auch 2014 in Kiew, 2015 in Minsk und mit den Sanktionen gegen alle in der nicht westlich geprägten Welt, insbesondere aber gegen Rußland, wurde das Völkerrecht völlig ignoriert. Von welchen Werten reden Sie da, Herr Pistorius, etwa von den in Gaza mißachteten? Und welche Ordnung ist das, die verbietet, mit den Symbolen der Befreiung vom Hitlerfaschismus die Gefallenen zu ehren, daneben aber die Kiewer Politriege umarmen, die den Faschismus in ihrem Land mindestens mittragen und offen propagieren lassen, abgesehen von den verübten Kriegsverbrechen. Tun Sie also nicht so, als wenn Sie verteidigen wollen, was zuvor von Ihnen und

Ihresgleichen zerstört wurde, so nachhaltig, daß in der Zukunft nur Schlimmstes erahnt werden kann.

Herr Pistorius – Sie blasen offen zum Krieg und den will ich nicht!

Renato Lorenz, Berlin

Westliches Dilemma

Ein Sieg der Ukraine über Rußland war das erklärte Ziel der USA und der NATO, aber von Anfang an unrealistisch. Die gescheiterte ukrainische Offensive im Sommer 2023 und gegenwärtigen Kämpfe im Raum Charkow machen das deutlich. Massive Waffenlieferungen aus allen NATO-Staaten konnten das nicht verhindern, da ihre Wirksamkeit vor allem durch effektive elektronische russische Gegenmaßnahmen stark eingeschränkt wurde. Hauptmangel ist für die Ukraine inzwischen der Mangel an Soldaten, da sie die hohen Verluste nicht mehr ausgleichen können. So fabulieren US- und europäische Politiker und Militärs über einen möglichen Einsatz eigener Soldaten, einen Raketeninsatz im tiefen russischen Hinterland und eine Flugverbotszone über der Westukraine, die durch NATO-Streitkräfte in Polen und Rumänien durchgesetzt werden soll. Die USA, Deutschland und nordische Staaten haben der Ukraine jetzt erlaubt, westliche Waffensysteme für Fernangriffe auf russisches Territorium einzusetzen. Das bedeutet eine starke Eskalation und erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß der Westen direkt in den Krieg mit potenziell katastrophalen Folgen eintritt. Noch scheuen die westlichen Eliten trotz aggressiver Rhetorik eine direkte Konfrontation mit Rußland, da sie weder in der elektronischen Kriegsführung noch in der Waffenproduktion mithalten können. Sie hoffen, daß sie es in vier bis fünf Jahren können und erzählen ihrer Bevölkerung, daß Rußland dann die baltischen Staaten, Polen und Rumänien angreift, was Putin mehrfach als Unsinn bezeichnet hat. Mit dieser Propaganda wollen die NATO-Staaten vorrangig die eigenen Bürger einschüchtern und sie zu immer stärkeren finanziellen Opfern erpressen. Gegenwärtig tun die westlichen Staaten alles, um ernsthafte Verhandlungen mit Rußland zu vermeiden. Sie bewegen sich damit auf dem schmalen Grat, eine ukrainische Niederlage zu akzeptieren oder einen atomaren Krieg auszulösen. Der belorussische Präsident Alexander Lukaschenko machte darauf aufmerksam, daß der Westen nicht von der Konfrontation mit Moskau profitieren und lernen müsse, in einer neuen Weltordnung zu leben.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Wir müssen endlich aufwachen!

Seit nunmehr 88 Jahren lebe ich auf diesem Erdball und frage mich, was läuft da falsch? Aufgewachsen in der Arbeitersiedlung Nordhausen-Niedersalza am Südharz, hatten die Väter und Söhne voller Vertrauen in die Zukunft ihre kleinen Häuser in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts

erbaut. Sehr viele von ihnen kamen aus dem 2. Weltkrieg nicht wieder zurück. Wie einst Napoleon vor über 200 Jahren schon, schickten deutsche Militaristen bereits zum zweiten Mal ihre Heere Richtung Osten, in diesem Falle die Hitlers, Görings, Goebbels und Himmlers, um sich durch Massenmorde, Verwüstungen und Ausrottung östlicher Völker zu bereichern. Wollen wir das bis heute nicht wahrhaben, es einfach so vergessen, ignorieren? Wollen wir einfach nichts gelernt haben aus dieser sehr schlimmen Vergangenheit Deutschlands? Als wenig begabter Schachspieler kann ich die nächsten Züge in unserer deutschen Geschichte dennoch vorausberechnen, sie können abermals nur in in der Katastrophe enden. Die Oberen in Berlin und Europa geben die Gelder ihrer Völker wieder mal neben fürchterlichen Waffen in Form von Panzern, Munition und anderem schweren Kriegsgerät für den Kampf in die alte Richtung Osten aus. Mal ehrlich: Wer will da, bitte schön, noch bestreiten, daß die Regierenden offenbar den Verstand verloren haben? Der britische Ministerpräsident Winston Churchill wollte im letzten Weltkrieg das deutsche Territorium durch den Einsatz von Milzbrandbakterien in tote Erde verwandeln, damit Kriegstreiber Deutschland endlich für immer Ruhe gibt. Zufällig hatte die Kriegszeit dafür jedoch nicht mehr ausgereicht, die Technik war für die Produktion in Amerika schon in der Planung. Jetzt ist Deutschland aber wieder einmal Mit-Kriegstreiber und damit automatisch auch Kriegspartei, wieder in Richtung Osten, gegen eine Weltatommacht!

Ich rufe Euch zu: Macht der Kriegstreiber ein Ende!

Wir müssen es jetzt und heute endlich verstehen! Von Europa und Deutschland würde vermutlich nur noch Atomstaub übrig bleiben.

Horst Becker, Jüterbog

75 Jahre Grundgesetz – Anlaß zum Feiern?

Nach 34 Jahren deutscher Einheit ist Artikel 146 des Grundgesetzes der BRD noch immer nicht erfüllt: „Dieses Grundgesetz, ... verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Über 61 Millionen Wahlberechtigten wurde bislang die Möglichkeit vorenthalten, sich eine Verfassung zu geben. Das Grundgesetz ist nicht durch das Volk legitimiert.

Fürchtet man die freie Entscheidung der Bürger? Die Präambel des Grundgesetzes besagt: „... dem Frieden der Welt zu dienen“.

Damit unvereinbar ist die intensive militärische Unterstützung der Ukraine.

Was ist vom Friedensgebot noch übrig, wenn Politiker fordern, den Krieg nach Rußland zu tragen? Wieder schießen deutsche Waffen auf Russen!

Die Planung von Angriffen mit Taurus Marschflugkörpern auf die russische Krimbrücke und Munitionsdepots durch deutsche Generale und Offiziere in Absprache mit den NATO-Verbündeten verstößt eindeutig gegen das Grundgesetz.

Auch die zahllosen Auslandseinsätze der Bundeswehr seit mehreren Jahrzehnten haben keinen Frieden geschaffen, im Gegenteil.

Wilfried Schubert, Güstrow

Friedensverhandlungen dringend notwendig

Auch wenn einige Zeitgenossen das anders sehen, Tatsache ist, daß auf Geheiß der USA im April 2022 Johnson in Kiew auftauchte und eine Unterschrift Selenskys unter den Vertrag verhinderte, weil dem Westen die Vereinbarungen zwischen Kiew und Moskau nicht paßten.

So ganz nebenbei: Was Rußland und die Ukraine miteinander auszumachen haben, geht den Westen nichts an! Aber er mischt sich ja überall und in alles ein.

Wenn die USA mit über 800 Militärstützpunkten weltweit quasi die Welt zwingen, ihre Sicherheitsinteressen (u.a. tausende km weit von den Landesgrenzen der USA entfernt) zu akzeptieren, warum darf Rußland solche Interessen unmittelbar vor seiner Grenze nicht haben? Wenn der Westen bereit wäre, die Sicherheitsinteressen Rußlands ebenso zu gewähren, wie er das für sich in Anspruch nimmt, wäre der Spuk des Krieges sofort vorbei. Aber das will der Westen nicht, denn es geht ihm ja um ganz andere Dinge.

Es gibt genügend Literatur, die Auskunft gibt, warum das so ist. Und es gibt eine bekannte, nach dem 2. Weltkrieg von den USA formulierte Maxime: USA drinnen/oben, Rußland draußen und Deutschland unten halten. Und daran wird kräftig gearbeitet und Deutschlands Elite bekommt das nicht mit oder macht die Augen dabei zu.

Zur Aufklärung sei ein Buch des Militärhistorikers Lothar Schröter empfohlen: „Der Ukrainekrieg. Die Wurzeln, die Akteure, die Rolle der NATO“, erschienen 2024 in Berlin. Von den Politikern, die den Krieg gegen Rußland fast herbeisehnen, erwarte ich, daß sie dann auch als erste an die Front gehen, um ihr Mütchen zu kühlen. Aber das werden sie nicht tun, denn dafür haben sie das Volk, das kriegsbereit und kriegsfähig gemacht werden muß. Besonders Deutschland steht doch in der Verantwortung, Friedensfähigkeit zu garantieren. Ist die Historie schon total in Vergessenheit geraten?

Wolfgang Mengel, Stralsund

„The Germans to the front!“

Diese Losung aus Zeiten unsäglicher kaiserlich-deutscher Kolonialpolitik im Fernen Osten kam mir in den Sinn, als ich in der Sächsischen Zeitung (4./5. Mai 2024) das Interview mit einer „Diplompsychologin, Autorin und politischen Aktivistin“ las, die 1994, sechsjährig, mit ihrer jüdischen Familie als „Kontingentflüchtling“ aus der Ukraine nach Deutschland kam. Was immer auch den Ausschlag dafür gegeben hat, kann ich nicht beurteilen. Daß sie mit ihrem ukrainischen Paß und auch sonst mit ihrer Vergangenheit verwurzelt ist und mit ihren Verwandten fühlt, die unter dem Krieg und seinen, auf beiden Seiten maßlosen Auswüchsen leiden, kann man ihr nicht verdenken. Sie ist Parteimitglied der Grünen und war zeitweilig auch eine deren Spitzenpolitikerinnen. Sie hat

sich dem unersprißlichen Kampf gegen einen um sich greifenden Antisemitismus und für eine starke Demokratie verschrieben. Ein lobenswertes Unterfangen.

Im Interview unter anderem zur Stimmung in der Ukraine befragt, äußerte sie: „Das Problem sind nicht kriegsmüde Ukrainer, sondern daß Deutschland und die USA das Land nicht konsequent unterstützen.“ Die aktuell 61 Milliarden Dollar der USA seien „eine gute Nachricht, aber sie paßt in das Muster, daß die Ukraine immer nur dann etwas bekommt, wenn sie dabei ist zu verlieren.“ Auf den Hinweis, Bundeskanzler Olaf Scholz hätte die deutsche Unterstützung doch schon verdoppelt, er weigere sich aber, den Taurus-Marschflugkörper zu liefern, um sicherzustellen, „daß Deutschland nicht in den Krieg verwickelt wird“, antwortete sie: „Ich halte das für eine gefährliche Naivität. Die Friedensforschung hat längst nachgewiesen, wie viel Macht Abschreckung hat. Die Waffenlieferungen des Westens sind zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben. Der Westen hat Putin Zeit gegeben, um seine Wirtschaft auf Kriegswirtschaft umzustellen. So wurde der Krieg in die Länge gezogen.“

Der Ukraine fehlt also scheinbar nur noch eine deutsche „Wunderwaffe“ zum „Endsieg“! Was dem hochgelobten Panzer LEOPARD II „im Felde“ bisher offensichtlich nicht gelungen ist, soll nun ein „Stier“ aus der Luft richten. Präsident Selenskij holte die USA und die EU mit ins Boot und zelebriert seither den Widerstand ganz offen im Interesse der Europäischen Union, die aufs Engste mit der NATO verflochten ist. „Cui bono!“ – in wessen Interesse eigentlich?

Wie inzwischen jeder weiß, hat er ein bodenloses Faß aufgemacht, in das, der sich „werteteleitet“ selbst hofierende Westen immer mehr Hilfsgüter aller Art in Unmengen versenken muß.

Manche sagen ja, weil die Ukraine in ihre Verfassung die Aufnahme in die NATO verpflichtend festgeschrieben hat, sei Putin in eine Falle getapst. Wie dem auch sei, trotz aller Sonntagsreden bleibt die NATO ein hochgerüstetes Militärbündnis, dessen Erweiterung in Länder des ehemaligen Warschauer Vertrages seine expansive Marschrichtung „gen Osten“ bis an die russische Grenze nicht verleugnen kann. Die Rüstungsindustrie und ihre Lobby klopfen sich auf die Schenkel, ihre Aktien gehen durch die Decke.

Aus dem Hintergrund, dem OFF, hört man schon den raunenden Ruf nach dem „totalen Krieg“!

Seit März 2023 erscheint im Politbarometer des ZDF der deutsche Verteidigungsminister (im 19. Jahrhundert nannte man diese Herrschaften noch Kriegsminister) an der Spitze der zehn beliebtesten Politiker der Bundesrepublik Deutschland.

Ob jemand, und wenn wer, jemals die Rechnung für das unermeßliche Leid auf russischer wie ukrainischer Seite bezahlen wird? Wenn „Friedensforschung“ als Argument für die Weiterführung eines aussichtslosen und immer mehr um sich greifenden Krieges dient, dessen tieferen Sinn hier kaum einer so richtig nachvollziehen kann (dank „RotFuchs“ kennen wir zumindest einige Hintergründe),

dann brauchen sich die meisten von uns keine Gedanken über diese darauffolgende Nachkriegsordnung mehr zu machen.

Dr. Manfred Thiemann, Bautzen

Versprechungen des Westen keinen Pfifferling wert

Putin erklärte mehrfach, daß Rußland kein NATO-Land angreifen wird, wenn es nicht selbst zum Angegriffenen wird.

Die Geschichte der letzten 100 Jahre belegt: Erstens war es immer der Westen, der Rußland oder die Sowjetunion angegriffen hat und zweitens war auf dieses Land immer Verlaß, wenn es im Kampf gegen Angreifer Hilfe zugesagt hat. Das war so im Ersten Weltkrieg und auch im Zweiten, als z.B. die USA darum baten, die Frühjahrsoffensive der Roten Armee 1945 vorzulegen, weil die Alliierten Probleme in den Ardennen hatten.

Diese ehrliche Haltung gegen Verhandlungspartner ließ der Westen nach 1990 jedoch vermissen. Im Gegenteil. Die NATO rückte ohne Grund immer weiter an die Grenzen Rußlands heran.

Noch am 9. Februar 1990 hatte US- Außenminister James Baker in Moskau seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse zugesichert, daß die militärische Präsenz der NATO um keinen Zoll in östlicher Richtung ausgedehnt wird. Auch Genscher erklärte gegenüber Schewardnadse: „Für uns steht fest: Die NATO wird sich nicht nach Osten ausdehnen!“ Genscher weiter: „Was im übrigen die Nichtausdehnung der NATO anbetrifft, so gilt dies ganz generell, also nicht nur für die DDR, sondern für ganz Osteuropa.“ Selbst im Mai 1990 hat der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner noch versichert: „Die Tatsache, daß wir bereit sind, keine NATO-Truppen außerhalb des Staatsgebietes der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion eine feste Sicherheitsgarantie.“ Was alle diese Versprechungen und Versicherungen, einschließlich des Zwei-plus-Vier-Vertrages wert waren und sind, zeigt die Entwicklung nach 1990. Sie sind sämtlich Makulatur.

Schon vor dem Beginn des Ukraine-Krieges rückte die NATO immer weiter gen Osten. Den Gipfel setzten dann Macron und Merkel auf die Glaubwürdigkeit des Westens, indem sie nachträglich zugaben, nie die Absicht gehabt zu haben, einen ehrlichen, für beide Seiten annehmbaren Vertrag Minsk II abzuschließen und umzusetzen. Alles diente nur dem Ziel, die Ukraine weiter aufzurüsten. Dabei hatte man sich allerdings in der Stärke Rußlands gründlich verschätzt und opfert heute ganze Armeen und Zivilisten auf dem Altar des militärischen Mammons. Es ist Zeit, daß auch dem letzten Drittel hier bewußt wird, daß mehr Waffen keinen Frieden erzwingen, im Gegenteil!

Ralf Kaestner, Bützow

Anschlag auf Ministerpräsident Fico

Der politisch motivierte Mordanschlag auf den slowakischen Ministerpräsidenten ist der traurige Höhepunkt einer lange geschürten Eskalations- und Destabilisierungskampagne,

vom „Wertewesten“ kräftig und vielfältig unterstützt.

Dem Lande seit Jahrzehnten freundschaftlich verbunden, begleiten wir interessiert die Entwicklung der Slowakei und sind zutiefst von den zum Teil haßgeprägten gesellschaftlichen Zuständen betroffen.

Erst im Oktober 1918 gründeten Tschechen und Slowaken die Tschechoslowakei. Ein Erfolgsmodell, das zwar kurzlebig war, auf das heute aber viele etwas wehmütig zurückblicken. Daß sich die Tschechoslowakei am 1.1.1993 wieder auflöste, geschah unübersehbar im Kontext mit der von den USA, im Bunde mit führenden westlichen Staaten gezielt betriebenen Sezessionspolitik, die zur Zerschlagung föderaler Staaten im Osten führte. Ohne UN-Mandat wurde Belgrad mit Beteiligung Deutschlands bombardiert und den gewalttätigen Faschisten auf dem Maidan Rückendeckung gegeben. Der demokratisch gewählte Präsident Janukowytsch wurde mit Gewalt und der Hilfe aus dem „Wertewesten“ gestürzt und das Minsker Abkommen massiv torpediert.

Auch in der Slowakei hat man außerparlamentarische Aktivitäten befördert und unterstützt, die sich gegen alle richten, die den demokratisch gewählten Ministerpräsidenten und auch den Staatspräsidenten sowie deren Politik unterstützen. Die Pistolenschüsse auf Robert Fico sind auch Resultat des von deutschen Politikern geschürten Hasses und der Hetze. Das vermeintliche Vergehen des Sozialdemokraten Robert Fico besteht in der Forderung nach einem bedingungslosen Waffenstillstand in der Ukraine und einem Ende der Waffenlieferungen an Kiew. Und wer nicht im Sinne der USA, der NATO und der EU pariert, wird wohl mit allen Mitteln diszipliniert.

Raimon Brete und Matthias Schwander, Chemnitz

Diskussionsbedarf

In der Juni-Ausgabe 2024 des „RotFuchs“ findet man auf der Doppelseite 30/31 ein Interview mit dem früheren Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke Tobias Bank und rechts daneben einen Standpunkt vom Koordinator des BSW-Parteiaufbaus Alexander King. Daraus werden zahlreiche Leser eine – auch durch Platzierung und gewählte Überschriften gestützte – Wahlempfehlung der „RotFuchs“-Redaktion ableiten, die sich zugunsten des BSW gegen Die Linke richtet. Die Linke könne nicht mehr unsere Partei sein, meint Alexander King unter Verweis darauf, daß sie ihre friedenspolitischen Grundsätze und ihre Rolle als Friedenspartei spätestens im Februar 2023 aufgegeben habe. Diese Einschätzung entspricht nicht den Tatsachen (übrigens auch nicht Kings Behauptung, Die Linke würde ein bedingungsloses Grundeinkommen fordern, was weder aus dem geltenden Parteiprogramm noch dem Wahlprogramm für die Wahl zum EU-Parlament explizit hervorgeht). Richtig ist, daß programmwidrige Einzelmeinungen von Funktionären der Linken wie die Befürwortung von deutschen Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet immer wieder lautstark in die

Medien gelangen und daß der 2022 in Erfurt gewählte Parteivorstand es leider nicht vermag, solchen Schieflagen wirksam genug entgegenzutreten. Aber nach wie vor kämpfen Genossinnen und Genossen der linken Parteibasis – die nebenbei gesagt am 25. Februar 2023 in großer Zahl mit Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer am Brandenburger Tor auf der Straße waren – in mühevoller politischer Kleinarbeit um die Bewahrung des Programms der Linken gegen alle Angriffe, und das schon seit Jahren und Jahrzehnten mit gewissem Erfolg, den es nicht kleinzureden gilt. Die Kommunistische Plattform der Partei Die Linke ringt in der gegenwärtigen existenziellen Krise der Linkspartei wie viele ehrliche Genossinnen und Genossen – darunter auch Tobias Bank – um deren Rettung. Doch die Vorstands-Spitzen der beiden nunmehr leider konkurrierenden Parteien haben eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit, nämlich sich selbst und ihre Medienstars zu über- und die Mitgliedschaft in unverantwortlicher Weise geringzuschätzen. Das hat die fatalen Tendenzen zur Abspaltung in besonderer Weise befördert. Tatsache ist auch, daß Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland die Organisationsfrage aus verschiedenen nachvollziehbaren Gründen unterschiedlich beantworten. Von einer „Tribüne für Kommunisten, ...“ erwarten seine Leser allerdings, daß das Gebot der Solidarität unter Gleichgesinnten an oberer Stelle steht.

Dr. Volkmar Vogel,

Redakteur der „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke“

BRD-Alltag

Seit April 1992 lebe ich nunmehr in Niederbayern. Neben viel Heiligkeit fand ich noch mehr Scheinheiligkeit und fast in jedem Dorf ein Kriegerdenkmal zur Ehrung der im Ersten und Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten, jedes versehen mit Hakenkreuz und faschistischen Ehrenzeichen. Als Zugezogene aus einem damals neuen Bundesland war ich entsetzt und sprach den Bürgermeister, deutlich jünger als ich, wegen dieser für mich unmöglichen Erinnerungskultur an. Ich mußte erleben, daß für ihn und die meisten Bewohner Nazisymbole „ehrvolle Zeichen“ sind und Faschismus alltägliches Gedankengut. Zum jährlichen Volkstrauertag wird am Kriegerdenkmal aufmarschiert. Später lernte ich ehemalige SS-Leute als Patienten kennen; sie lebten froh und zufrieden im Ort.

Heute tun alle so, als ob der Zulauf zur AfD ein Wunder wäre.

Die Verlogenheit in dieser Gesellschaft verwundert mich noch immer. Jeder private Besitz von Nazisymbolen ist aus gutem Grund strafbar, an Denkmälern in der Öffentlichkeit erlaubt. Die diesjährigen Sanktionen am Ehrenmal in Berlin-Treptow zum Gedenken an die Rote Armee am Tag der Befreiung am 8. und 9. Mai gehen nicht nur gegen Rußland, es geht auch gegen mich, aufgewachsen und gelebt in der DDR. So fühle ich mich noch immer als fremde, unerwünschte und heimatlose Person in diesem Land.

Sonja Richl, Bayern



„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

Hinweis

Da in den Monaten Juli und August eine RF-Doppelnummer erscheint, wird die nächste „RotFuchs“-Ausgabe Anfang September ausgeliefert.

Einladung

Der geschäftsführende Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. beruft die XI. Gesamtmitgliederversammlung zum Sonnabend, **19. Oktober 2024**, ein.

Ort: Münzenberg-Saal des Bürogebäudes Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude), 10243 Berlin-Friedrichshain

Musikalischer Auftakt: „RotFuchs“-Singegruppe

Beginn: 10 Uhr

Abschluß: 15 Uhr

Tagesordnung:

- Berichte für die abgelaufene Wahlperiode des Vorstandes, des Schatzmeisters und der Revisionskommission
- Aussprache / Gedankenaustausch zur weiteren Arbeitsfähigkeit des Vereins
- Neuwahl des geschäftsführenden Vorstandes und der Revisionskommission

Mittagspause: Versorgung wird gewährleistet.

Kulturprogramm:

Anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der DDR hat Hartmut König ein Programm aus alten und neuen Songs zusammengestellt.



IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.